

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,  
 „Kleiner Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 26. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Gewerkschaftskampf und „Erpressung“.

Die Verurteilung von fünfzehn Berliner Zimmerleuten wegen „Erpressung“, weil sie sich geweigert hatten, mit einem nicht-organisierten Zimmerer zusammenzuarbeiten und dadurch dessen Entlassung herbeizuführen, hat selbst in sonst kapitalistenfreundlichen Blättern stoffschütteln verursacht. Selbst die „Berliner Neuesten Nachrichten“ geben zu, daß eine „vielleicht gezwungene Rechtsinterpretation“ vorliegt.

Das Urteil fordert in der That den schärfsten Widerspruch der Arbeiterschaft und ihrer Presse heraus, und kein Mittel darf unversucht gelassen werden, es wieder aus der Welt zu schaffen oder seine Wiederholung unmöglich zu machen.

Das Recht, gemeinsames Arbeiten mit nichtorganisierten Berufs-genossen zu verweigern, ist für die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter von grundlegender Wichtigkeit, in vielen Fällen eine Lebensfrage der Gewerkschaftstätigkeit. Der nichtorganisierte Berufsgenosse ist der zulässige Streikbrecher; er ist der Störenfried bei allen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmer. Er schiebt sich zwischen beide Parteien und erschwert die Erlangung unterschiedslos für alle geltenden Regeln, wenn er sie nicht ganz unmöglich macht. Vereinzelt Fälle ausgenommen, ist er ein schädlicher, eigenmächtiger oder eigenwilliger Geselle, der sich die Vorteile, welche die organisierten Kollegen in opfervollem Kampf erringen, gern gefallen läßt, aber die Lasten zufällt, wenn es gilt, den ihm zukommenden Anteil an den nötig gewordenen Opfern zu tragen. Auf diese Weise bewirkt er oft von zwei Seiten her Erhöhungen der von den Organisationsstreuen Kollegen zu tragenden Kosten; er wird zur Ursache, daß Kämpfe sich länger, als sonst nötig, hinzuziehen, — vielfach würde es sogar ohne die Unorganisierten überhaupt nicht erst zu Aussperrungen und dergleichen kommen, — und zweitens verteilen sich die so erhöhten Kosten auf eine kleinere Anzahl von Kollegen, als sonst der Fall sein sollte, und kommt so auf den einzelnen eine unbillig hohe Quote. Darum ist der Kollege, der den Beitritt zur Gewerkschaft verweigert, für diese ein gemeinschädlicher Patron und ihren Anhängern naturgemäß verhaßt.

So wenig der Arbeiter in einer modernen Betriebsunternehmung — Fabrik, Werkplatz etc. — noch freie Verfügung über sein Thun genießt, so sehr er hier zu einem Glied eines einheitlichen Organismus geworden ist, dem er sich bei der Arbeit, bei Verlust der Arbeitsmöglichkeit einzupassen hat, so wenig ist er beim Abschluß des Arbeitsvertrages frei. In 99 von 100 Fällen findet er fertige Bedingungen vor, bei denen es heißt: annehmen oder auf Beschäftigung verzichten. Ob er es will oder nicht, wird er schon vor der Thür zur Fabrik mit dem Gros seiner Kollegen solidarisch gemacht. Dieser thatsächlichen Solidarität würde als logische Folgerung der Zwang zum Anschluß an die Gewerkschaft entsprechen. Das sind indes noch Ausnahmen. Dem Wesen der modernen Wirtschaftsorganisation entspricht es aber auch, daß die Berufsverbände der Arbeiter frei von jeder Verbindung mit Unternehmereinrichtungen bleibt. Die Gewerkschaft soll das allgemeine Berufsinteresse, aber kein besonderes Kapitalisteninteresse wahrnehmen. Als Wächterin dieses allgemeinen Interesses hat sie einen, aus der Natur der Dinge springenden Anspruch auf den Anschluß aller Berufscollegen.

Ist nun die Weigerung, mit Nichtgewerkschaftlern zusammen zu arbeiten, ein rechtmäßiges Mittel der Erwirkung des Anschlusses an die Gewerkschaft?

Ganz ungewisselhaft. Ohne das Recht dieser Weigerung wäre das gesetzlich verbürgte Koalitionsrecht nur eine grobe Täuschung. Es ist von Hause aus der Gedankenfolge nach im Koalitionsrecht eingeschlossen. Das Koalitionsrecht soll die Arbeiter in die Lage versetzen, durch gemeinsames Handeln das zu erwirken, was sie als einzelne bei der heutigen Wirtschaftsordnung nicht ausrichten können, und was doch der moderne Rechtsgedanke ihnen principieell zugestehet: Erzielung der möglichst günstigen Arbeitsbedingungen, möglichste Hebung ihrer socialen Bildung u. s. w. Wenn könnte es früher und wenn kann es heute einfallen, es dem einzelnen zu verwehren zu wollen, aus einer Arbeitsstellung auszutreten, weil er mit irgend einem Kollegen aus irgend welchem Grunde nicht weiter zusammenarbeiten möchte oder mag? Wenn es einfallen, dem betreffenden durch ein Verbot daran zu verhindern, dem Prinzipal den Grund seines Ausschlusses zu erklären und so sagen: entweder der geht oder ich? Dergleichen kam und kommt in Einzelfällen alle Tage vor und häufig genug ist damit ein Druck verbunden, der den Prinzipal nötigt, den anderen zu entlassen. Niemand ist aber so abgeschmackt, in solchem Vorgange, selbst wenn es aus unedlen Motiven entspringt, eine strafgesetzlich zu ahnende Erpressung zu erblicken. „Erpressungen“ solcher Art liegen im Wesen der modernen Gesellschaft, sie bilden ein unentbehrliches Element ihrer politischen Kämpfe, sie spielen sich auf Treit und Schritt im heutigen Geschäftsleben ab.

Es hieße die Arbeiter außerhalb des Rechts stellen, wenn man ihnen als strafbare Erpressung anrechnet, was die kapitalistischen Wirtschaftsverbände jeden Tag ungestraft vollziehen. Jedermann weiß, welchen Druck die kapitalistischen Preisverbände auf ihre Abnehmer ausüben, um sie vom Kaufen bei Nichtverbandsmitgliedern abzuhalten. Jede solche Maßregel läuft darauf hinaus, Konkurrenten in den Verband hinein oder zur Unterwerfung unter seine Abmachungen zu pressen; wann ist je eine Klage auf Erpressung gegen diese Körperschaften erhoben worden? Und doch ist ihr Vorgehen bei weitem nicht in dem Maße von der Notwendigkeit diktiert, wie das Vorgehen der Gewerkschaften, sich vom Druck der Nichtverbandsmitglieder zu befreien.

Wir müssen natürlich annehmen, daß die Richter geglaubt haben, im Sinne des Gesetzes zu handeln, als sie die Verurteilung

der 15 Berliner Zimmergefallen aussprachen. Dem formal gerichteten Geist des Sachjuristen liegt es nahe, das Koalitionsrecht lediglich unter dem Gesichtspunkt eines individuellen Rechts aufzufassen, als das Recht von Arbeitern als einzelnen, sich nach Wunsch zu koalieren oder nicht zu koalieren, wo dann naturgemäß das Recht, sich nicht zu koalieren dem andern gleichwertig ist und wie dieses geschützt werden muß.

Unter diesem Gesichtspunkt, auf den das oft falsch angewendete Wort „manchesterlich“ wirklich paßt, haben auch englische Richter wiederholt Gewerkschaftsvertreter, die in gleicher Weise, wie die 15 Zimmerleute gehandelt hatten, zu Strafen verschiedener Art verurteilt, bis im Jahre 1898 die Rechtskammer des Hauses der Lords, welche die oberste Rechtsinstanz Englands bildet, durch einen Entscheid in der Klage Flood wider Allen dem einen Niegel vorgehoben hat.

Der Fall lag sachlich ganz ebenso wie der in Berlin. Allen, als Distriktsdelegierter des Verbandes der Kesselschmiede, hatte einer Schiffsbaufirma angelündigt, daß alle von ihr beschäftigten Verbandsmitglieder austreten würden, wenn die Firma zwei von ihr angeforderte Richtverbände weiter beschäftige. Darauf hatte die Firma die beiden Leute entlassen, und diese verklagten nun persönlich Allen auf Schadenersatz, weil er „in böswilliger Weise“ ihre Entlassung erwirkt habe und erzielen selbst noch von der Berufungskammer thatsächlich dessen Verurteilung. Die kapitalistische Gewerkschaft der Kesselschmiede ließ sich aber die Kosten eines Prozesses in allen Instanzen nicht reuen und brachte die Sache bis vor die Lordskammer, die dann mit 6 gegen 3 Stimmen das verurteilende Erkenntnis der unteren Gerichtshöfe umstieß und den Grundsatz feststellte, daß eine Handlung, die an sich gesetzlich zulässig ist, für die Rechtsprechung nicht auf die hinter ihr liegenden Motive untersucht werden darf. Jeder Arbeiter habe das Recht, sein Arbeitsverhältnis aus irgend welchem Grunde zu kündigen und dies selbst oder durch seinen Vertreter dem Prinzipal zu melden. Welche weiteren Absichten er damit verbindet, gehe das Gericht nichts an, so lange die Handlung selbst nicht strafbar sei.

Nach diesem Spruch wäre eine Verurteilung wie die der Berliner Zimmerer einfach eine Unmöglichkeit. Dem deren Handlung war an sich eine gesetzlich durchaus erlaubte; erst dadurch, daß der hinter ihr liegende Zweck herangezogen wurde, ward die Verurteilung ermöglicht, obwohl der Zweck selbst wiederum auch durchaus gesetzlich war: es sollte bewirkt werden, nimmt das Urteil an, daß die Richtverbände sich dem Verband anschließen, der Verband aber ist eine gesetzliche Verbindung, die gesetzlich erlaubte Zwecke verfolgt. So stellt sich dies Urteil vor den Augen der höchsten englischen Rechtsautoritäten als eine Unmöglichkeit dar, und doch ist England ein Staatswesen, wo das Recht des Einzelnen unendlich höher geschätzt wird, wie in Preußen. Wenn irgendwo, so wäre gerade dort ein solches Urteil immer noch eher verständlich. Aber man hat eben in England gelernt, das Koalitionsrecht unter dem Gesichtspunkt eines socialen Rechts zu begreifen, in dem mehr steht als die rein persönliche Freiheit, Verbindungen oder nicht einzugehen.

Für die Arbeiterkoalitionen soll keineswegs ein Freibrief verlangt werden, der sie über all und jedes Recht des Einzelnen stellt. Gewiß giebt es auch für ihr Recht Grenzen. Aber sie dürfen nicht da gehen, wo sie in ihre Existenzbedingungen eingreifen, die volle Entfaltung ihres organisatorischen Wirkens hindern. Wegen möglicher kleiner Mißgriffe und Ungerechtigkeiten darf ein Recht nicht angetastet werden, das bei der heutigen wirtschaftlichen Verfassung der Gesellschaft aus einer Notwendigkeit für Arbeiter eine solche für die Gesellschaft im allgemeinen geworden ist. Sehr gut äußert sich in Bezug auf diesen Punkt der berühmte englische Jurist, Sir Frederick Pollock, in seinem als Mitglied der königlichen Untersuchungskommission von 1892/94 abgegebenen Rechtsgutachten über das Koalitions-gesetz. Unter Bezugnahme auf Erkenntnisse der Lordkammer, die schon damals festgestellt hatten, daß keine Handlung auf dem Gebiet des Koalitionskampfes, die nicht schon widerrechtlich ist, wenn ein Einzelner sie begeht, dadurch allein strafbar wird, daß eine Anzahl von Personen sie unter Verabredung begehen oder dem Unternehmer anzeigen, daß sie sie begehen werden:

„Wenn jemand glaubt, daß das Gesetz, wie es das Haus der Lords festgesetzt hat, die individuelle Handlungsfreiheit nicht genügend beschützt, so mag ihm die Erwägung der offenkundigen Thatsache teilweise ein Trost sein, daß, welches auch das Gesetz sei, es immer Tausende von außerhalb des Reiches gesetzlich eingeschritten liegende Mittel giebt, durch welche eine Mehrheit eines Gewerbes oder einer Gesellschaft es der Minderheit unangenehm machen kann, von ihr abzuweichen. In letzter Instanz können die Rechte der Minderheiten nur dadurch gesichert werden, daß für allgemeine Achtung vor der gesetzmäßigen Freiheit der Minderheiten in Bezug auf Rede und Handlung gesorgt wird, dies aber muß das Werk einer aufgestellten öffentlichen Meinung, nicht von gesetzlichen Definitionen sein. Erkenntnisse und Gesetzesparagrafen, welche das beste Wissen und Erfahren der Nation verkörpern oder verkörpern sollen, mögen dazu beitragen, die öffentliche Meinung zu leiten und bilden, aber sie können sie nicht ersetzen.“

Das ist kein Socialismus, aber es ist wenigstens konsequenter bürgerlicher Liberalismus. Ed. B.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar.

#### Der Monarchismus des Protowuchers.

Eine hervorragende Gelegenheit zur Verhöhnung byzantinischer Befähigungen bietet gewisse Kreise der bevorstehende Geburtstag des Kaisers. Alle diejenigen, die aus dem Monarchismus ein Geschäft zu schlagen glauben, überbieten sich in maßlosen Verherrlichungen. Voran allen andern Geschäftsmännern die Kon-

servativen des agrarischen Bucherberufs. Ein wahrhaft klassisches Zeugnis für die Gründe des konservativen Monarchenkultus erbringt die „Konservative Korrespondenz“, das offizielle Blatt der konservativen Partei. In ihrem Artikel „Zum 27. Januar“ sagt sie:

„Unser Kaiser ist aber nicht nur ein Friedensfürst nach außen, sondern er ist auch unausgesetzt bemüht, den Frieden im Innern zu wahren. Bedroht ist der innere Frieden seit Jahren schon durch die zersetzenden Agitationen einer republi- kanischen Partei, welche unserem teuren Monarchen die Herzen seines Volkes zu entfremden trachtet. Bedroht ist er durch die vielfachen wirtschaftlichen Interessen-Kämpfe, die unser öffentliches Leben beherrschen und welche ebenfalls von den zersetzenden Elementen antimonarchischer Richtung zielbewußt geschürt werden.“

Nun ist ein bedeutsames nationales Friedenswörter im Gange, durch welches ein Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen- gegenüber erfolgen und der Boden geschaffen werden soll, auf welchem das deutsche Volk sich zu vereinigen vermag, um geschlossen gegen die socialdemokratischen Friedens- söxer vorzugehen. Unser Kaiser hat als sein eignes Programm verkündet: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes.“ Es gilt nun, dieses Pro- gram, welches in dem Zolltarifentwurf zum Ausdruck gebracht ist, zu verwirklichen.“

Nicht einmal in der äußeren Form weicht sich der konservative Monarchismus über der Kellame von Panischlagaren zu halten. Blump trägt er die brutalen Instinkte auf, die seinen Monarchismus treiben.

Der Protowucher, die Auswucherung der Massen zu Zunker- anstufen — das ist der Monarchismus der Konservativen. Zwar hat der Kaiser das Wort vom Protowucher gesprochen, aber der konservative Monarchismus sucht den Kaiser an den Protowucher zu fetten, indem er ihm den Wahn vorkaufschwillt, als bedeuete der Protowucher die Sicherung der Monarchie.

Es ist etwas Verehrliches in diesem Täuschungsversuch. Wenn nämlich die Monarchie die konservativen Forderungen nicht auf jeden Fall durchsetzt, dann ist es gänzlich aus mit dem konservativen Monarchismus.

Wären die konservativen Monarchisten vor die Entscheidung gestellt: Republik mit hohem Kornzoll — Monarchie ohne Kornzoll! — wie möchten da die konservativen Jubelartikel zum 27. Januar klingen? —

#### Der Reichstag.

Bevor die Generaldebatte über Socialpolitik fortgesetzt wurde, beschloß der Reichstag gegen die Stimmen der Rechten, die Genehmigung zur Zeugenvernehmung des Abg. Conrad Hausmann nicht zu erteilen. Singer hatte dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verfassung der Genehmigung als Regel hinzustellen, und es nicht, wie es im vorigen Jahre in einem Falle geschehen ist, in das Belieben eines Abgeordneten zu stellen, ob er während der Session einer Ladung auf den Zeugenstand folgt.

Die socialpolitische Debatte zerfiel in zwei scharf getrennte Teile, einen sehr ernsten und einen sehr komischen. Aus dem ernsten Verhandlungen ist eine Thatsache besonders hervorzuheben:

Der Direktor des Bundes der Landwirte, der Abg. Dr. Koesfeld-Kaiserlautern, hatte die sächsische Regierung mit dem Verlust seines Vertrauens bedroht, wenn das Gesetz sich bewahrheiten sollte, daß sie die Grenzen Sachsens der Schweine-Einfuhr aus Oesterreich öffnen wolle. Geheimrat Fischer konnte den agrarischen Jörn sofort dämpfen und in sächsischen Weisfall verwandeln. Die sächsische Regierung hat zwar einen Augenblick geschwankt, ob sie angesichts der sofolmal gestiegenen Preise für Schweinefleisch nicht die Einfuhr österreichischer Schweine in die Schlachthöfe an der Grenze gestatten solle, wie es das Interesse der sächsischen Industrie-Arbeiter gebietet. Aber wozu haben wir denn einen Reichstag? In ihn hat sie sich in ihren Räten, ob sie der Arbeiter wegen die sächsischen Agrarier ärgern dürfe, mit einer Anfrage gewandt und Graf Bülow hat in seiner hohen Weisheit entschieden, daß die „veterinär-polizeilichen Bedenken“ überwiegen und die Grenze gesperrt bleiben soll. Und danach wird sich die sächsische Regierung natürlich richten.

Auch dieser kleine Zug zeigt, daß Graf Bülow sich den Agrariern mit Haut und Haaren verschrieben hat.

Unser Genosse Horn hatte Gelegenheit, sofort darauf hinzuweisen, daß die hohen Fleischpreise in Sachsen die Arbeiter zwangsweise zu Vegetariern machen. Im übrigen brachte er die Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der Glasarbeiter durch die Unternehmer, die Ausweisung fremder streikender Glasarbeiter durch die sächsischen Behörden und die Nichtbeachtung der Verordnung über die Sonntagsruhe in der Glasindustrie zur Sprache.

Graf Borsadowitzky sagte nähere Prüfung dieser Beschwerden zu. Weiter versprach er für die nächsten Gewerbe-Inspektions-Berichte eine Untersuchung der Frage, ob der zehnstündige Maximal-Arbeitstag für die Frauen einführbar werden könne.

Herr Hoyl von Herrnsheim beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Socialdemokratie. Er suchte mit dem Fall der Hamburger Accordmannen zu kochen, um den Terrorismus der Gewerkschaften nachzuweisen, setzte die socialpolitische Unthätigkeit Millerauds in Gegenjah zu den gewaltigen Fortschritten der deutschen Socialforen und versuchte sich in einigen föhlichen Schergen über die Stellung der Socialdemokratie zur Frauenfrage. Als persönliches socialpolitisches Programm stellte er den zehnstündigen Maximal-Arbeitstag für die Frauen, die Erhöhung der Altersgrenze für Frauenarbeit in der Fabrik von 16 auf 18 Jahre und die Einbeziehung der Heimarbeit in das kommende Gesetz zum Schutze der Kinder auf.

Damit war, von einer am Schluß gehaltenen gutgemeinten socialpolitischen Rede des Kaplans Weisenhagen abgesehen, der ernsthafteste Teil der Sitzung erledigt. Ganz unerwartet aber wurde dem erschlöpften Hause eine heitere Stunde beschert. Zuerst konnte man wieder dem Kommerzienrat Schumberger dankbar sein. Der zappelige Herr verlas eine fulminante Rede gegen die Socialdemokratie, die unsere Genossen, die eine dicke Corona um den Redner bildeten, großes Vergnügen machte. Komisch wirkt Herr Schumberger besonders durch seinen Kampf mit der deutschen Sprache. Jedes mehrsilbige Wort macht ihm Schwierigkeiten und erst nach mehrfachen Anläufen vollzieht er hinüber. Aber Herr Schumberger weiß selber ein wenig, daß er komisch wirkt, und so fehlt ihm das Unmittelbare.

Es war daher eine prächtige Steigerung, als nach ihm ein Herr v. Maffow zum Wort kam. Drei Jahre hat dieses Talent auf der Rechten im Verborgenen geblüht, obwohl er, wie das „Parlamentarische Handbuch“ verrät, seinen Dienst als Oberst bei den Ulanen nur deshalb quittiert hat, um sich der parlamentarischen Laufbahn zu widmen. Nach der heutigen Probe steht ihm Grobes bevor. Eine Flasche Sekt, unmittelbar vor der Jungferrede genossen, hatte ihn in eine außerordentlich gehobene Stimmung versetzt und so schob er mit hochgerötetem Gesicht los. Zuerst hörte man ihm nicht zu. Aber der Tüchtige seht sich durch und bald entseffelte jeder Satz, der ihm von den Lippen floß, Nachströme, wie sie das Haus lange nicht erlebt hat. Die versuchten Juden und Socialdemokraten beehrte Herr v. Maffow mit gleichem Haß und er ließ diesem Haß so Ausdruck zu verleihen, daß Graf Pückler, der Edle aus Klein-Tschirne, selbst nicht mehr mitkommen konnte. Der Präsident ließ seinen Bemühungen, den parlamentarischen Ton zu versämen, zum Glück freien Lauf, und nach dem stürmischen Beifall, den seine Worte auf der Rechten fanden, hoffen wir ihn bald als anerkannten parlamentarischen Führer der Konservativen begrüßen zu können. Er macht es wirklich netter als der langweilige Kanig. Nur einer schlich sich scheu aus dem Kreise der Jubelnden, die, an der Spitze die Herren Werner und Dertel, den erfolgreichen Redner beglückwünschten. Es war Herr Krennd. Die Bemerkung des ihm so nahestehenden Vitagrarier über das rote Meer und über das Rainszeichen, das Jahrtausende nicht von den geschwungenen Rufen abwischen können, hatte er doch zu persönlich gefunden.

Am Dienstag steht der Jesuiten-Antrag des Centrums auf der Tagesordnung.

### Arbeiterwohnungen auf den Domänen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend die zweite Beratung des Domänenetats beendet. Aus der Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, ist nur ein Punkt hervorzuheben. Das Extraordinarium des laufenden Etats hat eine Summe von 750 000 M. zur Vermehrung und Aufbesserung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen ausgesetzt, im Etat für 1902 ist dieser Titel um 500 000 M. vergrößert. Das Centrum beantragte die Bewilligung in der früheren Höhe und gleichzeitig die Kürzung des Titels „zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen“ um 500 000 M., jedoch also die Gesamtsomme des Extraordinariums durch diese Änderung nicht beeinflusst worden wäre. Aus etatsrechtlichen Gründen zogen die Antragsteller jedoch ihren Antrag wieder zurück zu Gunsten einer nationalliberalen Resolution, welche die Regierung ersucht, in Zukunft größere Beträge für den Bau von Arbeiterwohnungen auf den Domänen einzustellen. Daß die Wohnungen auf dem Lande, selbst auf den staatlichen Gütern sehr viel zu wünschen übrig lassen, mußten selbst die Konservativen und die Regierung zugeben. Dagegen lehnte Minister v. Bode die Iszi das Verlangen des Abg. Dr. Friedberg (nl.) eine Umfrage über den Stand der Arbeiterwohnungen auf den Domänen zu veranstalten, mit der sonderbar offenerherzigen Motivierung ab, daß dadurch zu viel Wünsche regewürden.

Nach Erledigung des Domänenetats beriet das Haus den Nachetat, wobei, wie alljährlich, eine Aufbesserung der Gehälter der Oberförster verlangt wurde, ein Verlangen, das die Regierung auch diesmal mit Scheingründen zurückwies.

Dienstag steht der Landwirtschaftlichen Verwaltung zur Beratung.

### Eine Kunstgewerbe-Rede des Kaisers.

In seinen ersten Regierungsjahren liebte es Wilhelm II. nicht, daß man seinen Vorgänger, den von dem Liberalismus ideal verklärten Friedrich II. tendenziös feierte. Der Berliner Beggs-Brünnen-Deputation erklärte er einst — am 27. Oktober 1888 — nachdrücklich: „Vor allem bitte ich mir aus, daß das fortdauernde Gedenken meines Vaters gegen meine Person endlich unterbleibe.“

Jetzt hat der Liberalismus derartige Citate längst aufgegeben, er legt seine tiefen monarchischen Gefühle dem gegenwärtigen Herrscher zu Füßen, und so verlegt denn auch der Kultus für den bereits halb aus dem Gedächtnis geschwundenen Friedrich II. keine Gefühle mehr. Im Gegenteil, der Kaiser selbst ist der erste, der seinem Vater haltende Huldigungen darbringt.

Im Berliner Kunstgewerbe-Museum ist am Sonnabend, dem Vermählungstag Friedrichs III., ein Glasgemälde enthüllt worden, das dem Gedächtnis der Eltern Wilhelms II. gewidmet ist. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kaiser eine Rede, die vom Reichlichen Telegraphenbureau in der merkwürdigen Weise verbreitet wird, daß es die Nummer des „Reichs-Anzeigers“, der die Rede bringt, den Redaktionen zusetzt.

Wilhelm II. feierte in dieser Rede seine Eltern in höchsten Worten, er nennt sich ihren Erben und Volkstheher. Außerdem aber ergießt er seine Siegesallee-Rede durch entsprechende Ausführungen über das Kunstgewerbe. Er sagte u. a.:

„Die köstlichen Sammlungen, die hier aufgestellt sind, zeugen von der Kunst und der Liebe zur Kunst und von dem Verständnis für dieselbe bei unsren Vorfahren, und ich meine, daß die Aufgabe dieser Anstalten nie besser im Sinne meiner Eltern durchgeführt werden kann, als wenn dieses Gefühl für die Kunst in dem Volke wieder lebhaft angeregt wird, so zwar, daß kein Gegenstand in Gebrauch genommen wird, der nicht einer künstlerischen Form sich erweist, und daß die künstlerische Form sich stets wieder anlehnt an das bewährte Schöne, was uns aus früheren Jahrhunderten überliefert ist. Denn das liegt in dem Gefühl und in dem Wesen eines jeden Menschen: was der Mensch einmal Schönes geschaffen hat, das bleibt für alle Jahrtausende schön, und wir, die wir nachfolgen, haben nur das Schöne festzuhalten und es unseren Lebensbedürfnissen anzupassen. Und das mögen sich auch die Schüler der Kunst stets wieder vor Augen halten.“

Von einer idealen Figur wie der meines Vaters, an der Seite meiner seligen Mutter, seiner Gattin, getragen von der Liebe seines Volkes, ist der Segen herabgeströmt; eine herrliche Gestalt, der der Staub der Straße nicht einmal an den Saum des Gewandes reichte. Und ebenso das herrliche, verklärte Bild meiner Mutter — die sorgende

Frau, deren jeder Gedanke Kunst war, und bei der alles, sei es noch so einfach, das für das Leben gestaltet werden sollte, von Schönheit durchweht war. Ein Hauch der Poesie umgab sie. Deren jeder Sohn steht vor Ihnen als ihr Erbe und Volkstheher. Und so wie ich es schon früher ausgesprochen habe, so sehe ich es auch als meine Aufgabe an, im Sinne meiner Eltern die Hand über meinem deutschen Volke, seiner bewachenden Generation zu halten, das Schöne in ihm zu pflegen, die Kunst in ihm zu entwickeln, aber nur in festen Bahnen und in fest gezogenen Grenzen, die in dem Gefühl für Schönheit und Harmonie im Menschen liegen.“

Wie der modernen Kunst erklärt der Kaiser auch dem modernen Kunstgewerbe den Krieg. Unse Zeit soll nicht berechtigt sein, aus sich selbst Neues, Eigenartiges zu schaffen. Sie darf nur nachahmen, was früher Schönes gestaltet sei. Die Künstler des Kunstgewerbes müssen — so will es der Kaiser — Epigonen und Kopisten sein, die nur in festen Bahnen und fest gezogenen Grenzen das festhalten, was der Mensch einmal Schönes geschaffen hat. Und in der That hat es stets Leute gegeben, wenn sie auch nicht auf Thronen ihr Kunstverständnis erworben, die nur das für schön erklärten, was vergangen war und von Neuem, lähn Strebendem nichts wissen wollten. Hätten die Künstler stets auf den Rat dieser Kunstliebhaber gehört, so gäbe es heute nichts Schönes der Vergangenheit, das nachzuahmen wir aufgefordert werden könnten. Die Kunst wäre eine ewige Siegesallee, das Kunstgewerbe eine ewige Siegesallee, die Dichtung eine ewige Meisterfingerei geblieben.

Alles Neue ist Revolution. Und Revolution duldet kein Erbe alter Throne. Wie in der Politik Wälten nur das Bewährte festzuhalten hat, was der alte Diktator einmal gesagt und getan hat — angepaßt natürlich an die welpolitischen Lebensbedürfnisse des alten Kurzes —, so dürfen in Kunst und Kunstgewerbe keine unzufriedenen Gedanken gehet, darf kein Streben nach neuen Formen und Linien geduldet werden.

Zimmerhin werden Kommerzienräte nun nicht mehr von Meunier, Klingner und Liebermann und auch nicht mehr von Seccidionmännern wissen wollen. Das sind sie ihrer für monarchischen Gesinnung schuldig.

Interessant ist aber, daß einer der extremsten Führer des modernen Kunstgewerbes, Gammann, ein leitender Professor an demselben Institut ist, in dem der Kaiser seine Rede gehalten. Er scheint aber nicht seine abweichenden Ansichten zum Ausdruck gebracht zu haben.

### Deutsches Reich.

Konservative Volkstanz-Begner. Im „Volk“, dem Stöckerischen Blatt, das in Siegen erscheint, erzählt ein Berliner Brief:

„Der Volkstanz, das ist auch bei uns die Hauptfrage des Tages in Volkstanz-Vereinigungen. Wenn in der Kommission so weiter gemacht wird, wie es die Herren angefangen haben, so wird es wohl eine Frage bleiben. Die socialdemokratische und freisinnige Presse betreibt eine raffinierte Agitation gegen den Entwurf, und leider scheinen sich ihre auch Berliner konservative Kreise nicht ganz entgegen zu können. So hört man z. B., daß die konservativen Bürgervereine „nicht ganz übereinstimmend“ Meinungen in der Volkstanzfrage haben sollen.“

Und die konservativen Partei duldet diese antinationalen, vaterlandverräterischen Gesellen in ihren Kreisen?!

Der neue Volkstanz und die Lebenshaltung der Arbeiter. Unter diesem Titel hat der „Handelsvertrags-Verein“ eben ein neues Heft seiner handelspolitischen Zeitschriften erscheinen lassen, dessen Verfasser der praktische Arzt Dr. Hans Kurella ist. Sie enthält viel neues Material. Der Verfasser weist statistisch das hohe Interesse nach, welches die arbeitende Bevölkerung an der Verbindung des Brotes und Fleischwunders hat. Im Arbeiterhaushalt betragen die Ausgaben für Lebensmittel 60 oft bis 65 Proz. des Familieneinkommens. Je höher das Einkommen, je weniger ist es durch Lebensmittel befaßt und wenn ein Arbeiter mit 900 bis 1000 M. Einkommen 52—53 Proz. derselben für Lebensmittel aufwenden muß, ist das Einkommen über 1600 M. nur noch mit 40 Proz. befaßt. Wie der bekannte Hygieniker Prof. Hüllig berechnet, stellt sich der Minimalpreis täglicher Nahrung für den Arbeiter auf 80 Pf. Für eine Familie, die aus Mann, Frau und 3 Kindern besteht, ist also ein täglicher Mindestaufwand von 1.80 M. für Nahrung erforderlich. Da die Nahrung im Arbeiterbudget etwa 60 Proz. der Ausgaben beansprucht, so kann erst ein tägliches Einkommen von 8 M. einer Arbeiterfamilie die notwendige Ernährung verschaffen. Eine Familie, die unter 1005 M. Jahreseinkommen hat, kann sich somit nicht ausreichend ernähren. Dieses Schicksal haben in Deutschland 8 Millionen Arbeiterfamilien. Nur der zwölfte Teil von dem was anderwärts an Fleisch als unbedeutend zur Ernährung erforderlich bezeichnet hat, wird zumeist von den Arbeitern konsumiert. Dagegen ist der durchschnittliche Kartoffelverbrauch in den Arbeiterfamilien heute 1 1/4 Wd. Kartoffeln pro Tag und wird noch mehr steigen, wenn Brot und Fleisch verteuert werden. Dr. Kurella faßt die Folgen der Brotvertuerung dahin zusammen: Steigerung des Einzelkonnsums in der Ernährung der Arbeiter durch das Sinken des Fleischkonsums, Unmöglichkeit einer Dedung des Einzelbedarfs durch Reproduktion und Verbilligung der Mollereiprodukte, Verringerung des Brotkonsums in gewissen Schichten und härterer Konsum von Kartoffeln und minderwertiger Nahrung. Der neue Volkstanz bedeutet eine bedeutende Verringerung der Lebensmöglichkeit und wird eine verhängnisvolle Wirkung auf Leben, Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Eitlichkeit ausüben.

Als nächste Wirkung der durch Hölle hervorgerufenen Lebensmittel-Preistesteigerung und Untere Ernährung weist Kurella die Steigerung des Alkoholkonsums nach. Selbst in einem im Auftrage des preussischen Kultusministers von Professor Richter herausgegebenen Bericht finden sich die Worte: „Eine wirksame Bekämpfung des Alkoholkonsums ist ohne eine wirtschaftliche Dedung der Bevölkerung, ohne Beschaffung guter Nahrung, Kleidung, Wohnung kaum durchzuführen.“ Auch die Thatsache der Steigerung der Eigentumsvergehen durch hohe Lebensmittelpreise weist der Verfasser statistisch und in zahlreichen Urteilen nach. Darunter ist das Verzeichnisse dasjenige des — jetzt agrarischen! — Professors v. Wager: „In der Periode 1895/61 hat so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preis gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner im Gebiete diesseits des Rheins, einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während andererseits das Fallen des Getreidepreises um einen Sechser je einen Diebstahl bei der gleichen Zahl von Einwohnern vermindert hat.“

Nicht minder schlimm sind die Folgen für die Volksgesundheit, die Bekraft, die Kindersterblichkeit. Ganz bedeutend wird die Zahl der Ueberfliehungen durch den Stand der Lebensmittelpreise beeinflusst. Jede Steigerung des Lebensmittelpreises läßt die Ueberfliehungen zurückgehen. Dagegen schwindet die Zahl der Auswanderer. In den Jahren hoher Getreidepreise, von 1880 bis 1892, sind rund 1 1/2 Millionen Deutsche über See gegangen, von denen 54 Prozent Männer waren, darunter der überwiegende Teil in den fruchtigsten Arbeitsjahren.

Alle diese Stimmen auch aus den Kreisen der Männer der Wissenschaft werden aber die Agrarier nicht im geringsten von ihren volksverderblichen Wucherplänen abhalten, wenn es nicht dem Volk und seinen Vertretern selbst gelingt, dem Agrarierübermut die verdiente Niederlage zu bereiten.

### Deutsche Handlangerdienste für Chamberlain?

Im Reichstag hätte kürzlich Herr Liebermann v. Sonnenberg behauptet, daß die deutsche Regierung deutschen Fabriken

die Lieferung von Kriegsmaterial für die Voeren, speziell den Oranjesfreistaat, verboten habe, während sie zu Gunsten Englands die Neutralität ruhig haben brechen lassen. Staatssekretär v. Michthosen hatte diese Behauptung des antisemischen Redners für unrichtig erklärt, worauf dieser erwiderte: „Man hat der Generalkonsul Dr. Hendrik Müller das Wort.“

Nunmehr veröffentlicht die „Tägl. Rundschau“ den Brief des stellvertretenden Generalkonsuls des Oranjesfreistaats, Dr. J. Pajijn, in der entgegen der Erklärung des Staatssekretärs v. Michthosen die Behauptung Liebermanns aufrecht erhalten wird.

Der Vertreter Krupps in Effen habe am 17. Oktober 1900, als der Generalkonsul Dr. Müller persönlich die bereits zur Hälfte bezahlten Kantonen habe abholen wollen, die Aulieferung der Geschütze mit der Motivierung verweigert, daß die deutsche Regierung derartige Lieferungen an den Oranjesfreistaat verbieten habe.

Auch die Lieferung an eine andre, der Voerenfreundschaft verdächtige Macht sei mit derselben Begründung verweigert worden!

Jetzt hat die deutsche Regierung wiederum das Wort!

Rein Händedruck. Daß der Prinz Heinrich bei seiner Amerikafahrt sich bei seinen Reden der englischen Sprache bedienen soll, um die englischen Bevölkerungselemente nicht durch eine schlechte Vorzugung der Deutsch-Amerikaner zu kränken, wird von unser alldeutschen Presse bitter empfunden. Die Muttersprache, die man den Polen selbst nicht für den Religionsunterricht zugestehen will, möchte man von dem Prinzen nicht einmal bei seiner ausländischen Repräsentationsreise verweigert sein. Die Alldeutschen mögen sich indes trösten: Prinz Heinrich wird sich wenigstens in einem andern Punkte der anglo-amerikanischen Sitte nicht unterwerfen, er wird sich vom Volke nicht die Hand drücken lassen. Einem Blatt wird über diese wichtige Sache gelabelt:

„Prinz Heinrich wird nicht nach amerikanischer Sitte den einzelnen Leuten aus dem Volke die Hand reichen. Er wird sich in den Städten, die er besuchen wird, dem Volke zeigen, doch hat das Empfangskomitee angeordnet, daß das Volk nur vor dem Prinzen Heinrich defilieren soll. Was wird geschehen, um den Prinzen vor Belästigung zu schützen, und das Komitee wünscht, daß der „Prinzenhaß“ des Volkes so ruhig sei, wie es die vielen Reisen zulassen.“

Die berechtigt deutsch-nationalistische Hofseite bleibt also gewahrt!

Anti-Duell-Liga. Das Aktionskomitee der unter dem Vorhitz des Fürsten zu Löwenstein stehenden Anti-Duell-Liga erklärt einen Aufruf, dem die weiteste Verbreitung gegeben werden soll. Darin wird das Programm der Liga wie folgt gekennzeichnet:

„Zunächst wollen wir danach streben, dem mit gesellschaftlicher Berührung bedrohten, mutigen Wesen der Duellgegnerschaft einen gesellschaftlichen Rückhalt zu gewähren, ferner durch Aenderung des Strafgesetzbuchs den zur Zeit ungenügenden gesetzlichen Schutz der Ehre von Verlor und Familie zu einem wirksameren zu gestalten, sowie die Einführung von staatlichen und korporativen Ehrengerichten und die Achtung von Ehrschändern zu erwirken. . . . Helft auch Ihr uns dabei, Ihr edlen deutschen Frauen, die Ihr berufen seid, Haus und Herz Eurer Mütter und Brüder zur Pflanzstätte echt deutscher Religiosität und Gesittung zu machen und den Keim wahrer Gottesfurcht und Gerechtigkeit in die Herzen Eurer Kinder und Kindeskiner zu legen.“

Die Liga wird nicht viel ausrichten. Solange nicht das strafgesetzliche Privileg der Kavallerieholzerlei beseitigt wird, wird man ununterbrochen knallen. Und die Achtung von „Ehrschändern“? . . . Na, der Gebrauch gilt ja nur für den weiblichen Teil für schimpflich, und man wird schließlich einen Kavallerie zu der Ansicht bekehren, daß ein galanter Sieg etwas Ehrloses sei. Und auch von den Frauen werden nur die an Moral und Alter Gereifteren für die Anti-Duell-Bewegung zu gewinnen sein. Die Jüngeren würden die angenehm aufregende Duellromantik schmerzlich vermischen.

Wenn es also der Anti-Duell-Liga ernst ist mit der Bekämpfung des Duellmordes, wird sie schon unter Verzicht auf allen sonstigen Hirtensang für die Aufhebung des Duell-Paragrafen eintreten müssen.

### Eine niedliche Centrumsblamage.

Auf die im Jahre 1899 in Bayern unter Führung des Centrums im Landtage vorgenommene „große“ Steuerreform hat sich das Centrum heute noch viel zu gute. Man verfiel damals auf die Umfassung der. Der Entwicklung der Großbetriebe sollte mit Gewalt Einhalt geboten werden. So schuf man für die Großmühlen-Industrie ein eigenes Ausnahmengesetz mit dem aussergewöhnlichen Zweck, damit der Walzmühle in Ludwigshafen a. Rh. die „Kranz“, wie sich ein im Landtag sitzender Centrumsbauer ausdrückte, anzuhängen. Die Großmühlen werden bis zu einer Produktion von 400 000 Centner nach dem Geschäftsvertrage, darüber hinaus nach dem Umsatz versteuert. Nun ist in ganz Bayern keine Mühle, ausgenommen das Ludwigshafener Werk, die 400 000 Centner produziert; die Steuer wirkt nun für dieses Werk als förmliche Erdrosselungssteuer. Die jährliche Produktion befreit sich hier auf 2 000 000 Centner und kann, da das Werk technisch auf höchster Stufe steht, noch leicht um Millionen gesteigert werden. Bisher zahlte die Mühle 85 000 M. an Steuern, sie soll nunmehr 170 000 M. bezahlen. Das ist dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft, der das Werk gehört, denn doch zu arg. Er läßt jetzt erklären, daß er seine Werkfabrik entweder nach Rannheim oder Strahburg verlegen werde. Bayern aber hat dann das Nachsehen. Zu bebauern sind am meisten die arme Stadt Ludwigshafen, die einen großen Ausfall an Umsätzen erleiden wird, und die Bayern der um Ludwigshafen herumliegenden Orte — es sind ihrer vierzig — die für ihre Körnerkraft an der Mühle einen je derzeitigen zehnjährigen Abnehmer hatten. Die Mühle hat nachweisbar im Vorjahre über 300 000 Centner einheimisches Getreide verarbeitet. Aus den erwähnten vierzig Orten erhielt sie allein 68 000 Centner. Sie kaufte von den Bauern, was ihr diese vor die Mühle brachten. Damit wird es ein Ende haben, wenn das Werk verlegt wird. Die Bayern können sich, wenn sie vom Getreidenacherer wieder wie in früheren Jahren ausgebeutet werden, hierfür bei ihren „Freunden und Vettern“, beim Centrum, bedanken. Am tiefsten in der Tiefe sitzt der Centrumsabgeordnete Dr. Eugen Jäger aus Speier, die „berühmte“ unter die Räder des Brotwunders geratene Agrarlehre des Centrums und dessen hervorragender „Mittelstandspolitik“, unter dessen Führung das Centrum das verfluchte Steuerreform-Gesetz annahm. Im Ludwigshafener Stadtrat sitzen neben den 8 Socialdemokraten 8 Centrumsmitglieder, die unter dem niedersammlernden Einband, den die Reichsregierung der Verlegung des steuerkräftigen Unernehmens nach der badischen Seite auf die Bevölkerung machte, einer im Stadtrat von socialistischer Seite eingebrachten Resolution zustimmten, in welcher die Wiederaufhebung dieses Ausnahmengesetzes gefordert wird. Auch in den Dörfern sind Petitionen in Vorbereitung, in denen das Gleiche verlangt wird.

### Die Arbeitslosigkeit und der Magistrat von Frankfurt a. M.

Bei Begründung der socialdemokratischen Interpellation im Reichstage betreffend die Arbeitslosigkeit führte unser Redner u. a. an, daß in Frankfurt a. M. nur der winzige Kredit von 70 000 M. zur Ausführung städtischer Arbeiten in Rücksicht auf die in diesem

Winter herrschende Arbeitslosigkeit vom Magistrat beantragt und seitens der Stadtverordneten bewilligt worden sei. Im Laufe der Debatte kamen noch andere Redner auf die betreffende Verhältnisse zu sprechen. Infolgedessen schloß sich der Frankfurter Magistrat veranlaßt, ein Schreiben an den Präsidenten des Reichstags zu richten, in welchem der Magistrat sein Verhalten zu verteidigen und die Sachlage richtig zu stellen sucht. Dieses Schreiben des Frankfurter Magistrats ist nun auch, wie wir erfahren, beim Reichstagspräsidenten eingelaufen; der Präsident hat jedoch das Schreiben wieder zurückgeschickt, mit der Erklärung, daß er keinen geschäftsordnungsmäßig zulässigen Weg finde, es zur Kenntnis des Reichstags zu bringen. Er stelle dem Frankfurter Magistrat anheim, das Schreiben durch Druck vervielfältigen und jedem Reichstagsmitglied zugehen zu lassen.

Da bekanntlich die Diskussion über die betreffende Interpellation nicht beendet, sondern nur vorläufig verlagert ist, so werden unsere Vertreter im Reichstag Gelegenheit haben, auf die Sache zurückzukommen und eine völlige Klarstellung herbeizuführen. Bemerkenswert ist zunächst nur, daß wie unser Frankfurter Parteiorgan „Volkstimme“ schreibt, die im Reichstag erwähnten 70 000 M. allerdings nur irrtümlich als allmögliche Bewilligung für Winterarbeiten in Frankfurt bezeichnet wurden. Diese Summe betraf Hochbauarbeiten, die Anfangs Dezember bewilligt wurden. Aber außer ihnen sind zufolge der „Volkstimme“ unter dem Druck des Frankfurter Notstandes nur noch ca. 251 000 M. für Trambahnarbeiten, in denen auch auswärts bezufließende Betriebsmittel fließen, gefordert und bewilligt worden. Der Oberbürgermeister Adickes aber behauptet im erwähnten Schreiben, es seien sogar 772 000 M. teils vorhandene teils neubewilligte Kredite benutzt, um Arbeitslosigkeit zur Winterzeit zu schaffen. Der größte Teil dieser Summe jedoch, wovon noch die erheblichen Beträge für auswärts herzustellende Arbeiten in Wegfall kommen, konnte wohl für Notstandsarbeiten mobil gemacht werden, aber es ist nicht in solchem Umfange und so rechtzeitig geschehen, daß die Arbeitslosenzahl vermieden wurden. Darin bestand die Hauptschuld des Frankfurter Magistrats.

## Ausland.

### Noch Einiges über das Friedenskomitee.

New York, 9. Januar. (Fig. Ver.) In Bezug auf das seitens der von der Civic-Federation einberufenen Konferenz eingeleitete „Friedenskomitee“ ist noch Einiges nachzuholen, was die Stellungnahme jener „Arbeiterführer“, welche an der Konferenz teilnahmen, respektive sich in das Komitee wählen ließen, in besondere Beachtung stellt. Es ist noch nicht sehr lange her, daß der Präsident der U. S. Steel Corp. Schwab vor der bundesstaatlichen „Industrial Commission“, resp. einem Subkomitee derselben, erschien, um auf deren Ersuchen seine Ansicht über die industriellen Verhältnisse zu kundzugeben. Er sagte dabei u. a. bezüglich des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, daß seiner Meinung nach die letzteren kein Recht hätten, sich den ersteren gegenüber zu „verbinden, und daß die Arbeiter-Unionen in ihrer jetzigen Form gesetzlich verboten werden sollten! Diese Aeußerung machte damals die Runde durch die gesamte Arbeiterpresse, und es ist doch nicht anzunehmen, daß jene Arbeiterführer ein solch kurzes Gedächtnis haben, um so was binnen wenigen Monaten zu vergessen. Auf der Konferenz selbst äußerte sich Schwab freilich nicht in solch schroffer Weise; er machte aber die Bemerkung: „Ich bin der Ansicht, daß von einer friedlichen Verlegung der zwischen Kapital und Arbeit herrschenden Differenzen die Prosperität der Vereinigten Staaten abhängt. Der Rückgang in Handel und Gewerbe in vielen Ländern Europas ist auf solche Differenzen zurückzuführen.“ (1) „Die Prosperität der Vereinigten Staaten“ — da liegt der Hase im Pfeffer! Zur Erreichung der Verhinderung von Streiks hätten die Unternehmer nicht die Hilfe der Arbeiterführer nötig, da es ja nur an ihnen liegt, die Ursachen zu beseitigen, welche einen Streik veranlassen, oder aber eventuell die Entscheidung den Staats-Schiedsgerichten zu überlassen (denen gegenüber sie aber in 2/3 Fällen erklären: „Wir haben nichts zu verhandeln“). Der wahre Sinn jener Prosa kam nur sein, daß die Arbeiterführer die Arbeiter verhindern sollen, zum Streik zu greifen, falls die Unternehmer es für nötig erachten, zum „Wohl und Besten“ der „Prosperität der Vereinigten Staaten“ die Löhne herabzusetzen, die Arbeitszeit zu verlängern oder die Ausschüttung der Arbeitskraft durch Einführung „verbesserter Produktionsmethoden“ und auf sonstige Weise zu forcieren.

In denjenigen „fortschrittlichen“ Arbeiterkreisen, die das „Vohren von innen heraus“ in den Gewerkschaften alten Stils seit dem Bruch in der Sozialistischen Arbeiterpartei 1899 wieder aufgenommen hatten, herrscht über die „Friedens-Konferenz“ und deren Macher dieselbe Entrüstung und Erbitterung, wie 1895 nach den bekannten Vorgängen auf der Konvention der „Federation of Labor“. Als Beispiel der Stimmung sei nur eine in der hiesigen „Volk-Zeitung“ erschienene Einfindung citiert, welche lautete: „Brecht Redaktion! Erlauben Sie mir einige Worte über die letzten Vorkommnisse betreffs der Friedens-Liga, und hauptsächlich über das Gedächtnis eines Comper und Konsorten. Es ist wirklich eine Schmach und Schande, was sich die organisierten Arbeiter bieten lassen. Ist es da wunder zu nehmen, daß alle aufgeregten Arbeiter und Sozialisten sozusagen einen Abscheu bekommen gegen die Pure und Simple-Gewerkschaften, wenn man sieht, daß sie nicht ein entschlossenes „Halt!“ entgegenrufen und die ganze Bande über Bord werfen?! Noch mehr muß es wundernehmen, daß Sozialisten auf der letzten Konvention der Federation of Labor noch ihre Stimmen abgeben konnten für einen, von dem sie wußten, daß er einer der Verräter der organisierten Arbeiter ist!“ — Indessen nicht nur in jenen Kreisen hat das Verhalten der F. o. L.-Leute die Kritik herausgefordert, sondern auch in denen — vorläufig — eines gewerkschaftlichen Verbandes, der auf derselben „Pure and Simple“-Waise steht, wie die Federation und die zu ihr gehörenden Verbände, nämlich in denen des Bergarbeiter-Verbandes der Weststaaten, dessen Organ einen gebarnigten Artikel über die Affäre brachte, in dem besonders darauf hingewiesen war, daß von den zwölf Arbeitervertretern im „Friedens-Komitee“ zehn — republikanischer Couleur seien! Da die Führer jenes Verbandes durchgehend demokratische Parteigänger sind, so liegt freilich die Vermutung nahe, daß lediglich jener Umstand „abstoßend“ auf sie eingewirkt hat! —

## Schweiz.

### „Band“-Wurm-Krankheit.

Jürich, 21. Januar. (Fig. Ver.) Seit einigen Wochen wütet ein Sturm im Glas Wasser, dessen Ursache menschliche Schwäche und Eitelkeit ist. Der gegenwärtige Präsident des Nationalrats, Herr Ader in Genf, ein hervorragender konservativer Politiker, der während der Pariser Weltausstellung Generalkommissar der schweizerischen Abteilung war, hat von der Pariser Regierung den Orden der französischen Ehrenlegion erhalten und angenommen, trotzdem Artikel 12 der schweizerischen Bundesverfassung sagt: „Die Mitglieder der Bundesbehörden (zu denen auch der Nationalrat gehört), die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten und Kommissarien dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehälter, noch Titel, Auszeichnungen oder Orden annehmen.“ Die Presse schlug Lärm, als sie von der Ordensannahme Kenntnis erhielt und verlangte die Ablehnung des Ordens, da dies die Bundesverfassung ganz ungewöhnlich fordert. Allein Herr Ader kamert sich kampflos an seinen Orden

und läßt es auf einen Entscheid des Nationalrats ankommen, dem unverständlicherweise der Bundesrat die kühne Geschichte überlassen will, die er doch selbst erledigen könnte. Ein katholisches Blatt verlangte allerdings umgekehrt die Streichung des angeführten Verfassungsaufsatzes, damit die Eitelkeit schweizerischer Republikaner ganz unbehindert durch ausländische Orden befriedigt werden konnte. Uebrigens ist bei diesen Preherörterungen an den Tag gekommen, daß versch. ebene schweizerische Politiker, Militärs u. ausländische Orden hatten beziehungsweise haben (auch der schweizerische Gesandte Roth in Berlin nahm jüngst ein kaiserliches Geschenk an, offenbar aber nur mit Zustimmung des Bundesrats, immerhin im Widerspruch mit der Bundesverfassung), zum Teil ebenfalls im Widerspruch zu Artikel 12. Für ernste Männer und Politiker ist diese „Band-Wurm-Krankheit“ nur eine lächerliche Kinderkrankheit. —

## Dänemark.

Die Bevormundung der Häusler. Im Folkething kam es bei der zweiten Beratung über das Budget des Ministeriums für Landwirtschaft zu einer langen und lebhaften Debatte zwischen dem Minister Ole Hansen und den Bauern und Großgrundbesitzern einerseits und dem Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion R. M. Klausen andererseits. Es handelte sich hierbei vor allem um die zur Förderung der Häuslerwirtschaft vorgeschlagenen Summen von 90 000 Kr., die nach dem Willen der bürgerlichen und bäuerlichen Mehrheit des Folkethings nicht den Häuslern direkt überwiesen werden, sondern durch die von Bauern und Großgrundbesitzern gebildeten „Landwirtsvereine“ an die Häusler verteilt werden. Diese Häusler oder Kätner stehen also gewissermaßen unter Vormundschaft der Bauern und Grundbesitzer. Von der sozialdemokratischen Fraktion war hierzu der Antrag gestellt, daß der Minister beantragt werde, die bewilligten Gelder, soweit ein derartiges Ansuchen an ihn gestellt werde, direkt an die bestehenden Häuslerorganisationen auszugeben. — Der Antrag wurde vom Landwirtschaftsminister und von den Vertretern der Majorität aufs heftigste bekämpft, obgleich sie natürlich nur Scheingründe gegen eine so selbstverständliche Forderung anführten konnten. Der Minister erklärte, die Häusler seien sehr zufrieden mit der gegenwärtigen Art der Verteilung; außerdem würden ihnen auch die Annahme des sozialdemokratischen Antrags die Unterstützung aus den Reihen der „Landwirtsvereine“ verloren gehen. Es handelt sich hierbei um ca. 15 000 Kronen, die aber keineswegs aus den Taschen der Landwirte stammen, sondern von einer 80 000 Kronen betragenden „Staatsunterstützung der Landwirtsvereine“ herrühren, auf die die Häusler gerne verzichten würden. Genosse Klausen wies überzeugend und gestützt auf ein reiches Material nach, wie haltlos diese Einwendungen sind, dennoch wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. — Die circa 112 000 Häusler Dänemarks, die zur Zeit noch die Kerntruppe der liberalen Wählerchaft bilden, werden also auch noch fernver der Vormundschaft von circa 70 000 Landwirten unterstellt sein, und zwar so lange, bis sie erkannt haben, daß sie eine andre Partei mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen müssen. —

## England.

Koweit und Afghanistan. In der Freilassung des Unterhauses gab der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Craunborne, über die perische Frage einige bemerkenswerte Erklärungen ab. Er sagte, es sei wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eines der Ziele der Politik der Regierung im äusseren Orient die Aufrechterhaltung des status quo in China sei, wie dies vertragsmäßig festgestellt wurde. Die Befreyung eines Hafens in Perisichem Golf seitens irgend einer Macht würde mit der Aufrechterhaltung des status quo, die die Politik der Regierung anstrebe, unvereinbar sein. Staatssekretär für Indien Lord Hamilton erklärte in derselben Sitzung, der Emir von Afghanistan habe dem Vorkönig von Indien versichert, er werde den Hauptstapfen seines Vaters folgen und der Freund seiner Freunde sein. Er habe erfahren, so habe der Emir hinzugefügt, daß die britische Regierung gleichfalls sein Freund sein werde und die freundschaftlichen Bande zwischen den beiden Regierungen aufrecht erhalten und weiter festigen werde.

Und Rußland? —

## Italien.

Die zwei Tendenzen. Mit den zwei Richtungen innerhalb der sozialistischen Partei, die gewissermaßen in den zwei Führern Ferrri und Turati verkörpert sind, befohle sich dieser Tage eine stark bejudete Parteiversammlung in Rom. Nach längerer Diskussion, an der sich auch der Abgeordnete Visfolati, der Chef-Redacteur des „Avanti“ beteiligte, wurde eine Resolution angenommen. In derselben wird erklärt: daß in der sozialistischen Partei verschiedene Tendenzen bestehen, daß diese Tendenzen sich bei verschiedenen politischen Ereignissen und Anlässen in zwei Richtungen scheiden, daß die Fragen, welche im gegenwärtigen Augenblick die Partei entzweien, hauptsächlich folgende sind: die verschiedene Art der Verteilung der Streiks, die parlamentarische Aktion und die daraus folgende Haltung gegenüber dem jetzigen Ministerium, die sociale Gesetzgebung und das Verhältnis zwischen dem Maximal- und dem Minimal-Programm. daß das Vorhandensein dieser Tendenzen nicht allein keine Gefahr für die Partei darstellt, sondern daß sie für ihren Fortschritt notwendig sind und daß alle Parteigenossen den Weg des gemeinsamen Programms gehen, die Versammlung beschließt deswegen, die Diskussion über alle oben bezeichneten Punkte zu eröffnen als Vorbereitung für den nächsten Parteikonferenz. —

Die Militärkorruption in Neapel, von der vor längerer Zeit berichtet wurde, erweist sich immer mehr als ein neuer Riesensandal. Nach den bisherigen Ermittlungen werden gegen 400 Personen, Militärs, Civilpersonen, Beamte hohen und niederen Grades vor den Gerichten zu erscheinen haben. —

## Griechenland.

Der Strauß als Attentäter. Das Attentat auf den König von Griechenland soll nicht von einem irrsinnigen Menschen, sondern von einem rabiaten — Vogel verübt worden sein. Man schreibt darüber: Vermutlich ist ein kürzlich dem König zugeflogenes Abenteuer in einem Straußenkäfig des zoologischen Gartens bei Athen der Anlaß von Gerüchten gewesen. Wie wir vor einigen Tagen schilderten, wurde der König Georg von einem wütenden Strauß attackiert, und dieser Vorfall mag die Waise zu den Attentatsgerüchten gegeben haben. —

## Der Boeren-Krieg.

### Sehr ungünstige Berichte

über die Lage der Engländer in Südafrika verbreitet ein englisches Blatt. Nach einer dem „Daily News“ aus dem Haag zugegangenen Meldung sind dort in militärischen Kreisen private Berichte aus Südafrika eingetroffen, die eine wichtige Entscheidung der Lage in der Kapkolonie als bevorstehend bezeichnen. Die Streitkräfte der Boeren nehmen laut diesen Berichten täglich zu. Die kürzlich erfolgte Gefangennahme der Stadtwache von Tarkastad wurde als beachtliche Uebergabe an die Boeren betrachtet. Die Anzahl der Kolonisten, die sich den Boeren anschließen, sei ständig im Wachsen begriffen, der Aufruhr gegen die englische Herrschaft breite sich immer weiter aus. Die Hinrichtung der beiden Boerenführer Lotter und Scheepers habe unter den sogenannten Loyalisten tiefe Erregung hervorgerufen und eine Anzahl der ältesten unter ihnen veranlaßt, sich den Boeren anzuschließen,

deren Stellung als günstiger denn je seit Beginn der Feindseligkeiten bezeichnet wird. Von September bis November erstitten die britischen Streitkräfte zwölf Niederlagen, die Süthenner in seinen Meldungen nicht erwähnt. In hierher gelangten Drahtmeldungen unparteiischer Korrespondenten werden weiter die Aussichten für den Widerstand der Boeren als ermutigend bezeichnet und gesagt, die Boerenführer erwägen gegenwärtig einen Plan zur Errichtung eines unabhängigen Südafrika.

### Snyman gefangen genommen.

Aus Pretoria wird berichtet: Der Feldkornet Snyman und 6 Boeren sind gestern im nördlichen Transvaal gefangen genommen worden.

### Das Kriegsdrecht.

das über Kapland verhängt ist, belästigt die Civilbevölkerung in hohem Maße. Von den in Kapstadt ankommenden Schiffen darf niemand ohne die Erlaubnis des dienstthuenden Offiziers ans Land gehen; der Ankommende muß eine Adresse angeben, wohin er sich begibt. Auch darf Kapstadt niemand verlassen, ohne einen nur durch die militärischen Behörden erteilten Erlaubnisschein zu besitzen. Zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens darf niemand aus- noch eingeschiffert werden. — Auf Grund dieser Bestimmungen erfolgte auch die bekannte Maltraktierung der Mrs. Hobhouse.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Syndikatsbildung während der Periode des wirtschaftlichen Niederganges.

Welsch ist gerade zu Beginn der wirtschaftlichen Krise die Meinung ausgesprochen worden, daß das Syndikatswesen in der Ausdehnung beschränkt werden wird, wenn nicht sogar einige stolze Gründungen dem Ansturm erliegen. Von alledem ist bisher nichts zu spüren, im Gegenteil, das Syndikatswesen hat sich in letzter Zeit besonders gestärkt und hat an Ausbreitung gewonnen. So ist der Kampf des Kalisyndikats, der sich gegen einige Outfitters richtete, bald mit einem vollständigen Sieg der Syndikatsleitung beendet, gegenwärtig steht nur noch ein verhältnismäßig unbedeutendes Werk außerhalb der Vereinigung. Die Gründung des Kohlenyndikats hat den schwersten Angriffen Trost gegeben. Die Preise für es im allgemeinen mit Ausdauer festgehalten und sich nur auf unbedeutende Preisherabsetzungen einiger Sorten eingelassen. Auch die durch den verminderten Absatz notwendigen Betriebseinsparungen haben sich die Interessenten auferlegt, ohne daß Reklagen zu verspüren waren, die auf eine Lösung der Syndikats-herrschaft hingingen. Im Gegenteil, es wurden Stimmen laut, die einer noch rücksichtloseren Ausnützung der Machtmittel des Syndikats das Wort redeten. Das Gleiche ist vom Coalsyndikat zu sagen, daß bei seiner Einschränkung der Produktion bis zu 40 Proz. leicht den Anlaß zum inneren Verfall geben könnte, aber unerschütterlich an seiner Herrschaft festhält.

In der Eisenindustrie hat die Syndikatsbildung während der Krise die bedeutendsten Fortschritte gemacht. Die Siegerländer Eisenstein-Vereinigung bildet die Grundlage des Syndikatswesens in diesem Industriezweig; alsdann folgen die Hohlfelsenyndikats, von denen die in Siegen und Düsseldorf ihre Verträge bis Ende 1902 verlängert haben. Der Holzzeugverband beherrscht nach wie vor fast ausschließlich die Produktion der Stahlwerke, ohne daß bei den schwierigen Verhältnissen der Eisenindustrie trotz des Drängens der Verwandler so erhebliche Preisnachlässe zu verzeichnen wären, wie sie bei der freien Entfaltung der Konkurrenz hätten eintreten müssen. Von diesen Syndikaten ist denn auch für die übrigen Spezialberufe der Eisenindustrie der Syndikatsbildung stark Vorschub geleistet. Ja man hat die Walzwerke bei ihren Beschwerden über die hohen Preise für Stahlhüpfel mit der Begründung abgewiesen, sie mögen sich nur auf dem Wege der Syndikatsbildung schadlos halten, dann könnten auch die Walz- und Ruedelwerke gegen den Preisdruck ankämpfen.

Dem Rat sind die Walzwerke gefolgt, nur Stabeisen und Feinschmelze stehen noch im freien Wettbewerb. Das Feinschmelze-Syndikat ist aber bereits so gut wie sicher, nachdem vorher der Grobblech-Verband zu Stande gekommen ist. Das Walzdraht-Syndikat hat dieser Tage für 1 Million Mark die Aktiengesellschaft Steinhauser Drahtindustrie in Vömmern i. W. angekauft. Und zwar zu dem Zweck, um bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang das Werk still zu legen und das Syndikat zu befestigen. In enger Fühlung hiermit steht der Drahtstift-Verband, der seine Exportdomination von den größeren Verbänden bezieht. Weiter sind zwei Nähnendyndikats in der Bildung begriffen und im Stahlformgehüt ist gleichfalls eine Einigung herbeigeführt. Das Schienenartell hat für seine Verbindung sogar internationale Beziehung angeknüpft und der Träger-Verband dürfte wohl so ziemlich über die gesamte Produktion verfügen.

Ein bedeutender Industriezweig ist somit nahezu vollkommen der Syndikatsorganisation verfallen. Es wäre thöricht, sich gegen diese Streuungen aufzulehnen. Sie sind die folgerichtige Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sie bilden die Organisationen, die Konsum und Produktion in Ausgleich bringen, allerdings heute mit Mitteln, die für die Gesamtheit von großem Schaden sein können. Das liegt in der privatkapitalistischen Produktionsweise, die abzulösen Aufgabe des Sozialismus ist. Eine andre Gefahr droht den Gewerkschaften, die in ihrer Bewegungsfreiheit durch so mächtige Organisationskapitalistischer Interessengruppen hart bedrängt werden können. Nach der Richtung gilt es für die Gewerkschaften, die Wege frei zu halten für ihre Entwicklung und nicht, wie es heute geschieht, auf Schritt und Tritt ihnen die Rechte einzuziehen. Leugen wir uns unter der Diktatur der Syndikats als Konsumenten und auch als Produzenten, dann gelangen wir zu einer Herrschaft des Syndikatswesens, die wirtschaftlich und politisch die Alleinherrschaft antritt.

Berliner Handelskammer. Die für jede Wahlabteilung besonders aufgestellte Liste der Wahlberechtigten wird in der Woche vom 30. Januar bis 6. Februar d. J. täglich während der Stunden von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags an der Geschäftsstelle des königlichen Staatskommissars bei der Berliner Börse, Kaiser Wilhelmstraße 3, II, öffentlich zur Einsicht für die Interessenten ausliegen. Einwendungen gegen die Liste sind innerhalb einer Woche nach beendeter Auslegung beim Polizeipräsidenten einzureichen.

Kasseler Trebertrocknungs-Gesellschaft. Der Direktor Schmidt, der nach dem Zusammenbruch der Schwundelgesellschaft flüchtig geworden war, ist in Paris verhaftet. Der Auslieferung dürften keine Hindernisse entgegenstehen und ist deshalb der bereits angelegte Prozeß gegen die früheren Verwaltungsmitglieder aufgehoben, da nunmehr der Hauptschuldige zur Stelle sein wird.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. u. Hamburg hat im verfloffenen vierten Quartal des vorigen Jahres nach folgender Zusammenstellung die angeführten Monatsumfänge zu verzeichnen:

	1900	1901
Oktober . . . . .	1 010 000 M.	1 743 000 M.
November . . . . .	1 085 000 „	1 896 000 „
Dezember . . . . .	987 800 „	1 550 000 „
IV. Quartal 3 083 700 M.	5 129 000 M.	

Die vorläufige Zusammenstellung über die Entwicklung der Großeinkaufs-Gesellschaft in den vier Quartalen des verfloffenen Geschäftsjahres liegt nunmehr vor und ergibt folgendes Bild:

	1900	1901	Zunahme
1. Quartal 1 528 700	ca. 2 500 000	971 300	63
2. „ 1 565 900	2 864 700	1 298 800	83
3. „ 1 818 100	3 921 500	2 103 400	116
4. „ 3 043 700	5 129 000	2 085 300	63 1/2
Summa 7 956 400 M.	14 415 200 M.	6 458 800 M.	81 Prozent.

Die endgültigen Ziffern werden noch höher sein, so daß der Jahresumsatz für 1901 sich auf etwa 14 1/2 Millionen Mark stellen wird, das ist eine so rapide und beispiellose Entwicklung, wie sie selbst die englische Großeinkaufs-Gesellschaft niemals gehabt hat.

Die Zahl der an die Großkaufmanns-Gesellschaft angeschlossenen Vereine ist von 102 im Jahre 1900 auf 185 gestiegen. Das durch Beschluß der Generalversammlung im März vor. J. von 200 000 auf 300 000 M. erhöhte Betriebskapital ist gezeichnet; einbezahlt sind davon ca. 250 000 M. Die Reserven (Reservefonds, Specialreservefonds und Dispositionsfonds) betragen über 30 000 M., Darlehen 210 000 M., und der der Gesellschaft gewährte Bankkredit 75 000 M. Außerdem sind der Gesellschaft 40 000 M. als Spareinlagen anvertraut.

## Gewerkschaftliches.

An die gesamte Tabakarbeiterchaft Deutschlands! In der Reichstags-Sitzung vom 8. Januar d. J. äußerte der Reichs-Schatzsekretär v. Thielmann bei Gelegenheit seiner Rede:

„Zum erstenmal muß das Reich zur Finanzierung des Staats zu einer Ergänzungs-Anleihe schreiten, um laufende Ausgaben aus der Anleihe zu befriedigen.“

Er schloß diese seine Rede mit folgenden Worten: „Meine Herren! Wenn der wirtschaftliche Niedergang anhält und der Rückgang der Einnahmen sich weiter fortsetzt, so werden Sie nicht umhin können, neue Einnahmequellen zu bewilligen, nicht aber solche wie den Börsenstempel, sondern Einnahmen, die wirklich zu Buch schlagen, und da stehen an erster Stelle die Worte: Bier und Tabak.“

Mit dieser Ankündigung des Schatzsekretärs ist die kurze Ruhe, welche der Tabakindustrie seitens der Reichsregierung vergönnt war, aufs Neue in Frage gestellt und neue unendlich schwere Kämpfe stehen uns bevor. Seit ca. 35 Jahren sind der Tabakindustrie seitens der Regierung nur kurze Ruhepausen vergönnt worden. Wie unendlich schwer die Industrie hierunter gelitten hat, beweist der gegenwärtige Stand derselben; es ist Thatsache, daß die Tabakarbeiter zu den schlechtestlohnigsten der ganzen Industrie-Arbeiter gezählt werden müssen.

Wie sich die Lage der Industrie und der in derselben beschäftigten Arbeiter in der Folge gestalten werde, wissen wir bis jetzt nicht auszumalen; sollen doch Einnahmen geschaffen werden, welche „wirklich zu Buch schlagen“, mit andern Worten also ungeheure Summen ergeben sollen. Wie schnell diese Worte des Schatzsekretärs Gehör gefunden haben, beweist der sofort in der Reichstagskommission des Reichstags eingebrachte Antrag des Freiherrn v. Heyl zu Herrnsheim: den Zoll auf ausländische Tabakblätter von 85 Mark auf 125 Mark zu erhöhen; nothwendig eine Erhöhung um 50 Proz. Wir wagen zu bezweifeln, daß diese 50 Proz. der Regierung schon genügend „zu Buch schlagen“ werden. Selbst den Zoll als möglich angenommen, daß die Regierung sich mit dieser Erhöhung begnügen würde, wäre auch damit schon der Industrie ein tödlicher Stoß versetzt, und unjagbares Elend und Not über die Arbeiterchaft verhängt.

Tabakarbeiter Deutschlands! Darf solches geschehen? Wir antworten: Rimmermehr!

Der Tabakarbeiter-Kongreß von 1893 hat der damaligen Kongresskommission den Auftrag erteilt: „Für den Fall der Annahme der Tabak-Fabriksteuer oder einer späteren geplanten Mehrbelastung des Tabaks weitere Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Tabakindustrie zu treffen.“

Diesen Zeitpunkt erachten wir für gekommen. Schwer, unendlich schwer, wird der uns auszuwählende Kampf werden. Soll er siegreich durchgeführt werden, so ist ein einheitliches Handeln unbedingt notwendig; es kann nur dann geschehen, wenn wir diesen Kampf systematisch organisieren.

Kollegen und Kolleginnen, organisiert diesen Kampf in folgender Weise: Bernft allerorts, wo Tabakindustrie betrieben wird, öffentliche Tabakarbeiter-Versammlungen ein, wählt dort Kommissionen, die jederzeit des Rufes gewärtig seien, ebenso auch jetzt schon in ihren Streifen anregend und aufläuternd zu wirken und gleichzeitig auch die Frage zu erörtern, auf welche Weise Geldmittel, wenn solche notwendig werden sollten, beschafft werden können. Wir fordern von Euch, daß Ihr schleunigst mit der Einberufung von öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlungen beginnen möget, denn nur mit in solchen Versammlungen gewählten Kommissionen können wir in Verbindung treten. Alle in der Folgezeit sich als notwendig erachtenden Schritte werden Euch rechtzeitig von uns bekannt gegeben werden. Also nochmals: Organisiert den bevorstehenden Kampf!

Berlin, den 25. Januar 1902.  
Die Beauftragten:  
Wilhelm Börner, Karl Gutry, Louis Dechand.

Die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands wird um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

### Berlin und Umgegend.

Die Gas-, Wasser- und Heizungs-Mohrleger und Helfer, welche bei Zimmungsmeister beschäftigt sind, werden hiermit ersucht, in der am Mittwoch, den 29. d. M. stattfindenden Wahl zum Zimmungs-Schiedsgericht und Schlichtenausschuß zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung am 22. d. M. verlief resultatlos. Die Kollegen werden ersucht, sich mit genügender Legitimation seitens der Arbeitgeber zu versehen. Der Geschäftsanschuß: J. A.: Max Tschöke, Landsbergerstr. 14.

Der Fachverein der Tischler giebt hiermit bekannt, daß die täglichen Voreinstunden von heute ab aufgehoben sind. Alle Verfall-Differenzen und dergl. sind zu berichten an Max Härtler, Niddor, Kirchstr. 1. P. Kunisch, Pallasadenstr. 75, und W. Kamp, Fochstr. 1. Außerdem jeden Freitagabend von 8 bis 11 Uhr bei Franke, Pallasadenstr. 9.

### Deutsches Reich.

Ein geheiter „Heher“. Es gehört eine gute Portion Mut und Idealismus dazu, für die Arbeiterbewegung weidlich und organisierend thätig zu sein, denn das Unternehmensverfolg unerbittlich die, welche sich dieses Feldes schuldig machen. Der Schiffzimmerer August Käger aus Schönebeck, der wegen der Inhaberschaft von Postkastenposten in seiner Organisation schon in Schönebeck und in Magdeburg gemeldet worden war, hatte bei dem Schiffzimmermeister Weise in Varch Stellung gefunden. Am Montag wurde ihm nun wieder von diesem Meister ohne Angabe von Gründen plötzlich gekündigt. Daraus haben von 22 bei dem Meister beschäftigten Schiffzimmerern und Hilfsarbeitern 16 die Arbeit mit der Erklärung niedergelegt, sie würden nicht eher wieder in Arbeit treten, als die Kündigung ihres Kollegen zurückgenommen sei. — Vielleicht bereitet die Solidarität seiner Kollegen dem Geheuten eine bleibende Stätte.

Wahregelung von Bildhauern. Am vergangenen Freitag sind in der Möbelfabrik von Pignhorn u. Jander in Erfurt unglücklich ohne Angabe von Gründen sämtliche dort beschäftigten fünf Bildhauer entlassen worden. Unter den Entlassenen befindet sich der Gesamtvorstand der Schürer Filiale des Centralverbandes der Bildhauer. Mehr den Entlassungsgrund macht die Firma bei verschiedenen Versuchen zur Einigung widersprechende Angaben und wollte auch erst zwei, später vier der Entlassenen für die Wiedereinstellung aussuchen. — Die Ausgesperrten sehen der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen, da die Bildhauer gut organisiert sind. Ein Bildhauer aus Langensalza, der für die Firma engagiert war, trat vom Engagement wieder zurück, als er die Sachlage erfuhr.

An der Breslauer Straßenbahn sind plötzlich mehrere Angestellte entlassen worden. Unter dem Personal der Gesellschaft herrscht große Erregung, da man die Entlassungen als Wahregelungen ansieht, welche die Betroffenen sich durch ihre Thätigkeit für die Organisation zugezogen haben. Einer der Entlassenen wurde noch 17-jähriger, ein anderer gar noch 24-jähriger Dienstzeit auf die Straße geworfen. Die Gesellschaft, welche eine der bestrentirenden Straßenbahn-Gesellschaften in Deutschland ist, zahlte ihren Aktionären

eine Dividende von 13 Proz., die ungenügend aber müssen bei dem fürstlichen Gehalt von 2 Mark 20 Pfennig pro Tag 13, 14, sogar 15 Stunden Dienst als Führer thun. — Eine solche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist — abgesehen von der sozialen Seite der Sache — im Straßenbahnbetriebe auch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Ein ernstes gerichtliches Nachspiel zu einem an sich belanglosen Ausstande. Mitte September vorigen Jahres kamen die Moquetteweber der Firma Krens u. Co. in Chemnitz mit der Fabrikleitung in Differenzen, weil diese statt des bisherigen Wohllohn von 40 Pf. nur noch 38 Pf. pro Meter zahlen wollte. Die 16 Moquetteweber des Betriebes stellten deshalb die Arbeit ein und waren natürlich daran interessiert, daß die Firma keinen Ersatz für sie fände. Einige der Beteiligten beobachteten daher den Eingang der Fabrik. Unter ihnen befand sich auch der Weber Suchan. Als dieser von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein Weber Welzel dort Arbeit zu nehmen im Begriff stände, näherte er sich dem am Fabrikthor von einem der Beobachter schon zur Rede gestellten Welzel und bemühte sich seinerseits, Welzel von seinem Vorhaben abzubringen. Dabei soll er sich nach der Anklage der Beleidigung wie der Rötigung schuldig gemacht und W. bestimmt haben, von der Verwirklichung seiner Absicht, bei der genannten Firma Arbeit anzunehmen, abzusehen. Nach einigen Tagen hat aber Welzel in genanntem Betriebe doch Arbeit angenommen. Hier soll sich S. nach Beilegung der Arbeitseinstellung, von neuem gegen W. der Beleidigung schuldig gemacht haben, weiter gegen den Weber Zell, der dort gleichfalls Arbeit genommen hatte. Diesen soll auch der Weber Hönnig beleidigt haben. Unter den diesen Angeklagten zur Last gelegten Ausdrücken befindet sich auch als beleidigend der Ausdruck „Streikbrecher“. Aus der Verhandlung mag als bemerkenswert erwähnt werden, daß, als der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld an den Zeugen Zell eine verhängliche Frage richtete, der Vorsitzende dem Zeugen zurief: er solle sich nicht verblöffen lassen. — Das Urteil lautete gegen S. wegen Rötigung und Beleidigung auf neun Wochen, gegen H. wegen Beleidigung auf zwei Wochen Gefängnis.

Die Greizer Textilarbeiter haben abermals einen Erfolg erzielt, indem die Firma Fröppfer u. Comp. den Tarif von 1890 anerkannte. Die Verhandlung ging glatt von statten; eine halbe Stunde nachdem die Kommission vorstellig geworden, war die Angelegenheit erledigt.

Die Schiffsarbeiter in München hatten vor acht Tagen ihre Kündigung eingereicht, um eine angekündigte Kürzung der bisherigen Accordpreise abzuwehren. Von beiden Parteien wurde das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, durch das am Donnerstag nachmittags nach 3-stündiger Verhandlung thatsächlich eine Einigung zu Stande kam. Die von einem Prinzipal angestrebte Kürzung der bisherigen Accordpreise unterbleibt. Die Arbeitszeit wurde in 2 Geschäften auf 8½ Stunden pro Tag reduziert (im dritten Geschäfte bestand sie schon) und der Minimallohn für Gehilfen auf 27 M. festgesetzt, der jedoch im ersten Jahr nach beredeter Lehrzeit auf 21 M. reduziert werden kann. In diesen Tarif sind die Gehilfen 4 Jahre, die Principale 2 Jahre lang gebunden.

### Ausland.

Der Streik der dänischen Dampfschiffelager. Eine Demonstration gegen die Streikbrecher fand am Donnerstagabend in Kopenhagen bei der Abfahrt des Dampfers „Ficaria“ statt, auf dem 12 Engländer die Klage der dänischen Heizer beizog hatten. In der Havnegade hatten sich ca. 3000 Menschen versammelt, die durch Pfeifen und durch den Ruf: „Nieder mit den Streikbrechern“ ihren Unwillen kundgaben. Der Kapitän ließ unaufrichtig die Dampfseife erlösen, um die Rufe zu überdecken. Nach der Abfahrt des Schiffes demonstrierte die Menge vor dem Comptoirgebäude von „Det forenede Dampfschiffelager“. Die sechs englischen Heizer, die sich weigern, den Dienst bei „Det forenede Dampfschiffelager“ anzutreten, sind am Donnerstag auf Veranlassung der DIRECTION verhaftet worden. Sie sollen von dem erhaltenen Vorkauf insgeamt 120 Kronen zurückzahlen, erklären sich aber dazu außer Stande zu sein, da sie das Geld bereits für ihre Familien verbraucht haben. Der englische Agent behauptet, sie von dem Streik in Dänemark unterrichtet zu haben. Die Heizer bestreiten das. — Vier norwegische Heizer haben „Det forenede Dampfschiffelager“ verklagt, weil sie angeklagt worden waren, ohne daß man sie von dem Streik in Dänemark unterrichtet hätte. Der schwedisch-norwegische Vicekonsul suchte das Recht der Geschädigten bei der Gesellschaft zu vertreten, wurde aber auf deren Comptoir so bröckel behandelt, daß er die Verhandlungen abbrach. Die Norveger sind auf Kosten der Polizei nach Christiania zurückgebracht worden. Dort soll die weitere Untersuchung der Angelegenheit stattfinden. —

## Versammlungen.

Die Einführung der Verhältniswahl zum Berliner Gewerbeamt forderte eine Versammlung, die am Freitag in der Tonhalle stattfand. Anwesend waren einige hundert Personen. Die Versammlung ist einberufen worden vom Ausschuß für Arbeitervertreter-Wahlen und soziale Angelegenheiten, und dieser Ausschuß legt sich zusammen aus Mitgliedern verschiedener hiesiger evangelischer und katholischer Arbeitervereine. Auch der antisemitische deutschnationale Handlungsgesellen-Verband gehört dieser Richtung an. Das Referat hielt der Sekretär eines evangelischen Arbeitervereins, Herr Behrens. Er trat für die Verhältniswahl ein, damit auch die Minderheit der Arbeiter, nämlich die, welche den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht angehören, eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung erhalten. Wegen der Synapsis des Gewerbeamts, wie sie bisher „trotz der sozialdemokratischen Verhältnisse“ geübt worden ist, hat der Redner nichts einzuwenden. Er hält die Vertretung seiner Richtung hauptsächlich deshalb für notwendig, weil die Gewerbeämter auch die Aufgabe haben, Gutachten abzugeben, Petitionen abzugeben und dergleichen. In dem größten Teil seiner Ausführungen ergriff sich der Referent in Seitenhieben auf die Socialdemokratie. Er erzählte seinen gläubigen Zuhörern, die Socialdemokraten seien gegen die Verhältniswahl zu den Gewerbeämtern eingetreten, während doch jeder, der sich um diese Dinge gekümmert hat, wissen muß, daß die Socialdemokraten im Reichstoge nur dagegen waren, daß die Einführung der Verhältniswahl in das Belieben der einzelnen Gemeinden gestellt worden ist. Die allgemeine Einführung der Verhältniswahl haben die Vertreter der Socialdemokratie bekanntlich bestritten. — Der weitere Verlauf der Versammlung zeigte, daß es den Veranstalter derselben weniger um eine gerechte Vertretung aller Richtungen, als vielmehr um Quartierverleumdungen in der Arbeiterbewegung zu thun ist. Die Diskussionsredner ergingen sich vorwiegend in haltlosen Verunglimpfungen der Socialdemokratie, die um so ärger wurden, als man sah, daß die „Arbeitslosen“ Leute ganz unter sich waren und Widerspruch von anderer Seite nicht zu befürchten hatten. Die Diskussion war bereits geschlossen, als sich ein Herr vom Vorstande erhob und die bis dahin von fast allen Rednern anerkannte Rechtsprechung des Gewerbeamts zu verdächtigen suchte mit dem Bemerkung, daß „bekanntlich“ die Socialdemokratie den Reineid zu Gunsten der Genossen billige. Nach diesem Vorgehen leistete sich auch noch der Referent eine Heerde gegen die Socialdemokratie. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich für die Einführung der Verhältniswahl zu den Gewerbeämtern ausspricht und den Ausschuß beauftragt, dahingehende Eingaben an die Verwaltungen Berlins und der Vororte zu richten.

Der Fachverein der Tischler hielt am 21. Januar bei Jöls seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Den Jahresbericht für 1901 erstattete Härtler. Stattgefunden haben 14 Versammlungen und 12 Vertrauensmänner-Sitzungen. Rechtschuß erhielten 11 Kollegen; eine Klage ging verloren, zwei wurden als aufsichtslos

zurückgenommen. Aufnahmen ließen sich 118 Mitglieder, wegen zurückgebliebener Beiträge wurden 103 gestrichen, so daß der Verein am Schluß des Jahres 243 Mitglieder zählt. Ausgesperrt resp. in den Streiktraten 71 Mitglieder zusammen 421 Tage teils wegen Lohnrückzahlung, teils wegen Einführung des Kontrollbuchs und wegen der Plaisirer. Unterstützt wurden dieselben mit 2 bis 3 Mark pro Tag. Im eignen Beruf wurden 916 Mark für Streikzwecke verausgabt, für andre Gewerkschaften 800,75 Mark; auch wurde auf Listen gesammelt für die Glasmacher. Die Aussperrungen beziehungsweise Streiks dauerten bei den einzelnen Mitgliedern 3—30 Tage. Die kürzlich gegründete Bibliothek umfaßt 80 Bände. Die Abrechnung vom 4. Quartal mit dem Bestand vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 1013,25 M., eine Ausgabe von 609,02 M. Gesamtkassenbestand 944,23 M. Dem Bericht des Vertrauensmannes und der Agitationskommission folgte die Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde Härtler wiedergewählt, zum 2. Schriftführer Braun ernannt, zum Kassier M. Deutschmann, Vertrauensmann in der Parkauerstraße Schirandt und zum Bibliothekar Vordach. In die Agitationskommission kamen neu Hinz Kaminski, E. Deutschmann und Schröder. — Hierauf referierte Härtler über die letzten Konflikte in der Holzindustrie. Redner kritisierte in abfälliger Weise das laue Verhalten der Vertreter der maßgebenden Organisation, des Holzarbeiter-Verbandes, in einigen der Sitzungen. Die Drohung der Unternehmung, 10 Proz. der Arbeiter auszusperrten, wenn die öffentlichen Sperren und Streikposten nicht zurückgezogen werden, gab dem Verbands Anlaß, die Sperre-Annonce zurück zu ziehen. Wir wandten uns nun mit der Bitte an den Holzarbeiter-Verband, um die Verhältnisse, in welchen Differenzen herrschen, bekannt zu geben, damit wir die Sperre-Annonce weiter veröffentlichen könnten, warten aber selber heute noch auf Antwort. In der Nr. 17 (21. Januar) des „Vorn.“ heißt es: „Der Konflikt in der Holzindustrie ist zu Ende“. Für uns Mitglieder des Fachvereins ist der Konflikt nicht eher zu Ende, bis keine Abhilfe mehr erfolgen. In der Diskussion lauten die Differenzen bei Zelder u. Plathen zur Sprache, und darf kein Mitglied eher dort in Arbeit treten, bis nicht die Sache geschlichtet ist. Die veröffentlichten Vorstandsbefehle wurden gut geheißen. Die beiden gemahregelten Mitglieder erhalten pro Tag 3 M. Unterstützung. Nachdem noch mehrere Angelegenheiten erledigt, folgte Schluß der Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 22. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Kalski hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das soziale Verständnis des Unternehmertums“. Rudolph referierte über die bevorstehende Arbeitslosen-Zählung und fordert zur Mitarbeit auf. Hierauf berichtet Kater über die stattgehabte Konferenz in Braunshausen. Diese Konferenz ist von den dortigen Kollegen einberufen worden, um über den Nebetrieb in den Verband zu beraten. Die Fünfer-Kommission der Vertrauensmänner-Centralisation war zu dieser Konferenz nicht geladen, hielt es aber für ihre Pflicht, dort anwesend zu sein. Nach den geäußerten Debatten soll der Berliner Vereinsvorsitzende Gehl den Nebetrieb veranlaßt haben. Gehl erwidert hierzu, daß er thatsächlich schon lange auf dem Standpunkt stehe, daß eine Vereinigung der Vertrauensmänner-Centralisation mit dem Maurerverband wünschenswert sei. Es dürfte natürlich diese Einigung nicht so ausfallen, daß von Niederringen der einen Organisation durch die andre irgendwie gesprochen werden könne. Der Brief, den er geschrieben und der ihm jetzt zur Post gelegt wird, ist von ihm verfaßt, nachdem er durch einen Brief aufgefordert war zu sagen, wie er über die Vereinigung beider Organisationen denke. In seiner Antwort habe er die an ihn gestellte Frage nur im allgemeinen behandelt und ist auch keine Stelle darin enthalten, die Anstoß erregen könnte. Wenn dem Briefe eine andre Tendenz unterzogen wird, so ist dies auch erklärlich für denjenigen, der die ganze Materie und die Behandlung derselben während dieses Jahres kennt. Die Debatte hierüber war sehr erregt. Es wurde für und gegen Gehl gesprochen. Mehrere verlangte von Gehl eine Erklärung, ob er mit dem Verbandsvorstand oder Verbandskollegen oder der Zeitung der Filiale Berlin korrespondiert habe zwecks Ueberführung des Vereins in den Verband. Gehl erklärte denjenigen als Verleumder, der eine derartige Behauptung aufstellt. Es ist ihm nie eingefallen, mit dem Verbandsvorstand oder der hiesigen Zeitung zwecks Ueberführung zu korrespondieren.

Ein Antrag, Gehl seines Amtes zu entheben, wird abgelehnt. Die Delegiertenwahl zu der am 9. Februar stattfindenden Konferenz in Berlin wird vertagt. — Hierauf interne Angelegenheiten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 25. Januar. (W. Z. V.) Heute abend gegen 7 Uhr entlud sich ein heftiges Gewitter mit Schneereggen.

Rom, 25. Januar. (W. Z. V.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wird das Amtsblatt heute abend eine Mitteilung veröffentlichen, in welcher es heißt, die öffentliche Meinung sei seit einiger Zeit durch das Gerücht von der Möglichkeit eines Ausstandes der Angestellten der großen Eisenbahnen in Unruhe. Die gesetzlichen Vertreter des Handels hätten sich an die Regierung mit dem Ersuchen gewendet, dieselbe möge für Handel, Industrie und alle Klassen der Bevölkerung beruhigende Erklärungen gegenüber dieser Gefahr abgeben. Der Ministerrat habe sich mit der Frage beschäftigt und sei der Ansicht, daß der Ausstand von Eisenbahnbeamten nicht unter die allgemeinen von Gesetz erlaubten Ausstände fehle, daß es vielmehr gemäß einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes als ein Ausstand öffentlicher Beamter, und daher als ein strafrechtlich zu ahndendes Verbrechen anzusehen sei. Der Ministerrat erklärte ferner, er werde im Hinblick auf die Störung des öffentlichen Friedens und die ungeheuren Schwierigkeiten, welche sich für das Land aus einem derartigen Ausstand ergeben würden, niemals einen solchen zugeben und es als seine Pflicht ansehen, selbst zu den äußersten Maßregeln zu greifen, um dem Geleite zu verschaffen. Andererseits erklarte der Ministerrat das berechtigte Bestreben der Eisenbahn-Beamten für die Verbesserung ihrer Lage an und werde eine Herabsetzung der Vorkosten vorzuschreiben herbeiführen. Auch habe er wirksame Schritte bei den Vorgesetzten getroffen, um bessere, durch Gerechtigkeit und Billigkeit geleitete Bedingungen für dieselben zu erlangen.

Genoa, 25. Januar. (W. Z. V.) Der Ausstand der Angestellten der Straßenbahn ist beendet, die Ausständigen werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

London, 25. Januar. (W. Z. V.) Die heute veröffentlichten amtlichen Verlustlisten melden, daß in einem am 21. Januar bei Trentfontein stattgehabten Geschehen 7 Mann gefallen und 25 Mann verwundet worden seien. Die Verluste betreffen zumeist die Proviant. Von diesem Geschehen liegt weiter keine Meldung vor.

Petersburg, 25. Januar. (W. Z. V.) Die Mitglieder der von der geographischen Gesellschaft zur Erforschung Central-Asiens entsandten Expedition unter dem Stabskapitän Roslow sind nach Petersburg zurückgekehrt. Die Expedition bot reiche Sammlungen mitgebracht.

Aracon, 25. Januar. (W. Z. V.) Der Fischereidampfer „Gaton“ mit zwölf Mann Besatzung ist bei der Einfahrt in die Bucht von Aracon mit Mann und Maus untergegangen.

Ligo, 25. Januar. (W. Z. V.) Die Explosion der „Agencia Fabra“. Die Explosion, die auf dem Kanonenboot „Condor“ erfolgte, wird dem schlechtesten Zustande des Kessels zugeschrieben, der sich früher an Bord eines unbrauchbaren Torpedobootes befunden hatte. Die Passagiere hatten schon wiederholt auf den Zustand des Kessels aufmerksam gemacht. Die Explosion erfolgte, als der „Condor“ in der Verfolgung von Fischereibooten begriffen, in den Fluß einfuhr und die Fahrt forcierte. Die Besatzung bestand aus 22 Mann; zwei Matrosen und ein Matrose sind tot, fünf Mann werden vermißt; der Kommandant und der Rest der Besatzung, mit Ausnahme von zwei Mann, sind verletzt. Das Fahrzeug selbst ist vollständig vernichtet.

Reichstag.

127. Sitzung vom Sonnabend, 25. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission betr. das Schreiben des Staatsanwalts bei dem Landgericht in Nürnberg vom 11. Januar 1902, wegen Vernehmung des Reichstags-Mitglied Conrad Haukman (Südd. Sp.) als Zeuge in einer Strafsache wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz.

Der Antrag der Kommission geht dahin, die Genehmigung nicht zu erteilen.

Verichterstatter Abg. Biffing: Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist von erheblicher Wichtigkeit. Die Frage kann aber nicht prinzipiell entschieden werden, da einerseits die Erteilung der Erlaubnis zum Erscheinen eines Abgeordneten vor Gericht diesen verhindern kann, an wichtigen Abstimmungen teilzunehmen und andererseits die Verfolgung der Erlaubnis den Lauf der Justiz erheblich stören kann. Es muß daher von Fall zu Fall entschieden werden. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß in diesem Fall keine zwingenden Gründe vorliegen, die Erlaubnis zu erteilen.

Abg. Reittig (L.): Ein Teil der Geschäftsordnungs-Kommission, zu dem ich gehörte, war anderer Meinung als die Mehrheit. Wir hielten es für richtiger, daß ebenso verfahren werde wie im vorigen Jahre im Fall des Abg. v. Gerdtorf, wo die Erlaubnis erteilt wurde, vorbehaltlich des Rechts des betreffenden Abgeordneten, selbst zu entscheiden, ob er vor Gericht erscheinen will oder nicht; ich will aber hier im Plenum keinen dahingehenden Antrag stellen.

Abg. Singer (Soz.): Ich bin der Ansicht, daß der vorjährige Beschluß durchaus unglücklich war. Es geht nicht an, daß der Reichstag ein ihm durch die Verfassung gewährtes Recht auf ein einzelnes Mitglied überträgt. Nicht der einzelne Abgeordnete soll entscheiden, ob er zugegen sein will oder nicht, sondern der Reichstag, ebenso wie auch ein Abgeordneter nicht darüber entscheiden soll, ob er einen Prozeß über sich ergehen lassen will, sondern dem Reichstag dieses Recht zusteht. Auch wir sind der Meinung, daß die Frage nicht prinzipiell zu entscheiden ist, es sind Fälle denkbar, wo der Reichstag die Genehmigung erteilt, wenn z. B. durch Verschiebung der Aussage eine lange Pause die Folge wäre. Aber ich glaube doch, daß es der Stellung des Reichstags entspricht, als Regel aufzustellen, die Genehmigung nicht zu erteilen, nur in besonders gearteten Fällen als Ausnahme von diesem Grundsatz abzugeben. In diesem Fall bitte ich, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern (Titel Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. Dr. Müllers-Kaiferslautern (D. D. L.):

Die Debatten über den Titel „Staatssekretär“ machen den Eindruck eines Potpourris, bei dem von der Linken das Fortissimo angeschlagen, welches sich bis zur Rechten allmählich zu einem Adagio abschwächt. (Weiterkeit.) Ich möchte in diesem Falle das Pastorale anstimmen. (Weiterkeit.) Vorher habe ich noch einige Wünsche. — Redner bekräftigt die Regelung der Verhältnisse der Wirtschaftsgesellschaften durch Reichsgesetz, sowie eine Verbesserung der Tierärzte und bespricht sich über mangelhafte Durchführung des Fleischbeschau-Gesetzes. Die Konsumenten haben das Recht, zu verlangen, daß die Bestimmungen des Gesetzes, die uns ja an sich lange nicht genügen, wenigstens energisch zur Ausführung kommen. Als Grund, daß man so lange zögert, einzelne Bestimmungen des Gesetzes, z. B. das Verbot des Färbens von Wurst, zu erlassen, kann ich mir nur die Scheu vor dem Ausland denken. (Sehr richtig! rechts.) Dies Gesetz kommt ebenso wie das Vorkriegsgesetz deswegen nicht zur Ausführung, weil es der Linken nicht gefällt, weil es das Odium auf sich hat, ein Landwirtschafts-freundliches zu sein. In der That soll es aber nur der Gesundheit der Konsumenten dienen. Ganz unverständlich ist das Vorgehen der sächsischen Regierung, die, wie die Presse meldet, die Grenze nach Oesterreich-Ungarn für die Schweine-Einfuhr zu öffnen beabsichtigt. Ich habe bisher immer die größte Hochachtung vor der sächsischen Regierung gehabt, welche vor allen die alten völkischen Traditionen des Schutzes der nationalen Arbeit hochhält. Neuerdings aber scheint auch sie von den Bacillen angesteckt, die sich über ganz Deutschland verbreitet haben. Die Öffnung dieser Grenze in einem Moment, wo eine große Anzahl Oesterreich-Ungarns verfaulen, wäre in der That ganz unverständlich. Man behauptet, es bestehe Fleischmangel. Es ist ja aber nirgends verboten, geschlachtetes Fleisch einzuführen und dies geschieht auch im großen Umfange. Der hohe Preis des Schweinefleisches ist keine lokale Erscheinung, sondern zeigt sich in der ganzen Welt. Die Schuld liegt an den hohen Marktpreisen in Amerika. (Sehr richtig! rechts.) Uebrigens ist es eine alte Erfahrung, daß auf hohe Schweinefleischpreise stets sehr bald niedrige Preise folgen. Schon jetzt flauen die Preise wesentlich ab. Weiter richte ich an den Herrn Staatssekretär die Anfrage, ob ihm bekannt ist, daß sich ein internationales Syndikat bilden soll, laut Verabredungen zwischen Korgan, Amerika und dem Direktor Wallin andererseits, wonach sich die Morganlinie, die Hamburg-Amerika-Gesellschaft und der Norddeutsche Lloyd gemeinsam den Personen- und Frachtverkehr zwischen Amerika und Deutschland vermitteln wollen. (Hört! hört!) Diese Angelegenheit hat doch ein weitgehendes öffentliches Interesse. Wir wollen jetzt einen Jolkart schaffen, der die natürliche Arbeit schätzt, und da soll zu gleicher Zeit zwei deutschen Gesellschaften die Möglichkeit gegeben werden mit Amerika billige Frachten zu verabreden. Im Interesse vor allem der Industrie, denn die Frachten für landwirtschaftliche Produkte können kaum niedriger werden, hätte die Regierung alle Ursache auf diese Machinationen ihr Augenmerk zu richten. (Sehr richtig! rechts.) Der einzige Ausweg wäre nach meiner Meinung, daß die Regierung die Tarifpolitik des Ozeans durch Verstaatlichung des Transportwesens sich dienstbar macht. Ich schließe mit der Mahnung viderant consules, ne respublica quid detrimenti capiat. (Beifall rechts.)

Sächsischer Ministerialdirektor Dr. Fischer.

Der Vorredner möge überzeugt sein, daß die sächsische Regierung sich lediglich von veterinärpolizeilichen Rücksichten im Interesse der Konsumenten in Bezug auf die Aufhebung des Verbotes der Schweineeinfuhr über die österreichische Grenze leiten läßt. Allerdings haben innerhalb der sächsischen Regierung Erwägungen über die Eröffnung der österreichischen Grenze für die Schweineeinfuhr stattgefunden. Die Aufhebung des Verbotes ist aber nicht beschlossen worden. Es sind Eingaben gekommen, über den Schwineemangel, über die hohen Schweinefleischpreise in Sachsen und die Ermittlungen haben ihre Richtigkeit bis zu einem gewissen Grade bestätigt. Die sächsische Regierung hatte die Absicht, die Einfuhr in die Schlachthöfe an der österreichischen Grenze zu gestatten, aber sie wollte nicht selbständig vorgehen und hat sich an den Reichskanzler gewandt. (Hört! hört! rechts.) Wie ich nun erfahren habe, hat in den letzten Tagen der Reichskanzler sich dahin entschieden, daß die veterinärpolizeilichen Bedenken gegen die Eröffnung der Grenze überwiegen. (Hört! hört! rechts.) Und ich bin überzeugt, daß bei meiner Regierung diese Erwägungen durchdringen werden. (Beifälliger Beifall rechts.)

Abg. Horn-Sachsen (Soz.)

Der Abg. Müllers hat sich über die mangelhafte Durchführung des Fleischbeschau-Gesetzes beschwert und hat weiter gesagt, Deutschland sei sehr wohl im Stande, seinen Bedarf an Fleisch selbst zu decken. (Sehr richtig! rechts.) Nein, nicht richtig! Allerdings, wenn der Fleischkonsum weiter so abnimmt, wie jetzt, was durch die Statistiken in den großen Industriestädten bewiesen wird, dann wird auch die Landwirtschaft einmal in die Lage kommen, den Konsum zu decken. — Dem Herrn Staatssekretär will ich gern glauben, daß er in der Frage der Sozialpolitik auf großen Widerstand stößt. Wo so viele geheime Kräfte walten, da muß auch die kleinste Sozialreform ins Stocken geraten. Ich will nicht reden von der Zuchtvorsorge, die doch nichts weiter war als das Produkt jener geheimnisvoll waltenden Kräfte und die darauf abzielte, die wenigen Rechte den Arbeitern zu rauben. Darüber sind wir uns doch alle klar, daß wenn die Zuchtvorsorge Gesetz geworden wäre, eine Vernichtung der Arbeiterorganisationen und ein vollständiger Stillstand in der Sozialreform gefolgt wäre. — Redner wendet sich nun gegen das Dinauschieben des Termins für das Inkrafttreten der Schutzbestimmungen für die Zuchtstättenarbeiter. Das Dinauschieben des Termins bedeutet, daß eine große Anzahl Arbeiter zwei weitere Jahre an ihrer Gesundheit den schwersten Schaden erleiden.

Die Willkür, die Besitzer der 32 Zuchtstätten in Deutschland, könnten durch Einstellung einer großen Anzahl von jetzt arbeitslosen Bauarbeitern die Betriebe in kürzester Zeit so gestalten, wie sie zur Wahrung der Gesundheit der Arbeiter notwendig sind.

In Sachsen ist es gebräuchlich geworden, daß die Gewerbeinspektoren den Fabrikanten vor ihrem Erscheinen einen Wink mit dem Zaunpfahl geben. Daher finden sie auch in Sachsen stets alles in schoner Ordnung. Wenn sie aber weg sind, geht die alte Feiler mit der Kinderarbeit, den Ueberstunden usw. ungehört weiter. — Die Unternehmer in Sachsen widerlegen sich neuerdings ganz offenkundig der Bundesrats-Verordnung, die den Erscheinungszwang vor dem Gewerbeamt ausspricht. Wie lange wird es dauern, bis auch diese Verordnung vor dem Aufbruch der Unternehmer fällt? Die Unternehmer misshandeln ja überhaupt die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes. Daß dies möglich ist, liegt vor allem auch an der viel zu geringen Zahl der Gewerbeinspektoren. Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von den Unternehmern aufs schwerste mißachtet. Die Holzindustriellen, die Metall- und besonders die Glasindustriellen haben ja in letzter Zeit bewiesen, wie es den Unternehmern möglich ist, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit den Arbeitern zu nehmen. Speziell die Glasindustriellen haben nach Vernechtung des großen Streiks der Glasarbeiter ihren Arbeitern vielfach Reversse zur Unterschrift vorgelegt, durch welche diese sich verpflichten sollten, keinem der beschuldenden oder neu zu gründenden Arbeitervereine jemals wieder beizutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Keine Verarmung zu beenden oder sonstige gegen die Interessen der Fabrik zu wirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Zuwiderhandlung gegen den Revers erfolgt sofortige Entlassung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was hätte von Rechts wegen mit diesen Gesetzwidrigkeiten, diesen Despoten geschehen müssen? Wäre die Zuchtvorsorge Gesetz geworden, dann hätten diese Glasindustriellen, die Arbeitswillige an der Arbeit verhinderten, mit Zuchtvorsorge bestraft werden müssen! Ein Glasarbeiter, der als Vorstandsmittglied einer Betriebs-Arbeitervereins gegen die ungehörige Behandlung der Arbeiterkassenmitglieder protestiert hatte, wurde allein deshalb entlassen und in keinem anderen Betriebe aufgenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind unerhörte Zustände! Aber die Behörden dulden sie nicht nur, sondern sie eilen noch mit Gendarmen und Soldaten den Unterdrückten der Arbeiter zu Hilfe, um diese vor Ausschreitungen der aufs schwerste provozierten Arbeiter zu schützen. Zur Zeit des großen Glasarbeiter-Streiks wurden Streikbrecher ohne Pässe unter dem Schutze von Gendarmen über die Grenze gebracht, während andererseits Ausländer, die 16 bis 20 Jahre in einem Betriebe thätig gewesen waren, ausgewiesen wurden, weil man anmaßt, sie könnten der Gemeinde zur Last fallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es dauerte sehr lange, bis die sächsische Regierung auf eingelegte Beschwerden die Ausweisung als ungerechtfertigt zurücknahm.

Neuerdings hat man sogar einige Zahlstellen des Glasarbeiter-Verbandes als politische Vereine erklärt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung ein Gesetz schiffe, das unzweideutig sagt, was unter einem politischen Verein zu verstehen ist, so würden solche Auslegungen nicht möglich sein. Freilich, wenn alle Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage als politische Bestrebungen angesehen werden, so lassen sich derartige Entscheidungen konstruieren. Wo aber ist eine politische Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bei den gewerkschaftlichen Organisationen? Wie stellt sich der Staatssekretär zu dieser Art von Anechtung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung?

Weiter möchte ich hinweisen auf die Nichtbeachtung der Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe in der Glasindustrie seitens der Unternehmer. Der Bundesrat scheint hier mehr Wert auf die ungläubigen Behauptungen der Unternehmer als auf die protestischen Erfordernisse der Arbeiter zu legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1901 haben allerdings auf die Vorstellungen der Arbeiterdelegierten bei einer ministeriellen Konferenz hin nicht weniger als 22 Glasfabriken die völlige Sonntagsruhe eingeführt. Aber auch diese Fabriken sind infolge der Konturen, die ihnen seitens der am Sonntag arbeitenden Fabriken bereitet worden ist, teilweise wieder zur Sonntagsarbeit zurückgekehrt. Wenn Regierung und Bundesrat nicht zu der Einsicht kommen, daß die Sonntagsarbeit unter allen Umständen zu verbieten ist, so wird den Arbeitern dieses Erwerbszweiges das bisherige Sonntagsruhe, das sie sich erkämpft haben, auch noch wieder genommen werden. Gibt es eine größere Verächtlichkeit, als in den Zeiten der sinkenden Konjunktur und der Ueberproduktion zur Sonntagsarbeit zurückzuführen? Auch in den Arbeitsordnungen vieler Glasfabriken finden sich absolut unzulässige Bestimmungen, die sich die Arbeiter gefallen lassen müssen, weil sie selbst nicht immer entscheiden können, ob eine Bestimmung dem Gesetze entspricht oder nicht. Redner bezieht die in sächsischen Glasfabriken bestehenden Mißstände und bringt den Fall eines ungarischen Glasarbeiters zur Sprache, der von einer Dresdener Glasfabrik engagiert worden ist. Derselbe Arbeiter wurde die gesamten Reisekosten und die Vorstände auf den Lohn abgezogen, so daß schließlich von seinem Verdienst nur noch 9 Pf. übrig blieben. Ich möchte den Dresdener Fabrikinspektoren empfehlen, sich bei künftigen Untersuchungen auch an die Arbeiterorganisationen zu wenden, sie werden dann ein klareres Bild über die Verhältnisse gewinnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wahrheitscher Ministerialsekretär v. Hermann: Die betreffende Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes ist aufgelöst worden, weil sie ihre Tätigkeit auf ein Gebiet ausdehnte, das offenbar als politisch anzusehen ist.

Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer: Der Vorredner meinte, er sei auf das Schicksal des betreffenden Glasarbeiters nicht eingegangen, wenn nicht ein sächsischer Bundesrats-Bevollmächtigter den Fall anders dargestellt hätte. Weder ich, noch ein anderer Bundesrats-

Bevollmächtigter hat davon gesprochen. Der Vorredner wird dem Abg. Oertel mit einem sächsischen Bundesrats-Bevollmächtigten verwechselt haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. Oehl zu Herrnsheim (natl.)

Herr Horn hat Uebergriffe geschildert, wie sie im gewerblichen Leben leider vorkommen auf beiden Seiten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß durchaus gewahrt werden, aber auch von Seiten der Gewerkschaften. Die Hamburger Maurer sind mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen ihrer Kollegen vorgegangen, die die Accordarbeit beibehalten wollten; ja sie haben sogar den Ausschluß dieser Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei beim letzten Parteitag der Sozialdemokratie beantragt. (Hört! hört! rechts.) Soweit wie diese Arbeiter bisher noch kein Revers eines Unternehmers gegangen. (Lachen b. d. Soz.) — Die herrschende Arbeitslosigkeit ist sicher zu bedauern, aber angesichts der rapiden Entwicklung unseres gewerblichen Lebens nicht besonders groß, jedenfalls nicht so groß, daß man von einem Verstoß der kapitalistischen Produktionsweise sprechen kann. In England ist von der Krise nur sehr wenig zu merken, dort leidet nur die Glasindustrie, die durch fortwährende Streiks ihrer Arbeiter aus schwerster geschädigt ist (Lachen b. d. Soz.), so daß die Unternehmer bereits ernstlich daran denken, ihre Betriebe in Amerika zu verpflanzen. Die amerikanischen Industrien werden ja dank ihrer Rücksichtslosigkeit weit besser mit den Gewerkschaften fertig. — Der angekündigte Schutz der gewerblichen Kinderarbeit bedeutet einen großen Kulturfortschritt. Alle Klagen der Sozialdemokraten über den sogenannten Stillstand unserer Sozialreform werden durch die Vorlage dieses Gesetzes als unberechtigt erwiesen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der sozialistische Minister Rilleraud hat noch nicht im entferntesten daran gedacht, sich mit der Kinderarbeit zu beschäftigen. Aber gerade ein Genosse, der in der Macht steht, der könnte doch wirklich einmal auf diesem Gebiet vorgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Gesetzentwurf über den Kinderbeschäftigung vorgelegt wird, dann wird es vor allem nötig sein, endlich eine Definition des Begriffes Werkstätte zu schaffen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Mißbrauch beseitigt wird, daß gewissenlose Unternehmer die Kinder aus der Fabrik einfach in das Haus treiben, um sie der Kontrolle zu entziehen. Als Werkstätte muß jeder Bau, in welchem gewerbliche Arbeit verrichtet wird, angesehen werden, auch wenn in ihm gewohnt, gekocht, gewaschen wird oder wenn es ein Kamm im Freien ist, damit nicht etwa die Kinderarbeit in die Wälder verlegt wird. Auch eine Reihe anderer unserer Forderungen, die wir stets zum Schutze der Konfektionsarbeit erhoben haben, werden hoffentlich bei Gelegenheit dieses Gesetzes geregelt werden. Weiter hoffe ich, daß der Schutz der Kellnerinnen möglichst bald erweitert werden möge. In Bezug auf neuerdings die Arbeit der Kellnerinnen nach 12 Uhr nachts total verboten worden. In der Frauenfrage stehe ich und ein Teil meiner Freunde auf einem andern Standpunkt, als Herr Wassermann. Wir stehen auf dem Standpunkt des bayerischen Vereinsgesetzes, das erwachsenen Frauen dann die Teilnahme an Vereinen gestattet, wenn es sich um Vertretung besonderer beruflicher Interessen handelt. Sehr schlechte Erfahrungen mit den Frauen hat ja die Sozialdemokratie gemacht. Gegen den Programmatz: gleiches Recht und gleiche Pflicht auch für die Frauen hat, sich auf dem Parteitag in Mainz eine Strömung geltend gemacht. Man fürchtet, daß, wenn die Frau durch ihre Verfassungskraft den Tag über außer dem Hause beschäftigt ist, sie für die Arbeit im Interesse der Partei verloren geht. Ihr Kollege Kuer, der leider hier selten vortritt, von dem ich aber glaube, daß er die Volksseele sehr genau kennt, führt an, daß sich die sozialdemokratische Ehefrau sehr ablehnend gegen die politische Arbeit verhält und exemplifiziert dabei auf die Stimmung seiner eignen Ehefrau. Er sagte, die Frauen, die ins politische Leben treten, sind arbeitslos und machen uns das Leben sauer. Frau Steinbach wünschte in Mainz die Trennung der politischen Arbeit der Männer und Frauen, die Männer meinte sie, sagten: „Ach was sollen wir mit der, die quatscht und doch immer nur so was vor.“ (Große Heiterkeit.)

Die wichtigste Frage auf dem Gebiete der Frauengesetzgebung scheint mir die Reduktion des Maximal-Arbeitstages der Frauen von 11 auf 10 Stunden und die Erhöhung der Altersgrenze für Frauenarbeit in der Fabrik von 16 auf 18 Jahre zu sein. Ich kann diese Forderungen allerdings nur für meine Person erheben, ich lege dabei voraus, daß wie in England der 10stündige Arbeitstag zunächst nur in denjenigen Betrieben eingeführt wird, die dafür reif sind, während die anderen vielleicht 10 1/2 stündigen einführen. Endlich möchte ich den Staatssekretär bitten, Anstalt zu erteilen, ob die in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Neue Zeit“ erhobenen Angriffe gegen das statistische Amt auf Wahrheit beruhen. Es wird dort behauptet, daß dieses Amt seine Mitteilungen über Arbeitsstellenangaben ausschließlich von der Polizei beziehe. Ich würde das sehr bedauern. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Einer der Vorredner hat mir vorgeworfen, daß das Gesetz über den unautoneren Wettbewerb nicht genügend ausgeführt wird und man hat bei einer andern Gelegenheit hinzugesagt, „Herr Staatssekretär, mehr Dampf!“ Ich werde mich nie verleiten lassen, eine solche Forderung zurückzugeben und dem hohen Hause zu sagen: Meine Herren Abgeordneten, mehr Dampf, weil ich überzeugt bin, daß, wenn auch eine Veratung noch so lange dauert, die Schwierigkeiten stets nur sachlicher Natur sind.

Es ist unendlich schwierig, Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den unautoneren Wettbewerb zu erlassen, die nicht gleichzeitig für das Gewerbe unter Umständen geradezu schädlich sind. Man hat besonders das Fortdauern der unrealen Ausverkäufe getadelt. Wie will man aber einen Kaufmann verhindern, an seinen Laden einen Zettel anzubringen: „Heute besonders billige Preise?“ Wie soll man den Gegendeckeln führen, wenn man nicht das gesamte gewerbliche Leben unter polizeiliche Aufsicht stellen will? Die Schwierigkeit liegt darin, knappe, juristische Formeln zu finden, ohne das öffentliche Leben polizeilich zu reglementieren. Die Frage wird weiter im Auge behalten werden.

Weiter sind hier Vorwürfe gegen die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd erhoben worden auf Grund von Zeitungsnachrichten über Verhandlungen, die die Direktoren dieser Linie in Amerika geführt hätten. Ich weiß von diesen Verhandlungen nichts. Die Zeitungsnachricht habe ich auch gelesen. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß nur der Norddeutsche Lloyd vom Deutschen Reich subventioniert wird. Die Hamburg-Amerika-Linie ist nur Rebenbetriebe bei einer Schiffsverbindung nach Ostasien. Die Linien, die wir subventionieren nach Ostasien, nach Australien, um Afrika herum, haben feste Kontrakte, in denen gesagt ist, daß gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse fremder Staaten, die mit uns landwirtschaftlichen Erzeugnissen konkurrieren, nicht auf diesen Schiffen transportiert werden dürfen. Die Hamburg-Amerika-Linie bezieht insbesondere für ihre Verbindung zwischen Amerika und Europa keinerlei Reichssubventionen. Es ist sehr schwierig, eine Einwirkung auszuüben auf den Frachtenverkehr einer unsubventionierten Linie. Man hat den Gedanken angeregt, den Frachtenverkehr zu verstaatlichen. Man kann ja alles verstaatlichen, aber wir würden damit nichts erreichen. Außerdem können wir doch nicht den Frachtenverkehr anderer Staaten verstaatlichen.

Ich freue mich über das Lob, das der sächsische Regierung wegen der Ausführung ihrer Fleischbeschau-Gesetzgebung gesollt ist, aber auch diese hat für ihren einzelnen Staat 2 Jahre zur Ausführung des Gesetzes gebraucht. Im Reich sind die Schwierigkeiten, die auf chemischem und zootechnischem Gebiete

liegen, natürlich noch größer. Keun sehr umfangreiche Verordnungen liegen bereits dem Bundesrat zur Beschlußfassung vor.

Ein socialdemokratischer Abgeordneter meinte gestern wiederum, es sei doch herzlich wenig geschehen auf dem Gebiet der Alters- und Unfallversicherung. Das ist ein vollkommener Irrtum. Die jetzt schon infolge der beiden Novellen dieser Alters- und Unfallversicherung auf die Arbeitgeber mehr entfallenden Lasten betragen jährlich fast 10 Millionen Mark.

Weiter wurde gefordert, das Reich solle die Leichenverbrennung fakultativ zulassen. Ich halte das für unannehmbar. Art. 4 Nummer 15 der Verfassung unterscheidet allerdings die Medizinalpolizei der Gesetzgebung des Reichs. Die Verbrennung einer Leiche ist immer das sicherste Mittel, um eine Ansteckung zu verhindern. Wenn wir aber die Leichenverbrennung reichsgesetzlich einführen wollten, so könnte das nur obligatorisch geschehen. Wir können unmöglich eine fakultative Leichenverbrennung einführen. Die Form der Verordnungen ist unzweifelhaft ein Teil des religiösen Kultus, und Kaiser Joseph II. hat erfahren müssen, was es heißt, entgegen der allgemeinen Volksschauung zwingende Maßregeln auf diesem Gebiete durchzuführen. Auch Jakob Grimm, dieser tiefe Kenner der deutschen Volkseele, meint, es entspreche dem Gefühl des Menschen, die Leiden unangefastet zu lassen.

Den Ausführungen des socialdemokratischen Redners über die Verhältnisse in der Glasindustrie bin ich mit Interesse gefolgt. Ich folge Ihnen (zu den Socialdemokraten) Neben immer mit Interesse, wenn Sie wirklich aus der praktischen Kenntnis der Dinge schöpfen. Ich werde auf Grund der mitgeteilten Thatsachen erneut in die Prüfung der Frage eintreten, ob es möglich ist — ich kann es nicht versprechen — die bestehenden Vorschriften über die Sonntagsruhe in den Glasfabriken einer Lockerung zu unterziehen.

Was die Krankenversicherung der Heimarbeiter betrifft, so sind wir bereits mit Vorarbeiten auf diesem Gebiete beschäftigt. Ich hoffe, daß sie zu einem Resultat führen. Ebenso soll den Gewerbeaufsichtsbeamten für ihre nächste Berichterstattung die Aufgabe erteilt werden, sich zu äußern über die Frage der Festschichtenarbeit der Frauen in den Fabriken.

Abg. Frhr. v. Seyl hat dann noch die Angriffe erwähnt, die in der Presse gegen die Art der Statistik beim reichsstatistischen Amt gerichtet sind. Es scheint mir ausgeschlossen, daß je eine tendenziöse Bearbeitung der Berichte erfolgt ist. Das statistische Amt hält in allen Streifzügen, wo sich Differenzen ergeben, Rücksicht an und wendet sich dabei nicht an die Polizeiorgane, sondern an die höheren Verwaltungsorgane. Diese Angriffe sind also nicht berechtigt.

Abg. Schlumberger (Hospital der Nationalliberalen):

Herr Bismarck hat gestern gesagt, ich sei kürzlich mit einem Orden beehrt worden. Das ist nicht der Fall. Hier muß eine Verwechslung vorliegen. Seitdem ich dem Reichstage angehöre, ist mir eine solche Auszeichnung nicht zu teil geworden. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Kommt noch! — Große Heiterkeit.) Dann hat Herr Bismarck gesagt, daß in einer mir nahe stehenden Fabrik täglich 18 Stunden gearbeitet werde und daß dort alle Art Unzufriedenheiten vorkämen. Diese Behauptung entbehrt ebenso wie die erste jeder thätlichen Unterlage. In der von Herrn Bismarck bezeichneten Fabrik bin ich zwar Aufsichtsratsmitglied, in derselben aber wird der Fabrik- und der Gewerbeordnung gemäß allen gesetzlichen Vorschriften entsprochen und demnach auch gearbeitet. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Seit wann?) Seit dem Bestehen dieser Fabrik! (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Dafür sorgen nicht die Socialdemokraten, aber im vollen Bewußtsein und besser als die Socialdemokraten die amtlichen Fabrikinspektoren, und denen unterwerfe ich mich, aber den Socialdemokraten nicht. (Bravo! rechts. — Heiterkeit links.) Sie müssen voraussetzungslos werden, wenn Sie das wahre Wohl der Arbeiter wollen — nicht Sie (zu den Socialdemokraten), sondern die Fabrikinspektoren. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich nicht an einzelne Abgeordnete zu wenden, sondern an das ganze Haus.

Abg. Schlumberger (fortfahrend): Was ich nicht anerkenne, ist das Recht, das die Socialdemokraten aus angeblicher Arbeiterfreundlichkeit in Anspruch nehmen, die Ausführung der Gesetze selbst zu besorgen. Da geht Ihre Behauptung zu weit (Heiterkeit bei den Socialdemokraten), dafür sind die Aufsichtsberechtigten da, die über jedem Klasseninteresse stehen, sie müssen sich das Vertrauen aller verschaffen, darauf kommt es an. Wenn das geschieht, so wird der sociale Friede gefördert und ich glaube, daran ist uns allen, auch den Socialdemokraten gelegen, ich hoffe es wenigstens. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Dann werden die Heher sich noch andere Unzufriedenheitsgründe umsehen müssen. Hoffen wir, daß ihr Ehrgefühl in dieser Beziehung bald versagen wird. (Große Heiterkeit links.) Die Socialdemokraten sollten nicht außer acht lassen, wenn es ihnen ernstlich um das Wohl der Arbeiter zu thun wäre, daß sie mit ihren Angriffen jedem anständigen Mann immer mehr die Luft, sich mit dem Fabrikwesen abzugeben, nehmen werden, ja, Sie mit Ihren Angriffen, das hat Herr Bismarck schon längst gesagt, nun merken Sie sich mal. (Große Heiterkeit.) Die Unternehmungen heute unter einer Tyrannei, der unterthan zu sein kein Mensch sich bald mehr gefallen lassen wird. Das ist meine Prophezeiung. (Heiterkeit.) Sind denn von vornherein alle Arbeitgeber Verbrecher? (Schallende Heiterkeit.) Wenn ja, dann besetze man sie je schneller je besser. Bis auf weiteres halte ich sie für existenzberechtigt und ebenso des gesetzlichen Schutzes wert, wie alle übrigen Angehörigen des Deutschen Reiches. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Maffow (fortfahrend):

Durch den Fortzug der Leute aus dem Osten nach dem Westen sind außerordentliche Härten durch das Unterstützungswohnungsgesetz entstanden. Redner führt Beispiele dahin an, daß die Gemeinden im Osten bezahlen müssen, wenn der Arbeiter sich aus dem Westen zurückkehrt. Wir sorgen für unsere Leute, wir bezahlen unsere Leute, und das ist das Tugendhafte auf dem I. Deshalb haben bloß wir das Recht, uns eine Arbeiterpartei zu nennen, nicht Sie. (Lachen b. d. Soc.) Sie schreiben bloß! Wenn Sie unter Arbeiterpartei eine Partei verstehen, die Aulwurfarbeit treibt, die Staat und Gesellschaft unterminiert, dann sind Sie eine Arbeiterpartei. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie sich draußen auf Ihren Verammlungen wie Hausknechte aureden, dann mag es sein, daß Sie sich mit Recht Arbeiterpartei nennen dürfen, denn das sind die Manieren der

Arbeiter. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Redner hebt hervor, wie vorzüglich die Landwirte für die Arbeiter sorgen. Ich thue das, damit die Schreierei über und endlich einmal aufhöre. (Gelächter links.) Wie vortrefflich sind unre Arbeiter untergebracht im Gegensatz zu dem furchtbaren Wohnungselend in den großen Städten. Ich gebe meinen Leuten jährlich 80 Centner Getreide, sage und schreibe 80 Centner Getreide, und da sagen Sie, die Leute seien nicht interessiert an hohen Getreidepreisen. Der „Vorwärts“ hat geschrieben, ich und Herr Bräseide kamen aus einer Gegend, die nach Rogg und Rapsfeld duftet. Herr Bräseide sitzt Ihnen ja näher als ich, vielleicht haben Sie da etwas gemerkt. (Gelächter links.) Ich bin ein ganz gesunder Junge, (Gelächter.) aber das sage ich Ihnen, bei der feuchten Witterung bei uns im Osten ist es gut angebracht, mal einen Rogg zu trinken. (Große Gelächter.) Sie hegen gegen uns, und Sie wissen ja, für einen dummen Jungen ist es gar nicht schwer, den Lehrer lächerlich zu machen (Stürmisches Gelächter), und der hat dann lange zu thun, bis er wieder Autorität bekommt. Herr Bebel hat gesagt, — schade, daß er nicht da ist, ich hätte es ihm gern ins Gesicht gesagt... (Zuruf des Abg. Bismarck.) Warten Sie nur, Herr Bismarck, Sie kommen auch noch dran. (Gelächter links, Glöde des Präsidenten.)... Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte den Redner, sich nicht an einzelne Mitglieder, sondern an das Haus zu wenden.

Abg. v. Maffow (fortfahrend):

Herr Bebel hat gesagt, daß der Reinertrag eines Gutes sich um 108 Mark pro Hektar erhöht hätte. Na, das ist nicht bloß ein Sonnenstrahl, das ist ne janzne Henneschrift. (Sehr gut! rechts. Gelächter links.) Der betreffende Gutsbesitzer erklärt öffentlich, daß das einfach nicht wahr ist. Sie berufen sich immer auf Ihre Sachverständigen aus dem Osten. (Sehr gut! rechts.) Ich meine, auf die Gutsbesitzer Hofer und Braun, und Sie sagen, wenn diese Gutsbesitzer ohne höhere Getreidepreise gut wirtschaften können, warum denn nicht auch die preussischen Junker. Ich bin stolz darauf, ein preussischer Junker zu sein. (Bravo! rechts.) Früher war ich's gar nicht, Sie haben mich erst durch Ihre Angriffe stolz darauf gemacht. (Bravo! rechts; Gelächter links.) Aber wenn ich so daran denke, daß hier auf der Rechten der alte Wölffe gefressen und daß hier Söhne aus den Familien Noon, Kleist, Schwerin, Winterfeld usw. sitzen, dann bin ich ganz froh, zu den Junkern zu gehören, deren Namen mit ehernen Lettern in der Geschichte Preußens eingegraben sind. (Bravo! rechts.) Aber die Namen Bebel und Singer... die, die stehen auf einer Schiefertafel, und das Mädel kommt und wischt sie weg (Stürmische Heiterkeit) und sagt: Schwamm drüber! (Bravo! rechts. Stürmisches Gelächter links.) Was haben Sie bloß immer mit dem Grafen Mirbach! Lassen Sie doch den Mann zufrieden. (Gelächter.) Er ist der reichste Gutsbesitzer des Kreises und was schadet es denn, wenn er sich zu seinem Jagdvergnügen eine Schneise ausbauen läßt. Wenn aber Herr Singer auf zumiradert hierher rollt oder auf zumiradert hierher rollt! (Stürmisches Gelächter), darüber wird nie gesprochen. Graf Mirbach ist ein ganz verständiger Mann (Große Heiterkeit.) Nun zu Ihnen, Herr Bismarck. Sie haben da einen Vers citiert: „Es giebt zwei Sorten Ratten, Die hungriren und die fatten, Die fatten bleiben häufig zu Haus, Die hungriren aber wandern aus.“

Der Vers ist von Heine. Haben Sie denn gar nicht gemerkt, Herr Bismarck, wen Heine meint? Mit den hungriren Ratten meint er doch die Juden! (Bravo! rechts.) Und da hat er recht. Millionen von Juden wären im Deutschen Reich nicht vergessen worden, wenn das rote Meer so vernünftig gewesen wäre und die Klappe vorher zugemacht hätte. (Lebhafter Beifall rechts. Stürmisches Gelächter links.)

Herr Bebel für die als Ursache der Verarmung der Landwirte auch an, daß ihre Söhne als Kavallerie-Offiziere das Geld durchbringen. Auch ich bin Kavallerie gewesen und mein Sohn steht bei den Kürassieren, aber damit er dort was Nützliches lernt. Wenn ich Herrn Bebel so antworten wollte, wie er es verdient, so würde ich mir einen Ordnungsruf zuziehen. Ich muß dabei an jene Geschichte von dem Lohnkutscher denken, der, als der Baron ihn anfuhr: „Wenn Sie noch mal so was sagen, dann werde ich grob“, sagte: „Ach Gott, Herr Baron, so groß können Sie mir gar nicht kommen, wie ich es vertragen kann.“ (Heiterkeit rechts.) Gehen Sie doch mal in die Nachtcafés, morgens früh, wenn die Kavallerieoffiziere längst zum Dienst müssen, was da sitzt in den Nachtcafés! Das sind alles Leute, denen Jahrtausende das Reinschreiben nicht von der geschwungenen Nase gewaschen haben. (Bravo! rechts. Stürmisches Gelächter links.) Ich hoffe, daß Herr Bebel die Äußerungen, die ich nach dem Stenogramm citiert habe, vertreten wird, daß er nicht gleich jenem Pharisäer sagen wird: Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie andre Leute, sondern daß er wie der Pharisäer an seine Brust schlagen wird und sagen: Gott sei mir Sünder gnädig! (Bravo! rechts. — Lautes Gelächter links.)

Abg. Weichenhagen (C.):

Die Klagen über die Verichte der Gewerbe-Inspektoren sind unberechtigt, sie geben uns einen klaren Einblick in das gewerbliche Leben, wenn dieser Einblick auch oft recht traurige Zustände enthüllt. Die Zahl der gewerblich thätigen Frauen ist ganz erheblich gewachsen und zwar nicht nur absolut sondern auch relativ. Die Frau ist die Grundlage der Familie und die Familie die Grundlage des Staates, daher hat die Regierung alle Ursache, der Frauarbeit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aus den Verichten der Fabrikinspektoren geht aber hervor, daß die Frauen in vielen Betrieben schweren Schädigungen der Gesundheit und Sittlichkeit ausgesetzt sind. Am meisten leidet die Gesundheit der Frau in der Hausindustrie. (Sehr richtig!) Nicht bloß die Frau selbst leidet unter der Fabrikarbeit, sondern ebenso das Kind. Wenn die Frau den Schlingel allein zu Hause liegen läßt, wie soll er dann gedeihen. Er entbehrt der Muttermilch und die Milch der Kuh ist ein recht mangelhafter Ersatz dafür. Bei der großen Zahl der erwerbstätigen Frauen wächst dieser Nachteil für das Volk ins Ungeheure. Welches sind nun die Gründe der Frauarbeit. Es giebt drei Gründe. Ein Teil Frauen bekommt überhaupt keinen Mann oder hat ihn verloren, bei der zweiten Gruppe verdient der

Mann nicht genug zum Unterhalt der Familie, und die dritte Gruppe endlich geht der Fabrikarbeit aus Gewohnheit auch nach der Verheiratung nach. Der ersten Gruppe dürfte die Erwerbstätigkeit nicht erspart werden, bei der zweiten wird allerdings schwer Abhilfe zu schaffen sein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die jungen Arbeiter nicht zu früh heirateten. Was die dritte Gruppe anlangt, so muß die Arbeit verheirateter Frauen zum mindesten in gesundheitsschädlichen Betrieben verboten werden. Sehr wichtig ist auch ein wirklicher Schutz der Wöchnerinnen. Die Schutzfrist von 6 Wochen muß unter allen Umständen innegehalten werden. Weiter muß der Sonnabendnachmittag den Frauen freigegeben werden.

Ich für meine Person gönne der Frau jede Thätigkeit zu der sie geistig und leiblich befähigt, sofern nicht ihre Sittlichkeit oder das Wohl der Familie unter ihrer Arbeit leidet. Mehr als acht Stunden freilich darf die Frau nicht gewerblich thätig sein. Redner schließt mit einem warmen Appell an die Regierung, zum Schutze der Familie und zum Schutze der künftigen Generation den achtstündigen Maximalarbeitstag für die Frauen durchzuführen. (Bravo! im Centrum.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Interpellation des Abg. Hompeich (C.) betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes, Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

### Vermischtes.

Ein Attentat im Gerichtssaal ist am Freitag in Dresden verübt worden. Vor der Strafkammer wurde ein Arbeiter Poletschke wegen Betruges zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Als der Verurteilte abgeführt werden sollte, zog er einen Revolver, um auf die Richter zu schießen; ein Gerichtsdienere entließ ihm jedoch die Waffe, die dann von einem Beisitzer entladen wurde.

Aus Dresden ist der Kaffierer Otto Scholz vom dortigen Central-Theater geflüchtet. Wie uns mitgeteilt wird, vermutet man ein Kassenmanko; es sollen 10 000 M. fehlen.

In Cambsdorf bei Bwidau erschlug Freitagnachmittag die Ehefrau des Bergbauwalben Tauscher ihren Mann mit einem Hammer und tötete sich dann selbst durch Erhängen.

Ueber ein Grubenunglück wird vom Freitag aus New York berichtet: In dem Kohlenbergwerke zu Lostreek, 10 Meilen südlich von Okaloosa (Flora) fand heute eine Explosion statt, durch welche eine Anzahl Menschen das Leben einbüßten. Die Zahl der bisher aufgefundenen Toten wird verschiedentlich angegeben; sie schwankt zwischen 8 und 18; ebenso wird die Zahl der Verschütteten auf 26 bis 60 angegeben. — Wie nachträglich gemeldet wird, sind bei der Explosion 21 Personen ums Leben gekommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahl mitzutheilen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. W. Socialdemokratische Abgeordnete haben noch nie für eine Militärvorlage gestimmt.

Joseph Kautsky ist in einer Buchhandlung ein Werkchen darüber: A. N. 47. H. Barisch, Rosenfelderstr. 57, ist Vorlesender.

W. D. War zur Zeit Jesu natürlich nicht vorhanden und ist erst Jahrhunderte später eingeführt.

Streitende. Wegen Zinsvergütung nimmt die Reichsbank keine Gelder an.

Unwissend. Wegen Sie zum Jahrsärztlichen Institut der Universität, Dorchesterstr. 40. Dieses ist für Zahn- und Mundkrankheiten täglich von 10—11 Uhr für Plomben von 2—4 Uhr und für Zahnersatz morgens von 8—10 Uhr geöffnet.

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists names like M. B. and G. P. with amounts ranging from 100 to 3000.

und so fort für jede angefangenen 500 Mark 50 Pf. mehr.

P. S. 12. Sie könnten den Weg einer Klage gegen Ihren Mann verfolgen. Der Ausgang einer solchen läßt sich nicht voraussagen, weil er von der Überzeugung des Richters darüber abhängt, ob der Versuch und das Fahngeld ein so hartes ist, daß er nicht als eventuelle Voraussetzungen zu erachten war. Nach Ihrer Schilderung hat die Klage Aussicht auf Erfolg.

H. M. 100. Reineswegs: es könnte lediglich auf Zahlung der Schulden gegen Sie gefaßt werden. — Laubenhäcker. Eine Klage wäre ausbleibend, wenn Ihre Bude den für Schanklokale gestellten bauspeltzeitlichen Vorschriften nicht genügt. — S. 30 H. 1. Das ist nicht möglich. 2. Rein. 3. Rein. 4. In den öffentlichen Bibliotheken. — G. N. 1 und 2. Ja.

G. 1000. 1. Ihr Kind können Sie — eventuell mit Hilfe des Gerichts — zurückverlangen. 2. So lange Ihre Ehefrau gegen Ihren Willen und ohne berechtigten Grund außerhalb der Ehewohnung lebt, sind Sie zu ihrem Unterhalt nicht verpflichtet. Sie thun aber, um sich gegen Bezahlung von ihr gemachten Schulden zu schützen, auf die Selbstgewalt Ihrer Ehefrau aufzugeben und diese Aufhebung im Güterrechtsregister eintragen zu lassen. Ein Beispiel finden Sie S. 225, Nr. 20 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — N. a. N. 1000 H. Rein. — G. W. Auch das ist im Laufe des ersten April, weil Ihre Geschäftskreise nicht mitreichen. — 123 C. Wahrscheinlich — eine Angabe, wo Ihr erster Wohnsitz nach der Heirat war und wann Sie geborene haben, lebt in Ihrer Klage — legen Sie bereits außer Gütergemeinschaft. Eventuell müssen Sie einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag wegen Einführung der Gütergemeinschaft schließen. — H. 9. Ja.

W. Unfall 50. Der Wunde und, falls solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen ehelichen Kindern unter 15 Jahren steht ein Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der Lebensunterhaltung zu, falls der Ehemann gestorben ist, nachdem mindestens 200 Wochenbeiträge für ihn entrichtet waren und bevor ihm eine Rente bereits bewilligt war. Die Bewilligung der Beiträge erfolgt jedoch somit nicht, als den Hinterlassenen aus Anlaß des Todes des Versicherten eine Unfallrente auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes gewährt ist. In der Regel ist die Unfallrente höher, als der eventuell zurückzuführende Betrag. Für diese Fälle ist das Rückforderungsrecht gegenstandslos. — G. W. 37. Ja, ein Beispiel für eine solche Art Testament finden Sie S. 238 Nr. 16 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Nur für die Eltern, nicht für die Geschwister, ist ein Pflichtteil auszuführen.

G. P. 46. Haben Sie nach dem 31. Dezember 1899 gemietet und nicht mit unterrichten, so halten Ihre Söhne nicht für die Miete, sonst ja. — G. 100. Ja. — G. W. 20. Die Forderung ist nicht verjährt und ist zu bezahlen. Der Gläubiger würde mit seiner Klage durchdringen. — G. D. 400. 1. Ihrer Forderung droht Verjährung nicht. 2. Leider ja. — G. W. 23. Die frühere Vereinbarung gilt, weil nur eine kurze Zeit zwischen beiden Arbeitsverhältnissen liegt.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal). Vorlesung der Dichterin Clara Müller von Fragmenten aus dem Roman „Konfessionen“ — sowie eigener Gedichte. Der Vorstand. Achtung! Sonntag, den 9. März, Achtung! abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: III. STIFTUNGS-FEST. Festrede: August Bebel. Tickets sind zu haben im Verein und bei Frau Parzeram, Boppel-Allee 128; Frau Klotsch, Roppenstr. 81, Hof 4 Treppen; Frau Stankopf, Schwedtersstraße 34; Frau Bauschke, Hofstraße 45; Frau Soogar, Kolbergerstr. 26; Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9.

Alb. Scheruchs Festsäle, Radersdorferstrasse 45. 2. Osterfeiertag frei geworden. Säle bis 2000 Pers. fassend, kleine Säle in jeder Größe, Sonnabende u. Sonntage noch frei. Vereinszimmer, großes, mit Pianino, ist zu vergeben bei Karl Schmidt, Bräustraße 37. 180\*

Elysium Landberger Allee 40-41. Palastrag, 23. März, Donnerstag, 1. Mai, Osterfeiertag (3. Matinee) sowie Sonnabende sind Saal und Garten zu vergeben. 3336\* C. Elsermann. Leydeckers Festsäle Sophien-Strasse 34 empfehlen sich zu Bällen und größeren Vereinsveranstaltungen. Jeden Sonntag: Großer Ball, jeden Dienstag: Witwen-Ball und jeden Donnerstag: Damen-Kränzchen, wozu ergebens einlabet Julius Hoffmann, 93b) Inhaber von Leydeckers Festsälen. Vereinszimmer und kleiner Saal zu vergeben. Jantowsky, Marxstraße 18. 143\*

Schweizer Garten Am Königsthor Am Friedrichshain Jeden Sonntag Ball bei großem Orchester. Anfang 4 1/2 Uhr.

Urania Wrangelstrasse 10/11. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafeln. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Veranstaltungen. 3180\* C. F. Walter.

Für Berlin und Vororte. Eine laufende Rente. Führt sich, wer für eine alte, betriebsommierte Versicherungs-Gesellschaft vertritt, oder die Absicht nachweh. 100/10\* Täglich Vernis-Agenten werden mit Nitrum u. hoher Provison angeestellt. Offerten unter B. W. 74 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8

Nach dem Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Sonntag, 26. Januar.**  
**Freie Volkshöhne.** Carl Weisk. Theater. 4. Abteilung und 5. Abteilung: Dantons Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung-Theater.** 12. Abteilung: Die Medaille. Der eingetragene Kranke. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Oberhaus.** Rignon. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 3 Uhr:** Kindervorstellung: Hänsel und Gretel. — Die Puppenfee.  
**Montag:** Die Entführung aus dem Serail.  
**Schauspielhaus.** Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Die Quigou.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Ein Sommernachtsstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Die Entführung aus dem Serail.  
**Schiller.** Einame Menschen. Anfang 8 Uhr.  
**Rothm. 3 Uhr:** Die Mütter.  
**Montag:** Der Jongleur.  
**Deutsches.** Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 2 1/2 Uhr:** Der Hiberpelz.  
**Montag:** Die Weber.  
**Berliner.** Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 2 1/2 Uhr:** Wilhelm Tell.  
**Montag:** Alt-Drübelberg.  
**Leistung.** Die Fee Coprice. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Amphitruon. — Der eingetragene Kranke.  
**Neidens.** Die japanische Bafe. Vorher: Chassez-Croisez. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 3 Uhr:** Kontinenz Ehemänner.  
**Montag:** Die japanische Bafe. Vorher: Chassez-Croisez.  
**Neues.** Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Mittags 12 Uhr:** Matinee der Leistung-Gesellschaft: Die tote Stadt.  
**Montag:** Coralle u. Co.  
**Wesken.** Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Nachmittags zu halben Preisen:** Jar und Zimmermann.  
**Montag (Schiller-Vorstellung):** Der Freischütz.  
**Recessionsbühne.** Dantes Allencron's Bunte Brett. Anfang 8 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**G. v. Wolzogens Bunte Theater (Weberbrett).** Anfang 8 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Schall und Rauch.** Vorstellung vor Sorenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Nachmittags 3 1/2 Uhr:** Vorstellung zu ermäßigten Preisen.  
**Montag:** Vorstellung vor Sorenissimus.  
**Trionon.** Lebende Lieber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.  
**Nachmittags 4 Uhr (Künstlerhaus):** Tierspiele. Kinder-Quartett.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Nachmittags 3 Uhr:** Dorf und Stadt.  
**Montag:** Schröder u. Co.  
**Carl Weisk.** Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der rote Kofel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 3 Uhr:** Der Vogelhänder.  
**Montag:** Der rote Kofel.  
**Belle-Alliance.** Die Dame aus Trowville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Nachmittags 3 Uhr:** Die Grille.  
**Montag:** Die Dame aus Trowville. Hierauf: Cr.  
**Orpheus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari-Brett.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Cosino.** Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rothm. 4 Uhr:** Winterlegen.  
**Montag:** Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Passage.** Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sönger. Anfang 7 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 7 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Am Theaterfaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Invalidenstr. 57/62.** Täglich: Sternwarte.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
 So untag nachmittags 3 Uhr:  
**Die Mütter.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. Georg Büschfeld.  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Einsame Menschen.**  
 Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.  
 Montagabend 8 Uhr:  
**Der Jongleur.**  
 Dienstagabend 8 Uhr:  
**Die Mütter.**

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Das Jungfernstift.**  
 Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Kof von Ernest Guinot.  
 Musik von Jean Gilbert.  
**Minna Nicheiti als Gast.**  
 Morgen: Das Jungfernstift.

## Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.  
 Heute und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:  
**Seine Kleine.**  
 Große Berliner Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
 Paula Worm u. G., Guido Thielhöfer, Helmerding, Junfermann, Paulmüller, Gerda Wolbe, Boje, Wannobius, Junfer-Schay. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Central-Theater.

Nachmittags 3 Uhr, halbe Preise, zum 792. Male: **Die Geisha.**  
 Operette in 3 Akten von E. Jones.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Das süße Mädel.**  
 Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.  
 Montag und folgende Tage: Das süße Mädel.

## Belle-Alliance-Theater.

Rothm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen:  
**Die Grille.** — Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Dame aus Trowville.**  
 Schwan u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
 Emil Sondermann, Ferd. Worms, Wigi Birfner, Wola Marion.  
 Hierauf: **Cr.** in einem Aufzuge.  
 Fido Deffen, Danno Gärtner.

## E. von Wolzogens Bunte Theater (Weberbrett)

Köpenickerstr. 68.  
 Sonntag, den 26. Januar 1902:  
**Lina Abarbanell, Bozema Brasky u. Oskar Strauss.**  
 U. a.: „Maientanz“, Musik von Schindler. „Steppke“, von John Lehmann. — Anfang 8 Uhr.

## Schall und Rauch, (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.  
 Sonntag, den 26. Januar 1902, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei halben Preisen: Schiffbruchig. Dekadenten. Dichterschule. Die Weber vor Sorenissimus. Parkett 3,00, 2,00, 1,00 M.  
 Abends 8 Uhr:  
**Vorstellung vor Sorenissimus.**  
 Familiendyll etc.

## Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.  
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
**'ne feine Nummer!**  
 Burleske Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
 Im 4. Bilde:  
**Frauchens Weihnachtstisch.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

## Apollo-Theater.

Nur noch wenige Tage:  
**König Aqua**  
**Willi Walden**  
**Georg Kaiser**  
**Granto u. Maud**  
**D' Loischthaler**  
**Martin Kettner**  
**Stack u. Milton**  
**Ilka Panlet & Kosmograph**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

## Saussouci

Kottbuserstr. 4 a.  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Koffmanns Norddeutsche Sönger**  
 Neu!  
**Die Zillerthaler.**  
 Neu!  
**Die Volkshöhnen.**  
 Nach jeder Vorstellung TANZ.  
 Entree 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochent. Bereindiskret giltig und Tanz frei.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage an der Riviera**  
 Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Invalidenstr. 57/62.**  
**Tägl. Sternwarte.**

## Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.  
**Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer**  
 Phänomenale Muskulatur!

## Passage-Theater.

Anf. Sonntag, 3. Wochent. 5. Ende 11.  
**Damen-Luftkampf**  
 ausgeführt von 12 jungen Damen.  
**Neu! Der Gesangs-Humorist in seinen Zwerchfellerschütternden Bauerntypen.**  
**Neu! Schindler,** der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.  
**Michel Mayer,** der stärkste Mann der Welt, zahlt 1000 Mk. dem, der seine Hauteln nachhebt.  
 16 erstkl. Nummern.

## Charivari-Brett!

Alte Jakobstr. 37.  
**Pepi Weiss**  
**Helena Dyas**  
**Stella Ruth**  
**Albert Kühne**  
 Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

## Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
 Größt. Vergnügungsort Berlin  
**Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung**  
**Ausschau:**  
**Berliner Bock-Brauerei.**  
**Bürgerl. Diner, 5 Gänge.**  
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.  
 Oekonom: Gustav Prellpoper.

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sönger.**  
 Anfang Wochent. 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

## Cirkus Busch

Sonntag, 26. Jan.: 2 gr. Vorstellungen.  
 Rothm. 4 Uhr: Ho guet Brandenburg allwege. Abends 7 1/2 Uhr: Klondike.  
 Stempel-Papier von 12162  
**Robert Hecht,** Berlin 8, Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in besser Ausführung.  
 Kaufsch. -Papier „Perfekt“ zum Aufnähmenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

## Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
**Wolle, Reste, Hocquetts, Plüsch, Satteltaschen.**  
 Muster bei nächster Angabe franco.  
**Emil Lefevre, Berlin, 158**

## Trionon-Theater

Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr.  
**Lebende Lieder.**  
 Anfang abends 8 Uhr.

## Cirkus A. Schumann.

Sonntag, den 26. Januar 1902:  
**2 große brillante Gala-Vorstellungen.**  
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ganz besonders gewähltes Programm und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen, nachm. u. abends: Regies Sonntag: Auftreten der großartigen Januar-Spezialitäten. U. a.: Sensationelle Robott!  
**?Troupe Mirza Golem?**  
 Neu! Persisch-kaukasische Karamane. Neu! Ein Märchen aus 1001 Nacht. Neu! Russland's beste musikalische Clowns Sim-Bom. Neu! Die musikalische Gerichtsverhandlung. Heute: In beiden Vorstellungen: Grosse hochinteressante Entscheidungs-Rennen der Original-Vociale Reim-Truppe. Direktor Ab. Schumanns neueste Original-Drehuren.  
 Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei. Jedes weitere Kind halbe Preise (außer Gallerie), abends jedoch volle Preise. In beiden Vorstellungen, nachm. und abends der Schläger der Saison:  
**Quer durch Paris.**

## Grosse Indische Menagerie im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)

Lothringerkrahe 1-7.  
 Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
 Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
 Die Direktion: Frosse.

## Palast-Theater (früher Heen-Palast)

Burgstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Sonntag, den 26. Januar 1902:  
 Letzte Sonntag-Aufführung der bis jetzt unerreichten Ausstattungs-Gelänge-Burleske **Großstadtzauber.**  
 Guga Luftig, Dir. H. Winkler, sowie der erstklassigen **Kunst-Spezialitäten**  
 Anfang 7 Uhr. Ermäßigte Preise.  
 Entree 30 Pf., Parterre 50 Pf.  
 Freitag, den 31. Januar:  
**Sommerfeld-Benefiz.**  
 Die süßen Mädel. Operette.  
 Mitwirkung des Dir. Wüh. Fröbel.

## Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.

Unser **Bockbier-Ausstoss** beginnt **am Montag, den 27. Januar cr.**  
 Ebenso empfehlen wir unser **Helles und dunkles Tafelbier, Gambrinus Bräu, nach Münchener Art** und **Böhmisches Pilsener** in Fässern und Flaschen ohne Pfand.  
 Telefon-Amt VII 5088 für Bestellungen in Fässern. do. VII 1670 in Flaschen.

## Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.

Abteilung I Tempelhoferberg. Abteilung II Chausseestrasse.  
**64. Bockbier-Saison 1902.**  
 Eröffnung des Ausschanks am Tempelhoferberg.  
**Sonabend, den 1. Februar 1902.**  
**Einzig! Unerreicht! Original!**  
**Täglich grosser Bock-Jubel. — Zwei Militär-Kapellen.**  
 Unser weltberühmtes Original-Bockbier kommt nur in Korkflaschen mit Kapseln zum Verkauf 8942L\*  
**20 Flaschen für 3 Mark.**  
 Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingblasen. — Kleine Gebinde an Private zu Festlichkeiten etc.  
 Wir empfehlen gleichzeitig unsere anerkannt vorzüglichen Flaschenbier und offerieren:  
 Prima goldklare Lagerbier = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Prima Versandbier (Münchener Art) = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Hochfeines Pilsener Bier = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Gefällige Bestellungen werden von beiden Abteilungen prompt ausgeführt.  
 Telefon-Anschluss  
 Abteilung I Amt 6 No. 3019. Abteilung II Amt III No. 2623.  
 Die Direktion.

## Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.

Abteilung I Tempelhoferberg. Abteilung II Chausseestrasse.  
**64. Bockbier-Saison 1902.**  
 Eröffnung des Ausschanks am Tempelhoferberg.  
**Sonabend, den 1. Februar 1902.**  
**Einzig! Unerreicht! Original!**  
**Täglich grosser Bock-Jubel. — Zwei Militär-Kapellen.**  
 Unser weltberühmtes Original-Bockbier kommt nur in Korkflaschen mit Kapseln zum Verkauf 8942L\*  
**20 Flaschen für 3 Mark.**  
 Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingblasen. — Kleine Gebinde an Private zu Festlichkeiten etc.  
 Wir empfehlen gleichzeitig unsere anerkannt vorzüglichen Flaschenbier und offerieren:  
 Prima goldklare Lagerbier = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Prima Versandbier (Münchener Art) = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Hochfeines Pilsener Bier = 30 Flaschen 3 Mark.  
 Gefällige Bestellungen werden von beiden Abteilungen prompt ausgeführt.  
 Telefon-Anschluss  
 Abteilung I Amt 6 No. 3019. Abteilung II Amt III No. 2623.  
 Die Direktion.

## Grosser Wiener Maskenball

arrangiert von den **Gold- und Silber-Arbeitern.**  
 Besondere Überraschungen.  
 1 Uhr: Kaffeepause, während derselben ausgeführt von den **Humoristischen Vorträge** Hofmannischen Norddeutschen Sängern.  
 Anfang 9 Uhr. — Biletts a 50 Pf. sind bei Brüdner, Räumstr. 66; Hierkranz, Marktstr. 51; Voltamp, Fährstr. 20; Weder, Dresdenerstr. 18; Kofse, Stallstr. 10, und Hefel, Waldemarstr. 17, zu haben.  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

## Wo amüsiert man sich grossartig?

In Schlegelsbergs Festhallen  
**Inhaber: Max Schindler**  
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
**Heute: Grosser Ball**  
 verbunden mit Cigarren, Boubon-Regen und diversen Überraschungen.  
 Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**  
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
 Max Schindler.

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hütt.**  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

## Naturheil-Berein „Reform“

Geschäftshalle und Kuranstalt Köpenickerstrasse 72. Naturärztliche Sprechstunde 11-2, 6-8. Sonntag 11-12.  
**Heute, Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:**  
**Dichtbilder-Vortrag**  
 über:  
**Eine Wanderung durch den Menschen.**  
 Nachdem: **Tanzkränzchen.** — Gäste, Damen und Herren, besonders alle Mitglieder, sind eingeladen. Eintritt frei. Um zahlreiches Erscheinen bitten.  
**Otto Grundmann und Frau, prakt. Naturheilkundige.**

## Casino-Theater.

Lothringerkrahe 37.  
 Letzte Sonntag-Vorstellung des großartigen Programms.  
 Dekter **Weihnachten.**  
 Sonntag: Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Nachmittags 4 Uhr: „Winterlegen“.

## W. Noacks Theater.

Brunnenhöhe 16.  
**Unser Liebling**  
 oder: **Wenich ärgere Dich nicht.**  
 Bofse mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepost. Musik von G. Steffens.  
 Heute: **Tanzkränzchen.**  
 Montag: **Unser Liebling.**

## Berliner Aquarium

Unter den Linden 68 a.  
 Eingang Schadowstr. 14.  
 Heute Sonntag Eintrittspreis: **25 Pf.**  
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Sootieren, 6/16 Reptilien etc.

1902

## II. Wahlkreis.

Mittwoch, den 29. Januar cr., abends 8 Uhr, in „Habels Brauerei“, Bergmannstr. 5/8:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abg. Dreesbach-Mannheim über: „Die Krisis und der Zolltarif.“ 210/1\*
  2. Diskussion.
- Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung werden die Parteigenossen und Genossen ersucht Die Vertrauensleute.

## III. Wahlkreis.

## Volks-Versammlung

am Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, gr. Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin (Stuttgart) über: „Weib und Arbeiterin im Lichte der Sozialdemokratie.“ 2. Diskussion.
- Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet Der Vertrauensmann.

## 4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Urania“, Wrangelstrasse 10:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin aus Stuttgart über den Vortritt des sozialistischen Ministerialismus in Frankreich. 2. Diskussion. 214/1\*
- Zahlreichen Besuch (Männer und Frauen) erwartet Die Vertrauensleute.

## Achtung! Sozialdemokratischer Verein Achtung!

### im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Buske (Schulz), Grenadierstrasse 33:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren.
  2. Diskussion.
  3. Befähigung der Abteilungsleiter.
  4. Vereinsangelegenheiten.
  5. Berichtendes.
- Erscheinen notwendig. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

## Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 26. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Curt Freudenberg: „Die Politik und die Frauen.“ 2. Diskussion.
- Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vertrauensmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/4 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasseebericht vom 4. Quartal, Bericht des Vorstandes, der Werkstattkontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 2. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung. 3. Bericht des Bauvorstandes und Wahl desselben. 4. Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag und Gewerkschaftstongress. 5. Anträge.
- Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

## Branche Korbmacher.

Montag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VII):

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über die Feststellung eines Lohntarifs in der Werkstattarbeit. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Berichtendes.
- Die Kollegen, speziell die Werkstattarbeiter, werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Montag, den 27. d. M., abends 7 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstr. 35:

## Kommissionssitzung der Bürstenmacher.

## Bezirk Hummelsburg.

Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bontling, Kant- und Goethestraße Ecke:

## Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

## Konsum-Verein Weissensee.

(E. G. m. b. H.)

Montag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Prälatten“, Lehderstr. 122:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliche Angelegenheiten.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. Robert Pasewaldt, Heinrich Bachmann.
- Die Eröffnung der zweiten Verkaufsstelle findet am Sonnabend, den 1. Februar, Langhausstr. 60, statt. 105/6

## Achtung! Sozialdemokrat. Wahlverein Achtung!

für den

## VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis

(Schönhauser Vorstadt).

Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Puhlmanns Bandeville-Theater, Schönhauser Allee 148:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Ordinstatut der Stadt Berlin bezugl. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Handindustrie. Referent: Stadtd. Borgmann. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Schiedspruch der Partei-Kontrollkommission. 4. Diskussion.
- Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand. F. A.: Karl Marx.

## Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

16/2

Voranzeige.

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

## General-Versammlung.

Anträge zu derselben müssen 14 Tage vorher, bis zum Sonntag, den 2. Februar, an den Vorsitzenden H. Gäbner, Wilhelmstr. 134, eingereicht sein. Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer etc.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Klarstellung des Falls Thüring wider Becker.

Mitgliedsbuch legitimiert. [136/16\*] Regen Besuch erwartet Die Verbandsleitung.

## Achtung! Moabit. Achtung!

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Peters Gesellschaftshaus“, Alt-Moabit 80/81:

## Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin aus Stuttgart über: „Die politische Gleichberechtigung der Frau — eine Notwendigkeit.“ 1/2\*
  2. Diskussion.
- Genossinnen und Genossen, agitiert für regen Besuch. Die Vertrauensperson.

## Achtung! Bauanschläger Berlins. Achtung!

Dienstag, 28. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

## Oeffentliche Versammlung

der sämtlichen arbeitslosen Bauanschläger Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf u. Stellungnahme dazu. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. Regen Besuch erwartet Der Einberufer.

## Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 28. Januar, vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Grenadierstr. 33:

## Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Auflösung d. Freien Vereinigung zwecks Anschluss an d. Centralverband.
  2. a) Bericht des Vorstandes. b) Neuwahl desselben.
  3. Bericht und Neuwahl des Bibliothekars.
  4. Bericht und Neuwahl des Arbeitsvermittlers.
  5. Jahresbericht und Neuwahl der Revisoren.
  6. Berichtendes.
- Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## Verband der Tapezierer.

Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

## Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung und des Kassierers. 2. Bericht der Delegierten von der Bau-Konferenz. 3. Ersatzwahl der Ortsverwaltung.
4. Ergänzungswahl zum Bau-Vorstand. Zahlreiches Erscheinen erwünscht Die Verbandsleitung.

## Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Arbeitsvermittlers und Bibliothekars. 3. Bericht über den paritätischen Arbeitsnachweis. 4. Bericht des Leiters unseres Vereinsblattes. 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 6. Neuwahl des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars und der Zeitung des Vereinsblattes. 7. Befähigung der Bibliotheksleiter. 8. Berichtendes.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Der wichtigen Tages-Ordnung wegen erwartet einen zahlreichen Besuch Der Vorstand.

NB. Ausgabe der Billets zu unsrem am Sonnabend, den 1. März, in der Brauerei Friedrichshain stattfindenden Festmahl.

## Achtung! Billig! Preiskohlen-Verkauf. Billig!

Verkauf ab Köln, Michaelkirchstraße, bei Senfenderger Preiskohlen. Marke Marie „B. K.“ allerersten Formats. mit 90 Pf. den Centner. 1 Centner Preiskohlen von 7 Zoll = 110 bis 115 Stk. Industriekohle der Centner 85 Pf. NB. Organisierten Arbeitlosen und Konsumvereinsmitgliedern, welche sich legitimieren, gewährt ich 5 Pf. pro Centner Ermäßigung. Ludwig Lang.

Charlotte Singer  
Philipp Bernstein  
Verlobte. 895  
Berlin im Januar 1902.  
Schnitzstr. 54. Oranienburgerstr. 12.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

## Ernst Kieslich

am 23. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags um 3 Uhr von der Weichens- hause des Kreuz-Kirchhofes in Marien- dorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 78/4 Die Ortsverwaltung.

Hiermit allen Bekannten die trau- rige Nachricht, daß unser Sanges- bruder

## Carl Bettin

plötzlich am Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnt- ag, den 26. d. M., auf dem Friedrichs- Werderischen Kirchhof, Bergmannstraße, 4 Uhr statt. 125b

Gesangsverein „Festor Wille“.

## Central-Kranken- u. Sterbe- kasse der Tapezierer.

E. G. 36 Filiale Berlin II. Am 24. Januar verstorben nach langen schweren Leiden unser Mitglied

## Vinzens Wagner.

Ehre seinem Andenken! 114b Beerdigung: Montag, 27. Januar 2 1/2 Uhr vom Hedwigs-Krankenhaus.

An Montag, den 29. Januar, verschied infolge Unglücksfalles mein innigstgeliebter Mann, der Maschinenreder

## Max Lechel

im Alter von 33 1/2 Jahren. Dies zeigt tiefbetrubt an Die trauernde Witwe

## Louise Lechel nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Seidenhause, Hannover- sche-Strasse aus nach dem Heilig-Kreuz-Kirchhof, Marien- dorf, statt. 118b

Mittwochabend 8 Uhr verschied plötzlich mein guter Sohn Carl.

## Witwe Bettin.

Die Beerdigung findet am Sonntag um 4 Uhr von der Halle des Friedr.- Werderischen Kirchhofes, Bergmann- straße, aus statt.

## Orts-Krankenkasse

der

## Schuhmacher.

Außerordentliche

## General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassemittglieder am 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Engel Garten“, Alexanderstr. 70a.

Tages-Ordnung: 1. Statuten-Känderung. 2. Ver- schiedene Kasseeangelegenheiten. Vertreterliste legitimiert. Der Vorstand.

1496 J. K.: G. Hermann

## Saal und Vereinszimmer,

30-250 Personen fassend, zu Festlich- keiten und Versammlungen, auch an den Osterfeiertagen frei 47b\*

Jüdenstr. 10. Jannasehk.

## Julius Fischer!

Beih- u. Banrijchier-Lokal.

2. Wahlkreis, Zahlstelle 1. Boeckstr. 7.

Vereinszimmer mit Pianino zu 25 Personen. 3333b\*

## Dr. Simmel, Prinsenstr. 59.

Specialarzt für 3/18\*

Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Jedermann Schnellzeichner

ohne jede Vorkenntnisse vor Publikum. Misslingen un- möglich. Feder, Liebholt, Vassale in Lebensgröße. Muster 50 Pf. 1 Dugend 7.— Jedermann Schnellzeichner mit den Gesamt- modellen 3,50 M. 611\*

Rottor u. Deutsch. Leipzig.

## Orts-Krankenkasse der Bergolder u. Berufsgen.

Montag, den 3. Februar 1902 abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15, Saal 8

## Außerordentliche General-Versammlung

wozu die Herren Vertreter der Arbeit- geder und Arbeitnehmer jergehend eingeladen werden. 295/12

Tages-Ordnung:

1. Abänderung der §§ 10, 12, 13, 20, 30, 31, 33, 50, 57 des Statuts.
2. Festlegung des Gehalts und der Kautions eines zu wählenden Kassierers.
3. Wahl eines Kassierers.
4. Berichtendes.

Der Vorstand.

Emil Boged, Joh. Ahmann, Vorsitzender, Schriftführer.

## Central-Kranken- u. Sterbe- kasse der Tischler etc.

(E. G. 2 Nr. 3 Hamburg)

Verwaltung Berlin G. Montag, den 27. Januar 1902 abends 8 Uhr

findet in Wolfs Festhallen Bruchstr. 30a

## Mitglieder-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: 1. Kasseebericht vom IV. Quartal 1901. 2. Verschiedene Kasseeangelegen- heiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sprachstunden des Berufsmit- tigen und Kassierers fallen an diesem Abend aus.

Die Ortsverwaltung.

## Achtung!

Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Central- Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. Im Anschluß an obige Versamm- lung findet eine Mitglieder-Versammlung statt.

Tages-Ordnung: Bericht von der Generalversammlung. Das Mitgliedsbuch legitimiert. D. O.

## Achtung!

Vereine! Gewerkschaften! Buchdruckerei m. modernem Material sucht Herstellung einer Zeitung resp. Zeitschrift. Max Liebmann, Stralauerstr. 3-6. 137b

Carismäßige Bezahlung.

## Verband deutscher Gastwirtsgehilfen

(Ortsverwaltung Berlin).

Die Anweisungskarte unserer Verbandsmitglieder für das I. Quartal

1902 ist rot-weiß. — Wir ersuchen die organisierte Arbeiterschaft Berlins und Umgegend, bei allen Gelegenheiten von dem Rechte der Vor- zeugung obiger Legitimationen Gebrauch zu machen. Weichfalls bitten wir, bei Abmachung von Festlichkeiten zc. stets auf unsern Verband, Jüden- straße 36, zu verweisen, um so der ungeheuren Arbeitslosigkeit unter den Gastwirtsangehörigen in etwas zu helfen. 89/2

## Bilderrahmenmacher.

Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, bei Ewald, Schöneleinstrasse 6:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht der Kommission und Wahl eines Obmanns. Berichtendes. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. 77/20\*

J. K.: Fr. Danast.

Parteigenossen in den Vororten, seht die Listen zur Gemeindevahl nach und beachtet die in der 4. Beilage der heutigen Nummer bekanntgegebenen Adressen!

Zur Arbeitslosenzählung.

Heute werden den Einwohnern Berlins die Zählkarten zugestellt. Es wird dringend gebeten, die Karten aufzuheben, sie im Laufe der Woche auszufüllen und am Sonntag, den 2. Februar, wieder abzugeben.

Betreffs der Ausfüllung der Karten geben wir nachfolgend einige Anweisungen:

Einzutragen sind alle Personen, männliche wie weibliche, die sonst gegen Bezahlung arbeiten, zur Zeit aber ohne solche Arbeit sind. Um möglichst genaue Beantwortung der Fragen wird dringend ersucht.

Die I. Abteilung der Karte ist für die Person des Haushaltsvorstandes bestimmt, die mit II. III. IV. bezeichneten Abteilungen dagegen für andere in demselben Haushalt wohnende erwerbstätige Personen über 16 Jahre. Dazu werden nicht nur Schlafburgen und Chambregarnisten gerechnet, sondern auch Söhne, Töchter und sonstige Angehörige des Haushaltsvorstandes, falls sie in dessen Wohnung wohnen und eine Erwerbsarbeit zu betreiben pflegen.

Einzutragen sind sowohl die gänzlich Arbeitslosen, als auch diejenigen, die infolge von Arbeitsmangel längere Zeit arbeiten, als es sonst in ihrem Beruf üblich ist.

Für diese beiden Fälle geben wir nachstehend je ein Beispiel einer ausgefüllten Zählkarte:

Für den Haushaltsvorstand.

I. Vor- und Name: August Lehmann.

Geschlecht: Männlich — weiblich. (Zutreffendes ist zu unterstreichen)

Wohnung: Koenigsstr. 64.

Alter: 36 Jahre. Verheiratet? Ja. Wieviel Kinder unter 16 Jahren? 3. Seit wann im Ort? seit 1800

Beruf? Eisendreher. In welchem Gewerbe sind oder waren Sie beschäftigt? Maschinenbau.

Haben Sie zur Zeit Beschäftigung? nein.

Sind Sie arbeitslos, wieviel Tage? Wochen? 4.

Arbeiten Sie infolge Arbeitsmangel verkürzte Zeit? Wieviel Stunden wöchentlich weniger?

Sind Sie zur Zeit durch Krankheit erwerbsunfähig? nein.

Für die im Haushalt wohnenden erwerbsfähigen Personen.

(Jugendliche Personen über 16 Jahre, Schlafburgen usw.)

II. Vor- und Name: Emil Bauer.

Geschlecht: Männlich — weiblich. (Zutreffendes ist zu unterstreichen)

Alter: 22 Jahre. Seit wann im Ort? seit 1899.

Beruf? Spinder. In welchem Gewerbe sind oder waren Sie beschäftigt? Mech. Schuhfabrik.

Haben Sie zur Zeit Beschäftigung? Ja.

Sind Sie arbeitslos, wieviel Tage? Wochen?

Arbeiten Sie infolge Arbeitsmangel verkürzte Zeit? Ja.

Wieviel Stunden wöchentlich weniger? 12 Stunden.

Sind Sie zur Zeit durch Krankheit erwerbsunfähig? Nein.

Die Beantwortung der Frage: „Sind Sie zur Zeit durch Krankheit erwerbsunfähig?“ ist in jedem Fall durchaus notwendig, denn dadurch soll festgestellt werden, ob Arbeitsmangel oder Krankheit die Ursache der Arbeitslosigkeit des Betreffenden ist.

Wer also wegen Krankheit ohne Arbeit ist, der hat seine Karte nach folgendem Beispiel auszufüllen:

III. Vor- und Name: Anna Müller

Geschlecht: Männlich — weiblich (Zutreffendes ist zu unterstreichen)

Alter: 18 Jahre. Seit wann im Ort: seit 18 Jahren.

Beruf? Hilfsarbeiterin. In welchem Gewerbe sind oder waren Sie beschäftigt? Buchdruckeri.

Haben Sie zur Zeit Beschäftigung? Nein.

Sind Sie arbeitslos, wieviel Tage? Wochen? 2

Arbeiten Sie infolge Arbeitsmangel verkürzte Zeit? Wieviel Stunden wöchentlich weniger?

Sind Sie zur Zeit durch Krankheit erwerbsunfähig? Ja.

Wie man sieht, sind in den Zählkarten keinerlei Fragen gestellt, deren Beantwortung dem Befragten peinlich sein könnte. Es wird nur soweit Auskunft verlangt, als es zur Feststellung des Umfanges der Arbeitslosigkeit durchaus notwendig ist. Möge nun jeder Arbeiter die Zählkarten nach der obigen Anweisung ausfüllen und auch dafür Sorge tragen, daß seine mit dieser Angelegenheit nicht vertrauten Kollegen, Nachbarn usw. das gleiche thun. Wenn das geschieht, dann wird die Mühe, welche für diesen Zweck aufgewendet worden ist, nicht vergeblich gewesen sein.

Partei-Nachrichten.

Der Zwist in Hamburg.

Die aus den Parteiverbänden in Hamburg ausgeschlossenen Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer hatten sich in einer Eingabe an den Parteivorstand gewandt und darin die Frage gestellt:

„Was sind wir jetzt? Sind wir noch Parteigenossen oder sind wir es nicht mehr?“

Die Antwort des Parteivorstandes lautet:

Der Vorstand glaubt diese Anfrage am besten mit dem Hinweis auf die Bestimmungen der §§ 1, 2 unseres Organisationsstatuts beantworten zu können. Dort ist in § 1 gesagt, daß jede Person als zur Partei gehörig betrachtet wird, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

Der § 2 aber, der von dem eventuellen Ausschluss aus der Partei handelt, stellt als Voraussetzung für diese Eventualität großen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder eine ehrlöse Handlung fest. Ob eine nach § 2 Abs. I des Organisationsstatuts verordnete Handlung vorliegt, darüber entscheidet ein Schiedsgericht resp. die Kontrollkommission oder der Parteitag.

Die Entscheidungen dieser Instanzen liegen in Eurem Fall vor und beantwortet sich nach denselben Eure Anfrage.

Euer Ausschluss aus der Partei ist von keiner der zuständigen Instanzen ausgesprochen worden. Was nun die Wirkung des Ausschließungsbeschlusses der drei Hamburger Wahlvereine betrifft, so liegt es in der Natur der Sache, daß dieselbe nur lokaler Art sein kann, d. h. sich auf den Wirkungskreis dieser lokalen Organisationen beschränken muß.

Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisieren haben. Es ist dies ihrem eignen Bestehen überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitagbeschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entschluß respektieren. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurteilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Partei-Interessen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Erledigung der Parteigeschäfte in Verkehr treten.

In welcher Form Ihr, als keiner lokalen Parteioorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber Eure Pflichten erfüllen wollt, muß Eurem Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Partei-Organisation können nur eine etwa von Euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ausübung der Parteirechte, soweit dieselben den örtlich organisierten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anlässen gefassten Beschlüssen müßte der Parteitag eine von Euch als lokale Sonderorganisation gefasste besondere Delegation zurückweisen. Dagegen hat jeder von Euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegierter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird.

Mit Vorstehendem glauben wir Ihre Anfrage in genügender Weise beantwortet zu haben.

Mit dem Wunsch, daß es, trotz allem, was vorgefallen, recht bald gelingen möge, die Eintracht unter den dortigen Berufsgenossen des Maurergewerbes wieder herzustellen, mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Die Parteigenossen in Bromberg gründeten im August 1901 einen sozialdemokratischen Verein, dem zunächst 28 Mitglieder beitraten. Das auf dem Provinzial-Parteitag in Bromberg beschlossene Organisationsstatut wurde auch für den Verein zu Grunde gelegt. Der Verein entwickelte sich in der kurzen Zeit so eifrig, daß er jetzt schon 113 Mitglieder zählt. Er hatte auch die verhältnismäßig beträchtliche eigne Einnahme von 128 Mark. Vom Parteivorstande wurde ein Zuschuß von 100 Mark bewilligt. Der Verein entfaltet eine recht lebhafte Tätigkeit, und es ist nicht zu unterschätzen, daß er bei der erstmaligen Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen den Parteikandidaten sofort in die Stichwahl brachte, in der er dann allerdings unterlag.

In der letzten Generalversammlung beschäftigte man sich auch mit der Reichstags-Kandidatur für den Kreis Bromberg. Es wurde beschlossen, den Genossen Stoehel in Bromberg, der dem Vereinsvorstande angehört, als Kandidaten anzustellen. Bisher hat in diesem Kreise Genosse Janiszewski für uns kandidiert.

Die Parteigenossen in Köln haben in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften in einer zahlreichen Versammlung einstimmig beschlossen, eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu gründen zur Erwerbung oder Errichtung eines Versammlungsgebäudes. Seit fast einem Jahrzehnt ist die aufstrebende Arbeiterchaft in Köln auf die unzulänglichen Räume angewiesen. Raum war der Partei ein Saal zur Verfügung gestellt, so machten sich die bekannten Einflüsse geltend. So ist es einer erfolgreich betriebenen systematischen Saalabtreibung sogar gelungen, zeitweilig den sozialdemokratischen Verein und Gewerkschaften obdachlos zu machen. Die Kölner Arbeiterchaft sieht sich jetzt stark genug, sich ein eignes Heim zu errichten, worin sie unabhängig von ultramontaner Toleranz und behördlichen Wohlwollen sich versammeln kann.

Zum Fall Dypfzig. Als im badischen Landtag am Donnerstag Genosse Eichhorn auch den Fall Dypfzig erwähnte, stellte der Minister v. Dühf, daß das Justizministerium von dem Recht der bedingten Begnadigung bei Dypfzig, wie in der Presse gestanden habe, keinen Gebrauch gemacht habe, da dieses Recht hier gar nicht in Betracht kommen könne.

Ein Irrtum ist in dem Bericht der Donnerstagsnummer über die niederrheinischen Parteiverhältnisse enthalten. Dasselbe wurde die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für 1900 auf 37 757 und für 1901 auf 32 442 angegeben, was einem Rückgang von etwa 20 Proz. entspräche. Erfreulicherweise ist der Rückgang jedoch erheblich geringer, weil in der Zahl von 37 757 im Jahre 1900 auch 3883 politisch organisierte Arbeiter mit berechnet sind. Es würde sich demnach „nur“ ein Rückgang der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um circa 11 Proz. ergeben.

Wahlrechtsdemonstration in Niederland. Die von der niederländischen Sozialdemokratie auf den 21. resp. 22. Januar veranstaltete Demonstration für das allgemeine Wahlrecht ist sehr erfolgreich verlaufen. In ca. 50 Städten und Ortschaften wurden Versammlungen abgehalten und wenn auch an einzelnen Plätzen der Besuch zu wünschen übrig ließ, so zeugte doch die im allgemeinen sehr rege Beteiligung dafür, daß in allen Gegenden des Landes ein fester Kern von Arbeitern und Demokraten vorhanden ist, die immer wieder aufs neue den Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufnehmen und nicht eher ruhen, als bis sie es erreicht haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Stellung der Presse in Deutschland.

Die gestern gemeldete Verurteilung Vredensbeds zu sechs Monaten Gefängnis wegen Verleumdung von Gendarmen ist wieder besonders kennzeichnend für die Mißachtung, deren sich in Deutschland die Presse noch immer erfreut.

Der Anklage lag ein Artikel zu Grunde, der sich mit einem Wirtshaus-Krawalle beschäftigte. Bei dem Feste des Arbeiter-Gesangsvereins in Ewing war ein Streit mit der Polizei entstanden, in dessen Verlauf das Lokal polizeilich geräumt wurde; dabei wurden mehrere Festteilnehmer durch Säbelhiebe der Gendarmen erheblich verletzt, einer davon sogar so, daß er eine zeitlang arbeitsunfähig war.

Ueber diese Vorgänge erhielt die Rheinisch-westfälische Arbeiterzeitung in Dortmund einen Bericht, in dem die Polizei schwer belästet wurde. Die Redaktion lehnte die Veröffentlichung des Berichts ab. Als dann aus Ewing verschiedentlich das Verlangen nach Aufdeckung der Vorgänge wiederholt wurde, begab sich Vredensbed mit einem Kollegen selbst nach Ewing, suchte die Festteilnehmer persönlich der Reihe nach auf und befragte sie. Ihre Aussagen wurden sofort niedergeschrieben und auf Grund dieses Materials wurde dann ein Artikel geschrieben und veröffentlicht, worin der Polizei die Hauptschuld an den Vorgängen zugeschoben wurde.

Auf Grund des Artikels wurde auch gegen die Beamten ein Verfahren eröffnet, nach mehreren Monaten aber resultatlos wieder eingestellt. Nunmehr folgte die Verleumdungsklage gegen den Redacteur.

In der Weisungsaufnahme handelte es sich darum, ob die Polizei ohne Veranlassung von der Waffe Gebrauch gemacht habe und überhaupt in unzulässiger Weise gegen die Festteilnehmer vorgegangen sei. Daß die erwähnten Verwundungen und sonstigen Mißhandlungen vorgekommen seien, stand außer Frage. Insofern waren die Angaben des Artikels durchaus wahrheitsgemäß. Nun zeigte sich das bei solchen Verweiserhebungen gewöhnliche

Schauspiel (man bedenke, daß der Vorfall am 4. November 1900 passierte, also vor 17 Monaten). Die Polizisten sagten zu ihren Gunsten aus; sie hätten in Rotwehr gehandelt. Unterschätzt wurden sie darin vom Wirt und 2 Kellnern. Die andern Beteiligten, ca. 24 Männer und Frauen, behaupteten das Gegenteil. Auf ihrer Seite stand der Tanzordner.

Dem Bericht erschienen die Aussagen der Polizisten glaubwürdiger und damit die Verleumdung derselben durch den Redacteur festgestellt. Obwohl auch diese Art der Beweiswürdigung, wo sich zwei gegenteilig interessierte Gruppen von Zeugen mit entgegengesetzten Aussagen über einen 17 Monate alten Vorfall gegenübersehen, sicher der Kritik bedürftig, so fordert doch die Höhe der Strafe noch mehr zur Kritik heraus. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von 9 Monaten beantragt, das Gericht erkannte auf 5 Monate und zog diese Strafe mit 3 Monaten älterer, noch nicht verbüßter Strafe auf 6 Monate zusammen. Selbst wenn man den Polizeizeugen unbedingten Glauben schenkt und damit die 25 andern Zeugen sämtlich zu Lügneren stempelt, so muß man dem Redacteur doch zugeben, daß er mit größter Vorsicht zu Werke gegangen ist, alles geklärt hat, was er zur Aufdeckung der Wahrheit thun konnte und daß er sich also vollständig in gutem Glauben befunden hat. Er hat eine große Anzahl Personen befragt, die ihm, ohne daß eine die Aussagen der andern kannte, die Vorgänge übereinstimmend erzählten; war es dann nicht geradezu seine publizistische Pflicht, die angemessenen Verfehlungen der Polizei zu kritisieren? Die Polizisten konnte er natürlich nicht befragen, die hätten ihn im günstigsten Falle ausgelacht ob seiner Naivität, als sozialdemokratischer Redacteur von einem königlich preussischen Polizisten solche Auskunft zu verlangen. Nun hat er aber das Unglück, daß das Gericht den Polizisten mehr glaubt, wie der großen Menge Zivilzeugen und dafür muß er auf Monate ins Gefängnis, um dort womöglich abermals das Vergnügen des Fesseltransports zu kosten, um dort wieder Lügen zu fleben mit der schönen Aussicht auf Dunkelarbeit bei Wasser und Brot, wenn er eine Lüge zu wenig fleht! Wahrscheinlich, es ist nicht leicht in Deutschland, den Beruf eines Journalisten mit dem Ernste auszuüben, der ihm zukommt!

Wegen Verleumdung eines Bäckermeisters wurde Genosse Bider in Mannheim, Redacteur des dortigen Parteiblattes, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, mit ihm zugleich ein anderer Genosse, der in einer Bäckerwerkstatt die Zustände in dem Betriebe des betreffenden Meisters kritisiert hatte. Bider hatte den Bericht über die Veranlassung veröffentlicht. Es waren verschiedene Unsauberkeiten in der Backstube aufgezählt worden, wovon zwar das meiste, aber nicht alles bewiesen werden konnte.

Mudolskadt, 24. Januar. Die hiesige Strafkammer sprach heute den festvertretenden Redacteur vom „Saalfelder Volksblatt“, Genossen K. Wagemann, frei. Derselbe war auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches angeklagt, Staatsbeamten verächtlich gemacht zu haben, und zwar den — Militarismus, indem er eine Notiz nachdruckte, in welcher die Postenschießerei in sachlicher Weise kritisiert wurde. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt und verurteilte den Nachweis der Strafbarkeit des Artikels aus der Tendenz früherer Volksblattnotizen, mit denen der Angeklagte absolut nichts zu thun hatte, nachzuweisen, jedoch, wie die Freisprechung zeigt, mit wenig Glück.

Sociales.

Der Kapitalprofit in Industrie und Handel.

Die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung und die Ergebnisse der Ergänzungssteuer-Veranlagung in Preußen lassen eine Vergleiche zu für die Menge des Kapitals in Handel, Gewerbe und Bergbau und das daraus gewonnene Einkommen. Solche Vergleiche ist möglich für das Jahr 1899. Für die letzten folgenden Jahre ist sie deswegen unmöglich, weil die letzte Veranlagung zur Ergänzungssteuer 1899 vorgenommen wurde und gleich bis 1902 gilt.

Danach waren im genannten Jahre bei solchen Steuerzahlern, die mehr als 3000 M. Jahreseinkommen versteuerten, 9857 Millionen Mark Vermögen veranlagt, das in Handel, Gewerbe und Bergbau angelegt war.

Die Einkommensteuerzahler in den Steuerstufen mit über 3000 M. Einkommen versteuerten aus Handel, Gewerbe und Bergbau zusammen 1304 Millionen Mark Einkommen.

Das ergibt eine durchschnittliche Verzinsung des Kapitals von 13,4 Proz. Man wird diese Zahl nicht als unanschätzbare wissenschaftliche Thatsache hinnehmen dürfen; es giebt eine Reihe von Umständen, die sie beeinflussen und verändern können. So kann die Wahrscheinlichkeit, daß in der Einkommenssumme auch das durch die persönliche Tätigkeit des Betriebesinhabers gewonnene Einkommen mit enthalten ist, den Prozentsatz der Kapitalverzinsung erniedrigen. Derselbe Wirkung kann eintreten, wenn das Kapital zu niedrig angesetzt ist. Da die Ermittlung zu Steuerzwecken erfolgte und überdies auch vielfache Schwierigkeiten bietet, so liegt die Annahme zu niedriger Ansetzung nicht allzu fern. Andererseits ist aber auch eine zu geringe Ansetzung des Einkommens nicht unwahrscheinlich, einmal durch direkte Veräußerung des wahren Einkommens, dann durch geschickte Methoden der Betriebsrechnung und bei Aktienunternehmungen durch unverhältnismäßig hohe Bezählung der leitenden Beamten. Dies würde wieder den Prozentsatz erhöhen. Es kommt hinzu, daß bei den angegebenen Zahlen beim Einkommen bereits die Schuldzinsen abgerechnet sind, während im Vermögen das Verkapital noch nicht abgerechnet ist, so daß in Wirklichkeit das Einkommen und damit auch die Verzinsungsquote zu klein erscheint. Man wird also auch unter Berücksichtigung aller dieser, in ihrer Wirkung nicht sicher abzumessenden Umstände mit annähernder Gewißheit sagen können, daß sich im Jahre 1899 das Kapital in Handel und Industrie bei den größeren Unternehmungen in ganz Preußen durchschnittlich mit ungefähr 13 Proz. verzinst.

Solche Verzinsung eines Kapitals von mehr als 9 1/2 Milliarden kann sich wohl sehen lassen. Angesichts solcher Gewinne nehmen sich die Lebensarten von den hohen Löhnen und die Klagen über die hohe Belastung „der Industrie“ durch die Arbeiterversicherung ungemein komisch an. Es ist daraus vielmehr der Schluss zu ziehen, daß „die Industrie“, das heißt die industriellen Kapitalisten, auch bei erheblich höherer Belastung zu Gunsten einer Erweiterung der Arbeiterversicherung noch immer sehr hübsche Profite machen würden.

Der Verbandtag des Verbandes deutscher Arbeitennachweise wird dieses Jahr in Berlin stattfinden und zwar im Herbst. Für die Verhandlungen sind zwei Tage in Aussicht genommen, für welche nur zwei große Themata festgesetzt sind. Für den ersten Tag lautet die Tagesordnung: „Welche Erfahrungen haben die deutschen Arbeitennachweise bei der letzten Arbeitslosenzählung gemacht?“ In diesem Thema sollen insbesondere folgende Punkte erörtert werden: „Ist eine größere Arbeitslosigkeit in der Erscheinung getreten und in welcher Art?“ „Welche Schlässe können aus dem Umfang der Arbeitsvermittlung auf den Umfang der Arbeitslosigkeit gezogen werden?“ „Welche Vorschläge haben die Arbeitennachweise zu machen zur besseren Erkenntnis des Umfangs einer Arbeitslosigkeit, zum besseren Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage?“ Die Tagesordnung für den zweiten Tag lautet: „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise“.

Die Arbeitsverhältnisse der technischen Bühnenarbeiter sind recht ungünstig und bedürfen dringend einer gesetzlichen Regelung. Unter sehr ungeliebten familiären Verhältnissen hat der Bühnenarbeiter täglich 11—13 Stunden zu arbeiten und erzielt da-

Bei einem monatlichen Verdienst von 80—100 Mark. Was ihm aber ein Arbeitsverhältnis zu einer fast unerschöpflichen Last macht, ist das Fehlen eines Ruhetages in der Woche. Mit Ausnahme des Anfreitags und des Ruhetags tritt fast durchweg keine Ruhepause während der Theaterjahre ein. In einigen Hoftheatern ist den Angestellten auf ihr Drängen ein unregelmäßig eintretender Ruhetag bewilligt worden; das Berliner Schiller-Theater zeichnet sich vor allen Bühnen dadurch aus, daß es den Bühnenarbeitern jeden 12. Tag als Ruhetag freigibt, ebenso wie es darüber hinaus dem technischen Personal auch einen achtstägigen Sommerurlaub mit voller Gage bewilligt hat. Bei einigen guten Willen ließe sich also der berechtigete Wunsch der Bühnenarbeiter nach Einführung eines wöchentlichen Ruhetages wohl erfüllen. Da aber alle diesbezüglichen Versuche an die Theaterdirektionen fruchtlos geblieben sind, haben die Bühnen-Angestellten eine von 800 Mitgliedern unterzeichnete Petition an den Reichstag gerichtet, in der sie darum ersuchen, daß ihnen wie jedem gewerblichen Arbeiter das gesetzliche Recht auf einen Ruhetag gewährt wird.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

### Die Lokalliste für Berlin und Umgegend

Ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigefügt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste streng zu beachten. Den Saalabtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise noch verheißt, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein andres Mittel übrig, als die Lokalliste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher bei Ausflügen, Vergnügungen u. nur solche Lokaltäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwächst aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten und Partien auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf sehen, daß in den Verträgen mit dem Wirt eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiter-Versammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend rathsam erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß bei Wehrbedarf an Bedienungspersonal der Stellen nachweis der freien Vereinigung der Gastwirthschafts-Verständigung findet. Thut ein jeder seine Pflicht, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Lokale, die keine Säle haben, sind für den Verkehr frei.

Die Lokalkommission.

**Zur Lokalliste.** Am Sonnabend, den 8. Februar 1902, veranstaltet der Verein jetziger und ehemaliger Schüler der Berliner Tischlerschule, bekannt unter dem Namen „Scharnkerlklub“, in den Refektorien, Landsbergerstr. 31, eine Festlichkeit, zu welcher verführt wird, in Arbeiterkreisen (namentlich unter Tischlern) Willens abzulegen. Da dies Lokal der Arbeitergesellschaft nicht zur Verfügung steht, so wolle man dieses Vergnügen streng meiden und die angebotenen Willens zurückweisen.

Den Parteigenossen die Mitteilung, daß das Lokal Germania-Säle, Chausseest. 103, der Arbeitergesellschaft jetzt zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung steht.

Die Lokalkommission.

**Zweiter Wahlkreis.** Die Parteigenossen und Genossen werden auf die am Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57, stattfindende öffentliche Parteiversammlung aufmerksam gemacht. Reichstags-Abgeordneter Dreßbach-Mannheim hat das Referat übernommen. Alles Nähere am Dienstag in der Annonce und den Anschlagtafeln. Um recht zahlreichen Besuch ersuchen die Vertrauensleute.

**Dritter Wahlkreis.** Am Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Genossenschaftshauses die Genossin Clara Zeilin-Suttgart über: Weib und Arbeiter in der Sozialdemokratie. Rege Betheiligung der Genossinnen und Genossen erwartet. Der Vertrauensmann.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Schönhäuser Vorstadt. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Puhlmanns Baudirektor-Theater, Schönhauser-Allee 148. Tagesordnung: 1. Das neue Ortsstatut der Stadt Berlin bezugs Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Referent: Stadtverordneter Vorkmann. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Schiedsrichter der Partei-Kontrollen. 4. Diskussion. Jahresbericht. Der Vorstand.

**Nieder-Schönhäuser. Wahlverein Bezirk Pankow.** Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Selter, Lindenstraße, Vortrag des Genossen Kiesel-Perlin über: Die Heimatpolitik des Reichstags. — Mühlend. Wahlverein Bezirk Pankow. Heute, nachmittags 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zur Sonne. Vorbereitungen zur Errichtung eines Konsumvereins.

**Reinickendorf-West.** Wir machen darauf aufmerksam, daß der ganze Westen zur Gemeindevertretung wählt und ersuchen, schleunigst die Wählerliste einzusehen, eventuell die Steuerzettel im Restaurant Koblshmidt, Scharnkerlstraße, abzugeben.

**Schmargendorf.** Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Lönhard, Warnemünderstraße 6, eine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. Wahl der Bezirksführer. Die Wählerlisten zur Gemeindevahl liegen bis 30. Januar im neuen Rathaus, Spandauerstraße, aus und können Sonntag von 11—12 Uhr eingesehen werden. Diejenigen, welche keine Zeit haben, mögen ihre Adressen bei Herrn Tegner, Breitestr. 21, Seitenflügel 2 Treppen, abgeben.

**Ober-Schönheide.** Die Wählerlisten sind im Amtsbureau täglich von 8—3 Uhr, im Restaurant Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18, den ganzen Tag einzusehen.

## Lokales.

### Schüler-Vorstellung.

Das ganze Parterre des Schiller-Theaters ist von dreizehn- bis vierzehnjährigen Mädchen besetzt. Nur dann und wann ein Lehrer oder eine Lehrerin. Auch von den Seitenlogen des ersten Ranges blicken Gemeindeführerinnen herab; nur auf der Mitte dieses vornehmen Platzes und auf dem zweiten Rang gewahren wir Knaben. Wohlgehehrt, es wird eine Schüler-Vorstellung, keine Kinder-Vorstellung gegeben; wir haben es mit verständigen, gereiften Knaben und Mädchen zu thun, denn sie alle gehen bereits in die erste Klasse. Es ist ja im Theater ein beständiger Anblick, diese Trennung nach Geschlechtern, aber anders läßt es sich wohl nicht einrichten. Natürlich sitzen die Kinder der einzelnen Klassen zusammen. Das ist der Aussicht wegen so gut und auch dem jungen Publikum angenehm; man will sich doch in den Zwischenpausen ansprechen. Im ganzen sind die Oberklassen von 26 Gemeindeführern verlämmt.

Bereits voriges Jahr hatte das Schiller-Theater auf eigene Kosten einzelne Schüler-Vorstellungen veranstaltet. Diesmal ging es auf andere Weise, denn es gelang, die Kuratoren der Cohn-Oppenhelmer-Stiftung für die Anerkennung zu interessieren und aus dem Stiftungserwerbigen die Zinsen von 100 000 M. flüssig zu machen. Für den etwa 4200 M. hohen Betrag werden diesen Winter zehn Vorstellungen gegeben,

außerdem hat die Stadtgemeinde Charlottenburg für die Oberklassen ihrer Mädchen- und Knabenschulen 840 Mark, den Betrag für zwei Vorstellungen bewilligt. Diese Summen decken knapp die Kosten, aber das Schiller-Theater ist immerhin so gestellt, daß es auf einen Gewinn aus den Schüler-Vorstellungen verzichten kann.

„Wilhelm Tell“ wird gegeben. Alles ist voller Aufmerksamkeit und Begeisterung bei dem Stück. Aber wie es nun auch halberwachsener Kinder Art ist: völlig kann man in seiner Freude doch nicht den Mund halten, und so geht stets ein ganz, ganz teures Summen durchs Theater, als ob etwa der vorzeitige Matkäfer, der unser Redaktion am Morgen überliefert wurde, durch den weiten Raum flöge. Dies Wispern und Bisporn löst aber nicht die Andacht und ist im Gegenteil ein Zeichen, daß die Kinder bei der Sache sind. Dann und wann wird es natürlich lebhafter im Zuschauertraum. So beim Abschied des Tell von seinem Weibe; wenn der kleinste der beiden Knaben erklärt, daß er lieber bei seiner Mutter bleibe, folgt ein Ausbruch besiedigten Lachens. Ein allgemeines „Ah“ weckt der hübsche Mondregenbogen in der Rittli-Szene. Aber nun kommt etwas. Bertha und Rudenz sprechen sich in der Waldschlucht aus und reden von Liebe, Liebe und nochmals Liebe. Ah, vergehen wir ganz, im Portet sitzen ja lauter vierzehnjährige Mädchen, einige sind darunter, die man bereits für ein Fräulein halten könnte. O, diese Berliner Knaben: Die Mädchen, sie lächeln, im Stillen ergötzt, Sie stammeln und stottern und schwachen zuletzt —

Mitten im lauteften Wispern und Schwingeln rauft der Vorkang nieder; die interessanteste Scene im Stück ist leider so kurz geraten!

Ob die Kinder den „Tell“ verstanden haben, ob der wonnige Freiheitsschauer, die erhebende Schönheit der Dichtung in ihnen nachgittert? Wir möchten gerne glauben, aber bei aller Fröhlichkeit Berliner Schülerinnen kommen uns doch Bedenken. Einige der jungen Mädchen teilen uns mit, daß der Lehrer den „Tell“ mit ihnen durchgenommen habe. Das war gewiß schön. Aber, wenn die Kinder die Wahl hätten zwischen einer der erhabensten deutschen Dichtungen und einer künstlerisch nicht sehr bedeutenden Dramatisierung von Schenckvieths oder Achenbrödel, sie würden sich am Ende doch bei freier Entscheidung dem Märchen zuwenden. Bei dem immerhin gefunden Sinn der Kinder dürfte allerdings das Märchen beiße nicht ethisch kultiviert werden; die böse Stiefmutter müßte in glühenden Pantoffeln tanzen, daß es nur so kratzt.

Beim Verlassen des Theaters fragten wir einen dreizehnjährigen Jungen, was ihm am Tell am besten gefallen habe. — Nun, die Stelle, wo der Tell den alten Juden todschießt. — Den Juden? — Na ja, den Gehler, der hatte ja so 'ne trumme Nase!

**Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen.** So schreibt man uns, hatte im Frühjahr vergangenen Jahres auf Antrag des Stadtvorgmann beschlossen, wie in den Fließ- und Badeanstalten im Sommer auch in den Volks-Badeanstalten im Winter den Gemeindeführern Gelegenheit zum unentgeltlichen Baden zu gewähren. Als Badegäste wurden für die Mädchen die Stunden von nachmittags 2—4 Uhr und für Knaben die von 4—6 Uhr festgesetzt. Um den regelmäßigen Besuch nicht zu hemmen, wurde bei der städtischen Schuldeputation beantragt, die Kinder möglichst klassenweise durch Lehrer oder Lehrerinnen in die Anstalt geleiten zu lassen und zwar so, daß in jeder Anstalt täglich, außer Sonnabend, 200 Kinder, zusammen 1000, zum Baden geführt würden. Auf diesen Antrag hat die Schuldeputation sich bis heute noch nicht geäußert, so daß für diesen Winter aus der ganzen Sache nichts werden wird. In die Schuldeputation werden bekanntlich keine Sozialdemokraten gewählt; wären welche drin, sie hätten dieser Angelegenheit schon längst Deine gemacht!

Wer an der Verschleppung die Schuld trägt, das dürfte bei der kommenden Staatsberatung erörtert werden; es wäre dabei sehr interessant, zu hören, ob das Gerücht auf Wahrheit beruht, daß die Lehrer eine „angemessene Entschädigung“ für diese ihnen angefallene Thätigkeit fordern. Wir können diesem Gerücht keinen Glauben beimessen, denn so wenig Gemeinnutz und Liebe für die ihnen anvertrauten Kinder kann man doch bei den Lehrern unserer Gemeindeführer erwarten, um so weniger, als ja jederzeit Gelegenheit vorhanden wäre, berechtigete Forderungen zur Geltung zu bringen.

Wie sehr aber die Kinder jetzt geschädigt werden und wie groß das Vadebedürfnis bei den Volksschulen ist, geht zur Genüge daraus hervor, daß, nachdem auf Beschluß der Deputation die Verteilung der Freikarten für die Fließbäder den Armenkommissionen abgenommen und den Reflektoren übertragen ist, ihre Zahl von 25 000 auf 65 000 stieg, so daß im verflochtenen Sommer weit über 800 000 Freibäder verabfolgt wurden.

Daß der fleißige Besuch der Badeanstalten ein wesentliches Mittel zur Förderung der Volksgesundheit darstellt, das müßte die Berliner Schuldeputation schon längst auch ohne sozialdemokratische Anregung begriffen haben.

Für den Neubau der Berliner Universität ist nach Mitteilungen aus Universitätskreisen das Vorgelände jetzt endgültig gewählt. Auf Anregung des jetzigen Prorektors Professor Adolf Harnack und mit Zustimmung des Kaisers hat sich die Universitätsverwaltung für das Terrain entschieden, das sich nördlich vom Universitätsgrundstück jenseits der Dorotheenstraße befindet. Als Mittelpunkt der neuen Anlage wird schon jetzt der Hochschullehrer gebürige Haus Dorotheenstr. 5 dienen, worin zur Zeit das Institut für Alterskunde, das botanische Universitätsinstitut, ferner das englische, das germanische und das historische Institut untergebracht sind. Hinzugekommen werden noch das dem Militärklub gehörige Haus Dorotheenstr. 4, in dem sich gegenwärtig die Intendantur des Gardecorps befindet und das neugebaute Eckhaus Dorotheenstr. 6 und Universitätsstr. 1, ferner die an der Rückseite dieser Häuser anstehenden Grundstücke der Georgenstraße, die zum Kronfeldenkommis gehören und die an der Ostseite der Universitätsstraße gelegenen Häuser 2, 3 und 3a, die dem Bankhaus Gebr. Abrahamson gehören. Es ist also das ganze umfangreiche Viertel, das von der Dorotheenstraße, dem Fegelpfad, der Georgenstraße und der Universitätsstraße begrenzt wird, für den Neubau der Universität ins Auge gefaßt. Außerdem ist noch eine Erweiterung des Universitätsgebäudes geplant. Wenigstens soll der an die Universitätsstraße grenzende Westflügel ausgebaut und die ganze Universitätsstraße entlang bis dort geführt werden. Damit käme die alte Universität mit der neuen in fast unmittelbarem Zusammenhang. Der jetzige botanische Universitätsgarten würde verkleinert, da der neue große botanische Garten in Dahlem hinreichenden Ersatz für denselben bietet. Auch die beiden Voradern im Kastanienwaldchen, von denen eins zur Zeit von der akademischen Lesehalle benutzt wird, und die andre erst neuerdings für Vorlesungszwecke erbaut worden ist, werden mit der Neugestaltung der Verhältnisse zum Abbruch kommen.

**Die Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung** haben jetzt nach den Wahlergebnissen folgende Stärke: Die „alte Linke“ hat 61 Mitglieder; die „neue Linke“ zählt 30; die „freie Fraktion“ umfaßt 22; die „sozialdemokratische Fraktion“ 28 und die „Widern“ zählen 3 Mitglieder, zusammen 144 Mitglieder, so daß jetzt seit länger Zeit wieder einmal die Stadtverordneten-Versammlung vollständig ist.

**Aus der außerordentlichen Magistrats-Sitzung** vom Sonnabend. Von Seiten der Unternehmer für den Bau des Teltow-Kanals ist an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob, falls der Teltow-Kanal eine Abzweigung nach der Oberpyree erhalte, die Stadtgemeinde Berlin das hierzu erforderliche Gelände kostenlos hergeben würde. Da es sich bei dieser Sache um Erschließung ziemlich bedeutenden Umfangs städtischen Besitzes handelt, hat der Magistrat beschlossen, die Angelegenheit einer Kommission aus

Magistratsmitgliedern bestehend, zur Vorberatung zu überweisen. Es handelt sich dabei nach den vorliegenden Plänen um die Anlage von mehreren Straßen und Brücken usw.

**Die städtische Bade-Anstalt in der Oberbergerstraße** wird am 1. Februar d. J. zur allgemeinen Benutzung eröffnet werden.

**Zum Apotheken-Vorhof.** Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat im Laufe dieser Woche die Vertreter der Apotheken sowie der Apotheker zur Verhandlung über den Apotheken-Vorhof empfangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von dieser Seite eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien versucht wird.

**Keine Schlichtordnung.** Der Polizeipräsident v. Windheim hat den Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine benachrichtigt, daß von dem Erlaß einer Polizeiverordnung über das Schlichten und Öffnen der Häuser zur Nachtzeit Abstand genommen worden sei.

**Ein Kampf zwischen einem Schmied und einem Stroch** fand in der vergangenen Nacht vor dem Rühl für Obdachlose statt. Hier erschien gegen 1 Uhr morgens ein 28 Jahre alter, als gewaltthätiger Mensch schon bekannter und vorbestrafter ehemaliger Schlichterlicher Froebel, der sich schon lange ohne Beschäftigung herumtreibt, und verlangte von dem Schmiedmann Linke, daß er ihm Einlaß verschaffe. Der Mann mußte zu dieser Zeit, wie er ohne Zweifel selbst schon vorher wußte, abgewiesen werden, leistete aber der Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge. Er wiederholte vielmehr sein Verlangen, zog dann plötzlich ein Messer und wollte es dem Schmiedmann in den Hals stecken. Zum Glück wurde der Stoß durch den Mantelkragen, den der Beamte hochgeschlagen hatte, abgesehen; sonst hätte das Messer, das den Krugen durchschneit, die Schlagader durchbohrt. So kam Linke mit einer ungefährlichen, aber stark blutenden Wunde davon. Nun zog er schmerzhaft, da der Gewaltmensch abermals auf ihn eintraug, blank und machte seinen Gegner durch einen scharfen Hieb über den Schädel kampfunfähig. Da der Beamte seiner Verletzung wegen mit sich selbst zu thun hatte, brachten andre Arbeitslose den Froebel nach der Unfallstation X in der alten Schützenstraße. Inzwischen waren bereits die Unfallstationen und Rettungswachen von dem Vorfall benachrichtigt, und Froebel wurde durch einen Beamten festgenommen. Nachdem er einen Verband erhalten hatte, mußte er zunächst als Polizeigefangener der Charité angeführt werden.

**Zeugen gesucht.** Die Personen, welche am 21. März d. J., nachmittags 5 Uhr, an der Werderstr. 6 gesehen haben, wie der Fuhrmann Pankke von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und getödtet wurde, werden dringend ersucht, bei der Witwe des Verstorbenen, Frau Panke, Bergstr. 18, Hof, Souverain, ihre Adresse abzugeben.

**Ein schwerer Bau-Unfall,** bei welchem fünf Personen zum Teil sehr schwer verletzt wurden, erfolgte gestern mittag unter den Linden 85 (Neubau der Distrikts-Gesellschaft). Hier ist der Abbruch eines Quergebäudes dem Unternehmer Rosenblith übertragen. Das Gebäude ist bereits bis zum ersten Stock niedergelegt. Die Decken der einzelnen Etagen zeigten sogenannte Kappengewölbe. Gestern früh hatte man nun mit dem Abbruch des untersten Kappengewölbes begonnen, daselbe in der Mitte auch aufzubauen, daneben aber auch die das Gewölbe tragenden Träger zu weit bloßgelegt. Hierdurch verloren diese den erforderlichen Halt, so daß eine Verschiebung des Gewölbes und der Einsturz erfolgte. Auf ihm befanden sich in dem Augenblick mehrere Personen, darunter der Unternehmer Rosenblith sowie die Arbeiter Zahn und Kossak, während der Polier Schmidt in dem Räume unter dem einstürzenden Gewölbe sich befand. Schmidt wurde infolge dessen von den herabfallenden Steinmassen zum Teil verdrückt und dabei so schwer verletzt, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch Kossak trug schwere äußere und innere Verletzungen davon. Rosenblith entging nur dadurch schwerer Beschädigung, daß er rechtzeitig abspringen konnte. Zahn und ein junger, loeben erst eingetretener Arbeitsbursche kamen mit leichten Verletzungen davon. Noch kurz vor dem Einsturz hatten zehn Arbeiter in dem Räume unter der Einsturzdecke Steine abgeputzt, sie hatten sich aber glücklicherweise schon entfernt, als der Unfall geschah. Die Unfallstelle ist polizeilich abgesperrt.

**Bei einem Streifzuge durch Kaschemmen** fiel der Kriminalpolizei der schon seit längerer Zeit gesuchte Einbrecher „Wäckerhans“ in die Hände, dessen Spezialität Einbrüche in Gefassenstuben bildete. Der Verhaftete, ein ehemaliger Wäckerhans-Reimle, der jedoch seinem Gewerbe seit langer Zeit nicht mehr nachgeht, verübte die Einbrüche zumeist am hellen Tage und arbeitete hierbei stets allein. Ihm werden 11 Einbrüche-Diebstähle zur Last gelegt, welche im vergangenen Jahre in hiesigen Wäckerhans ausgeführt worden sind.

**Gefunden oder gestohlen?** Am 7. Januar er wurde einem jungen Burschen eine goldene Brillantbroche in Form eines Kranzes, in der Mitte zwei Rubinen und zwei Brillanten in Trefform, rechts und links davon je einen Brillanten und eine Perle enthaltend, abgenommen. Der Bursche hat diese Broche im Winter 1899 in der Alexandrinenstraße, zwischen Reubenburger- und Holmannstraße, gefunden und unterschlagen haben. Der Eigentümer derselben wolle sich im Zimmer 330 des königlichen Polizeipräsidiums melden oder zu 317 IV/15. 02 Nachricht geben.

**Straßenperrung.** Die Jungfernbrücke wird wegen Erneuerung der schadhafte Sturze vom 28. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußverke und Reiter gesperrt. Ebenfalls wird die Wäckerhansschleuse für die nächsten acht Tage gesperrt sein.

**Orgelkonzert.** Montag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wird der Succolla-Orchester unter Leitung von Herrn Paul Schür, ferner Herr Hedwig Schuler, Frau Sanitätsrat Dr. Wilsch, Herr Franz Rosch, die Violinisten Min. Herr Norris und Herr Schloßmann beim Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche mitwirken. Der Eintritt ist frei.

**Feuerbericht.** Sonnabend früh gegen 4 Uhr wurde die 4. Compagnie nach der Chausseest. 82 gerufen. Hier war in dem im 4. Stock des zweiten Quergebäudes befindlichen Podraum der Gasglühlichtfabrik von Müller u. Gareis auf nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen. Es gelang indes, die Gefahr mit einem Lösche in kurzer Zeit zu beseitigen, jedoch der entstandene Schaden merklich ist. Eine Betriebsstörung findet daher nicht statt. Eine Stunde später mußte in der Brenzlauerstr. 43 ein Kellerbrand abgelöscht werden, der hauptsächlich Kisten und Gerümpel einäscherte. Außerdem war noch auf dem Bahnhof Rosbit infolge Selbstentzündung von Preßkohlen ein Waggon in Brand geraten, der die Wehr längere Zeit beschäftigte da die Preßkohlen umgeschichtet werden mußten.

### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Bei den gestrigen Gewerbegerichts-Wahlen siegten unsere Genossen mit großer Majorität.

**Aus Steglitz** schreibt man uns: Mit einem Kaiserhoch eröffnete der neue Gemeindevorsteher die erste von ihm geleitete Sitzung der Gemeindevorsteher. Ein patriotischer Anfang! — Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat sich Gen. Rapp das Wort zu einer Besprechung über den Gemeindevorstand, welcher einen von ihm geschäftsordnungsgemäß gestellten Antrag, sowie die vorgestern im „Vorwärts“ erwähnte Interpellation nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, und zwar deshalb nicht, weil der Gemeindevorsteher der Ansicht war, daß „der Antrag keinen Zweck habe.“ Ueber die Zweckmäßigkeit von Anträgen zu urteilen, meinte Rapp, sei nicht Sache des Gemeindevorstandes, sondern der Versammlung. Herr B. u. d. w. schloß sich in der Sitzung zwar nicht mehr darauf, daß es „keinen Zweck habe“, schloß aber aus der Geschäftsordnung auf die Unzulässigkeit des Antrages, den er jedoch unter den „Mitteilungen“ der Versammlung zur Kenntnis bringen wollte. Die Vertreter waren geteilter Meinung und schließlich wurde beschlossen, über den Antrag nicht zu verhandeln. Auf die Interpellation Rapps betrefend der Gewerkschafts-Plakate verweigerte Herr B. u. d. w. eine Antwort, da es sich

um Volksgesunden handle und er als Amtsvorsteher der Gemeindevertretung nicht Rede zu stehen brauche. Genosse Kapp wird bei anderer Gelegenheit seine Ansätze wiederholen. — Der Vorsteher machte noch Mitteilung von dem Ableben des Gemeindevertreters Professor Dr. Wendler und der Beschlusse der Gemeinde, dessen Andenken in gewohnter Weise zu gedenken. Dr. Wendler war der Führer der bürgerlichen Opposition und bei der letzten Wahl unser Gegenkandidat in der dritten Abteilung des zweiten Bezirks. Er war „geborener Oppositionsmann“ und der gefährlichste Gegner der „Rechtlichkeit“. — Die Beratung des Gewerbegerichtsstatuts, welches jetzt endlich aus dem „Musterstatut“ geboren wurde, soll in einer Sonderfassung am 7. Februar erfolgen. — Der Bericht der Wohnungs-Kommission konnte nicht erstattet werden, da der Referent Fischer wieder einmal nicht anwesend war.

**Die Angelegenheit des Groß-Lichterfelder Krankenhauses** bespricht Dr. Rabnow-Schöneberg in der „Verl. Ärzte-Zeit.“ Er hebt zweierlei hervor, was den Ärzten zu den schwersten Bedenken Veranlassung giebt, wenn sie vor der Frage stehen, ob sie einen Kranken dem Lichterfelder Krankenhaus zuweisen sollen. Es sind dies: die „geradezu erschreckende hohe Diphtherieerblütigkeit“ und die Grundfrage bei der Behandlung chirurgischer Fälle. Was die Diphtherieerblütigkeit angeht, so betrug sie in Berliner Krankenhäusern 12-17 v. H., in dem Lichterfelder Krankenhaus 59,2 v. H. Die Behandlung chirurgischer Fälle im Lichterfelder Krankenhaus ist nach Dr. Rabnow in dem Kernpunkte zu beanstanden, daß der Leiter der inneren Abteilung, Dr. Schwentinger, zu bestimmen hat, ob bei einem Kranken ein chirurgischer Eingriff vorgenommen werden soll. Der Chirurg hat sich nach Dr. Schwentingers Weisungen zu richten. Eine solche Ordnung der Beziehungen zwischen dem Vorgesetzten der inneren Abteilung und dem Chirurgen steht einzig in seiner Art da. Diesen Mitteilungen stehen andre gegenüber, wonach die Behandlung im Groß-Lichterfelder Krankenhaus durchaus gut sei, so daß namentlich heilungsbedürftige Mitglieder von Krankenkassen sich mit Vertrauen dorthin begeben könnten.

**Aus der Stadtverordneten-Sitzung in Spandau.** Man schreibt uns: Unsere Genossen hatten den Antrag gestellt, dem nach 25-jährigen Dienst vom Magistrat plötzlich entlassenen Biegemeyer Bremer, bei dem der Magistrat aus Anlaß der über die A-höhlenleistungen des früheren Stadtverordneten-Vorsitzers Sturm in Umlauf gelangten Gerüchte merkwürdigerweise „Gedächtnis-schwäche“ vorgeworfen haben will, eine Pension zu bewilligen. Stadtv. Rieger, der den Antrag begründete, verwies auf die bekannten Vorgänge, und erklärte, daß die Entlassung Bremers allgemein als eine Maßregelung angesehen worden sei, die jeden in abhängiger Stellung befindlichen städtischen Bediensteten notgedrungen bedenklich machen müsse, in Zukunft überhaupt Unregelmäßigkeiten zur Anzeige oder zur Sprache zu bringen, sofern es sich um einflußreiche Personen handle. Es sei Ehrenpflicht der Versammlung, die Gehälter des Magistrats wieder gut zu machen und dem Entlassenen Genehmigung zu geben. Der Antrag sei kein „socialdemokratischer“ etwa, vor dem die bürgerlichen Herren gewöhnlich solche Furcht bekunden, er werde nur von Socialdemokraten gestellt, weil diese sich zuerst auf ihre Ehrenpflicht besonnen hätten. Stadtv. Jenne (fr. Vereinigung) beantragte redt pathetisch, gleich einem Diktator, namens der Majorität (1) Heberweisung des Antrages an den III. Ausschuss. Stadtv. Rieger erwiderte, daß darüber von seiner Fraktion gewissermaßen ein Vertanensbündnis für die Jenne'sche Fraktion beantragt werde, da ja bekanntlich jetzt kein Socialdemokrat in den Ausschüssen sei. Ein solches Votum könnten aber seine Freunde nicht anstellen, ganz im Gegenteil, sie hätten alle Ursache, der „freien Vereinigung“ — die alle bürgerlichen Stadtverordneten in sich vereinigt, schärfstes Mißtrauen entgegen zu bringen. Gegen die Stimmen unserer Freunde ward — natürlich — der Jenne'sche Antrag angenommen. Einen zweiten socialdemokratischen Antrag: erneute Beratung der Erhebung einer umfassenden Wohnungsstatistik und über Einrichtung einer städtischen Wohnungsinspektion in gemischter Kommission, begründete Stadtv. Pieper (Soz.), der auf die Wohnungsverhältnisse am Ort und auf die von anderen Städten, so z. B. Köln, hierin gegebenen Beispiele verweist, und gleichzeitig einige der Hauptfragen skizziert, die bei einer Wohnungsstatistik beachtet werden müssen. Namens der Majorität beantragte Herr Jenne, Verweisung dieses Antrages an die bereits bestehende Gesundheitskommission zur Vorberatung, womit sich unsere Genossen einverstanden erklärten, da dieser Kommission außer zwei Ärzten auch unser Genosse Radtke angehört.

Die bekannte Schülerische Zehntausendmark-Affaire hat Veranlassung gegeben, daß die eingeleitete gemischte Kommission Vorschläge zur Verbesserung der Buchführung im Stadtbauamt und in der Hauptkasse macht, um zu verhindern, daß in Zukunft noch weitere Fälle von Justizvollzügen an Privatunternehmer passieren können. Von unserer Seite wurde zur Sprache gebracht, daß auch der Maurermeister Härtner 2000 M. über sein Guthaben ausgezahlt erhalten habe. Nach den Erklärungen des Stadtbaurats ist die Stadt wegen beider Beträge gedeckt.

## Gerichts-Beitrag.

Für die preussische Gefangenenbehandlung sowohl, wie für unsere Gerichtspraxis ist der Streifprozess gegen den Arzt Dr. Schulze in Köln und den Chefredakteur Ernst Boffo von der „Münchener Zeitung“ überaus bezeichnend. Wir haben gestern bereits die Angelegenheit kurz erwähnt. Wenn auch an sich nichts besonders Neues ans Licht gefördert wurde, so werden doch einzelne Erscheinungen als Denkmäler des heutigen Kulturzustandes in späterer Zeit hoch eingeschätzt werden. Dr. Schulze, ein in Köln bekannter und angesehenen Arzt, wurde im März vorigen Jahres unter dem Verdacht verhaftet, daß er jungen Leuten bei dem Versuch, sich vom Militärdienst zu befreien, beihilft gewesen sei. Die ihm im Untersuchungsgefängnis zu teil gewordene Behandlung brachte er später auf dem Kerkerstuhl zur Sprache, und ein Bericht über diese Versammlung, den die „Münch. Zeitung“ veröffentlichte, diente dem Staatsanwalt als Handhabe, gegen das Blatt einzuschreiten.

Auf Aufforderung des Vorstehenden schilderte Dr. Schulze in eingehender Weise seine am 18. März 1901, nachmittags, erfolgte Verurteilung. Er sei gegen 7 Uhr abends in eine Zelle eingeworfen worden. — Vorf.: Ich habe mir die Zelle Nr. 20, in der Sie gefesselt haben, selbst angesehen; es ist das die beste Zelle, die es im Untersuchungsgefängnis giebt. — Dr. Schulze: Ich muß bemerken, daß ich zu Dr. Bröckling auch nicht gefesselt habe; ich sei in ein Loch ohne Fenster gesperrt worden. Ich habe mich nur über die Zelle beklagt, da einmal dieselbe nicht geheizt war und da andererseits das obere Fenster so schlecht schloß, daß infolge des furchtbaren Sturmes, der in jener Nacht herrschte, das Fenster fortwährend auf und zu schlug. An Schlafen war daher nicht zu denken. — Vorf.: Sie sind der: Das Bett war doch auch sauber? — Dr. Schulze: Ich konnte mich nicht entschließen, mich zu entscheiden und in das Bett zu legen. — Vorf.: Das ist Ansichtssache, jedenfalls war das Bett frisch bezogen und es lagen zwei wollene Decken zur Verfügung. — Dr. Schulze: Ich konnte mich jedenfalls nicht entschließen, das Bett zu benutzen. Ich legte mich deshalb mit den Kleidern zur Ruhe, konnte aber nicht schlafen. Infolge der großen Kälte bekam ich Seitenstechen und mußte die ganze Nacht heftig husten und andauern. Ich habe dies auch am folgenden Tage dem Gerichtsarzt, Herrn Dr. Longard, mitgeteilt. Ich wurde, da ich mich nicht zu Bett gelegt hatte, von dem Aufsichtsbekleidungsbeamten scharf angefahren. Abdam wurde ich hinausgeführt und aufgefordert, mich in Reich' und Glied zu stellen, um den Kaffee in Empfang zu nehmen. Ich weigerte mich aber, dies zu thun, mit dem Bemerkung: Ich verzichte auf den Kaffee. Ich weigerte mich schon deshalb, mich in Reich' und Glied zu stellen, da meine Mitgefängten aus Leuten bestanden, mit denen ausländische Menschen nicht gern zusammenkommen. Das Essen, das in der Hauptsache aus

Kartoffelbrei ohne Fleisch bestand, war ungenießbar. An den folgenden Tagen gab es mit Rücksicht auf die damalige Fastenzeit Schellfisch. Dieser wurde von Gefangenen mit den Händen serviert, ich verschmähte es daher, von diesem Fischgericht zu genießen. Ich wurde ferner drei- bis viermal mit Verbrechern aller Art im Zellenwagen transportiert. Von einigen dieser Leute wurde ich auch erkannt. Von einem Gefängnisbeamten wurde mir zugerufen: Herr Doktor, Sie auch auf Grund des § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs! Am 28. März wurde ich meinem Bruder, einem hiesigen Rechtsanwalt, vorgeführt. Dilemme lagte ich ganz besonders über das schlechte, ja ungenießbare Essen, und bat diesen, mir Geld zur Einzahlung für Selbstbelästigung zu geben. Dieser gab mir sofort 30 M., die ich auch sofort einzahlte. Ich beantragte alsdann in einer schriftlichen Eingabe die Selbstbelästigung, habe aber bis zum 8. April die Gefangenenkost offen müssen. Als ich die 30 M. eingezahlt hatte, wurde mir gesagt: ich müsse schriftlich um Gewährung der Selbstbelästigung nachsuchen. Ich bat daher, mir zwei Briefbogen zu geben. Einen wollte ich für den erwähnten schriftlichen Antrag verwenden, auf den andern wollte ich an meine Mutter schreiben, die am grauen Star erkrankt war. Am folgenden Tage aber bekam ich nur einen Briefbogen. Ich sollte jedoch zunächst mit den andern Gefangenen nach dem Zellenwagen geführt werden. Der Gefangenenaufseher besah mir daher, mich mit dem Gesicht der Wand zugewandt aufzustellen. Ich leistete diesem Befehl Folge. Kaum war dies geschehen, so trat ein Herr in meine Zelle und schrieb mich an, weshalb ich ihm den Rücken zudrehe. Ich antwortete, daß mir dies so befohlen worden sei. Der Herr sagte nun noch lauter: Sie haben, wenn ein Beamter in die Zelle tritt, mit dem Gesicht nach vorn zu stehen. Sollten Sie mir noch einmal den Rücken zudrehen, dann werde ich Sie mit drei Tagen Mittelarrest bestrafen. — Vorf.: Es war das der Assistent Richter? — Dr. Schulze: Ich kannte den Herrn nicht. — Vorf.: Hat er nicht gesagt, er werde im Wiederholungsfalle beantragen, daß Sie dem Herrn Untersuchungsrichter mit drei Tagen Mittelarrest bestraft werden? — Dr. Schulze: Nein, er sagte: Ich werde Sie im Wiederholungsfalle mit drei Tagen Mittelarrest bestrafen.

Die Gefangenenaufseher z. als Belastungszeugen suchen die Darstellung des Dr. Schulze abzuschwächen und darzulegen, daß sie in jeder Beziehung korrekt verfahren seien. Ueber die Kost der Gefangenen sagt der Gefängnisdirektor Hoffmeister als Zeuge folgendes Folgendes:

Es werden selbstverständlich im Allgemeinen so viel Portionen gekocht, als Gefangene vorhanden seien. Es werde aber in dieser Weise aufs humanste verfahren, d. h. es werde gewöhnlich einige Portionen durch Zusatz von Wasser mehr gekocht, damit arme ausgehungerte Personen, die plötzlich eingeliefert werden, auch noch warmes Essen erhalten. Ein Anrecht auf warmes Essen haben plötzlich eingelieferte Gefangene am Tage ihrer Einlieferung nicht; erst am folgenden Tage seien sie zur vollen Kost berechtigt. Er untersuche häufig die Kost und finde sie sehr schmackhaft.

Demgegenüber bezeichnet ein als Zeuge vernommener Gefangener die Kost als ungenießbar. — Vorf.: Sie haben wohl einen sehr verdorbenen Gaumen? — Zeuge: Keineswegs, ich esse aber lieber trockenes Brot mit Wasser. — Dr. med. Kolben, der Dr. Schulze nach dessen Haftentlassung behandelt, belundet: Dr. Schulze, der nach der Entlassung 30 Pfund an Körpergewicht abgenommen, habe einen Rückfall der Rippenfell-Entzündung gehabt, so daß Lebensgefahr vorlag. — Dr. med. Ernst schloß sich diesem Entsatzen an. Danach wird die Verhandlung auf Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt.

### Das Urteil.

welches gestern abend 1/8 Uhr gesprochen wurde, lautet gegen Chefredakteur Boffo 300 Mark, gegen Dr. Schulze 150 Mark Geldstrafe.

Das Verfahren der Breslauer Justiz gegen unser dortiges Parteiblatt erschien vorgestern selbst dem Reichsanwalt in Leipzig bedenklich. Das Landgericht Breslau hat am 22. Oktober vorigen Jahres den Redakteur der „Volkswacht“ Franz Kläbs wegen Verleumdung des in Waldenburg (Schlesien) bestehenden „Vereins zur Förderung des Wohls der Arbeiterklasse“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der genannte Verein giebt ein eigenes Blatt mit dem Titel „Der Feierabend“ heraus. Dieses Blatt befand sich mit dem Blatte des Angeklagten in einer Preßschleife und gelegentlich einer Erwiderung wurde in der „Volkswacht“ und der ebenfalls vom Angeklagten verantwortlichen redigierten „Wahrheit“ der „Feierabend“ als Organ des Vereins zur Förderung des Wohls der Arbeiterklasse bezeichnet. In dieser Bezeichnung hat das Gericht eine Ehrenkränkung sämtlicher Mitglieder jenes Vereins erblickt und es hat auf den gestellten Strafantrag hin wie erwähnt erkannt. — Die Revision des Angeklagten, welche vorgestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam, wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Sehr dürftig sei die Feststellung begründet, daß der Artikel beleidigend sei. Die Zwecke und Ziele des Vereins seien noch nicht die aller Mitglieder, wie das Gericht anzunehmen scheint. Dann aber schneide das Landgericht den § 193 verkannt zu haben. Dasselbe habe dem Angeklagten den Gehalt dieses Paragraphen an sich dem Blatte „Feierabend“ gegenüber zugestimmt; es sage dann aber, um dem Angeklagten den Gehalt nicht zu teil werden zu lassen, der Angriff des Angeklagten richte sich gegen den Verein. Hierbei übergehe das Gericht vollständig, daß der „Feierabend“ das Organ jenes Vereins ist.

Das Reichsgericht glaubte jedoch diesen Bedenken nicht beizutreten zu sollen und erkannte auf Verwerfung der Revision.

Nach einjähriger Vorbereitung wird nunmehr am Mittwoch, 29. d. Mtz., an der I. Strafkammer des Landgerichts I der Miesenerprozess gegen die Einbrecher- und Hehlbände „Führmann und Genossen“ beginnen. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 35 Personen, die als Angeklagte zu er-

schelnen haben, darunter mehrere sehr „schwere Jungen“, Justizhausbrüder und eine Anzahl Dirnen. Schon die große Zahl der Angeklagten zeigt dafür, wie weit verzweigt und gefährlich diese ausgetragene Genossenschaft, deren Mitglieder nach und nach der Kriminalpolizei in die Hände gefallen sind, war. Die männlichen Mitglieder, von denen einige schon fünfzehnjährige Justizhausstrafen hinter sich hatten, verlebten lange Zeit gewerbdmässig Einbrüche bei besser gestellten Privatleuten sowie in Manufakturwarenhandlungen, in Gold- und Juwelengeschäften usw. Jedem der Einbrecher stand eine Dirne hieselbst zur Seite. Die Weiber waren gewissermaßen die Agentinnen der Einbrecher. Letzteren stand ein ganzes Arsenal der feinsten Einbrecherverkzeuge: Sticksägen, Kreis-sägen usw. zur Verfügung und sie machten davon den umfassendsten Gebrauch. Die Dirnen hatten die Aufgabe, die Diebesbeute, die teilweise in Ruppelquartieren untergebracht wurde, unter der Hand abzuhängen; Kleider und Schmucksachen trugen sie auch wohl selbst und zeigten sich damit ganz ungeniert bei Tage und bei Nacht. — Da dieser Miesenerprozess schon ziemlich einige Schwierigkeiten bietet, werden die Verhandlungen zunächst im großen Schwurgerichtssaale und vom Montag nächster Woche ab im kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden. Ihre Dauer ist vorläufig auf 10 Tage berechnet. Den Vorsitz im Gerichtshofe wird Landgerichtsdirektor Loman führen.

Eine principiell wichtige Entscheidung, die neue Lex Heinge betreffend, fällt gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war der Inhaber der Firma Arthur Bloch u. Co., Fabrik hiesiger Instrumente, und mit ihm ein Redakteur, gewerblicher Anpreisung unzüchtiger Gegenstände. Die Firma Arthur Bloch u. Co. hatte in einer Reihe wissenschaftlicher und Tageszeitungen eine Annonce veröffentlicht, in welcher sie als Mittel gegen Frauenleiden einen zum Patent angemeldeten Apparat, „Obturator“ genannt, anbot. Ueber der Annonce befand sich die Abbildung eines gefunden Kindes; eine Milchflasche in der Hand tragend. Der Staatsanwalt hielt den Zweck, dem der Apparat dienen soll, für einen unzüchtigen und erhob wegen der öffentlichen Anpreisung desselben die Anklage. — In der Verhandlung machte der Angeklagte geltend, daß der Apparat ein hervorragendes medizinisches Interesse habe und in erster Linie als wichtiges Heilmittel in Betracht komme, und berief sich hierfür auf die Aussprüche einer Reihe hervorragender Autoritäten. — Staatsanwalt Heilig erkannte die Bedeutung des Apparats in medizinischer Hinsicht an, beantragte aber dennoch die Bestrafung der beiden Angeklagten, da es nach der neuesten Rechtsprechung des Reichsgerichts für die Strafbarkeit einzig darauf ankomme, ob der Apparat zu unzüchtigen Zwecken geeignet sei und Verwendung finde. Letzteres sei vorliegend zweifellos der Fall. — Reichsanwalt Dr. Ledwinski führte dagegen aus, daß die Anpreisung des Apparats nicht unter das Strafgesetz falle, da derselbe vermöge seiner eigentümlichen Beschaffenheit nur von Ärzten verwendet werden könne und mit Rücksicht darauf eine mißbräuchliche Verwendung ausgeschlossen sei. Außerdem könne aber aus der Fassung der Annonce niemand ersehen, welchen Zweck der Apparat habe; infolge dessen sei es auch ausgeschlossen, daß jemand Verlangen daran nehmen könne. Beide Voraussetzungen müßten nach den Motiven zu dem Gesetze und den vom Reichsgericht aufgestellten Grundregeln für die Auslegung derselben zusammen treffen. Der Gerichtshof schloß sich dieser letzteren Ausführung an und erkannte auf Freisprechung der beiden Angeklagten.

Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse. Heute Saal: Kiderstr. 123 bei Dieck und Hartmannstr. 48 bei Viehenscheid, von 3-6 Uhr.

Zamarterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir machen nochmals an die heute abend, 25. Uhr, bei Schulz Grenadierstr. 33, stattfindende Veranstaltung aufmerksam, in welcher Stadtverordneter Dr. A. Bernheim einen Vortrag über die „Wohnungsfrage“ halten wird. Nachher gemächliches Besprechungsessen. — Vorlesen, Montag, abends 9 Uhr, Wohnungsfrage in Pitale Brannenstr. 150: Vortrag über „Vergiftungen“. Nachher praktische Übungen. Gäste willkommen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten.

## Schriften-Eingang.

Kunsterziehung. Ergebnisse und Anregungen der Kunsterziehungstages in Dresden am 28. und 29. September 1901. H. Voigtlaenders Verlag in Leipzig. Preis 1 M.

Gutentagische Sammlung deutscher Reichsgesetze. Gewerbe-gesetz, in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Septbr. 1901. Textausgabe von Stadtrat Wugdan; 5. Auflage, bearbeitet von Bürgermeister W. Cuno zu Hagen i. W. A. Gutentags Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Mensch und Erde. Stützen von den Wechselbeziehungen zwischen beiden. Von Alfred Kirckhoff. Aus der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner, 1901. Preis gebd. 1 M. 25 Pf.

Vollmann. Die Erziehung zum Sehen. Ein Vortrag von Ludwig Volkmann. Leipzig, H. Voigtlaenders Verlag, Preis 1 M.

Dr. Fischer. Für junge Mütter. Belehrung über Schwangerschaft, Wochenbett und Kindespflege. Anhang: Wie erzielt man eine leichte Entbindung? 4. Auflage. 2 M., geb. 3 M. Verlag von Wilhelm Müller, Berlin S.

Witterungsbericht vom 25. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C. u. F. °F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C. u. F. °F.
Zwammerndorf	746	S	5 bedeckt	4	4	Daparanda	—	—	—	—	—
Dampburg	744	SSW	3 wolfig	4	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Birih	748	SSW	2 wolfig	5	5	Hort	746	WSW	4 wolfig	—	—
Krausf./M.	747	SSW	6 bedeckt	6	6	Arbeteben	—	—	—	—	—
Blindern	751	SD	4 beiter	-1	1	Paris	746	SW	3 beiter	—	—
St. Ann	754	SW	— bedeckt	0	0	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonntag, den 26. Januar 1902. Einmal höher, zeitweise aufstrebend, aber sehr veränderlich mit Nieder-schlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wochen-Spielplan.	Sonntag 26.	Montag 27.	Dienstag 28.	Mittwoch 29.	Donnerstag 30.	Freitag 31.	Sonntag 1.	Sonntag 2.
Opernhaus	Wignon R. Kindervorstell. Die Puppenkne	Die Entführung aus dem Serail	Peilmar	Der Freischütz	Peilmar	7. Sinfonie-Abb. d. Königl. Kapelle Ritt. Dir. Dyr.	Carmen	Peilmar
Schauspielh.	Das große Licht	Die Quiquos	Das große Licht	Rösig Richard III.	Das große Licht	Wib Hobbs	Das große Licht	Wib Hobbs
Schiller-Theater	Einsame Menschen	Der Jongleur	Die Mütter	Der Jongleur	Einsame Menschen	Der Jongleur	Der Jongleur	Primal
Deutsches Theater	Lebendige Stunden	Die Weber	Lebendige Stunden	Lebendige Stunden	Die versunkene Glocke	Lebendige Stunden	Es lebe das Leben	Es lebe das Leben
Berliner Theater	Die rote Robe	Alt-Heidelberg	Ueber unsre Kraft II	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Die rote Robe Nachm. 3 Uhr: 1. Sonderspiel.	Alt-Heidelberg
Leistung-Theater	Die Fee Caprice	Amphitryon Der eingebildete Kranke	Blachmann als Erzähler	Amphitryon Der eingebildete Kranke	Das schwarze Schaflein	Die Fee Caprice	Agnes Sornia Die Jockings- schwester	Auftreten von Agnes Sornia Johannfeuer
Theater des Westens	Wiener Blut	Der Freischütz	Wiener Blut	Die Fiebermond	Wiener Blut	Gar und Zimmermann	Gar und Zimmermann	Auftreten von Wiener Blut Nachm.: Die weiße Dame
Luisen-Theater	Walzerkönig	Schröder u. Co.	Dorf und Stadt	Der Walzerkönig	Der Häutenbesitzer	Maria Stuart	Der Walzerkönig	Dorf und Stadt Nachm.: Rathjan der Weise

Neues königliches Oper-Theater (Kroll). Diesen Sonntag: Ein Sommernachts Traum. — Neßberg-Theater. Montag bis Donnerstag: Die japanische Botschaft. Freitag: Chassé-Croisé. Samstag: Sonderspiel. Sonntag: Sonderspiel. — Neues Theater. Sonntagabend und folgende Tage: Die japanische Botschaft. Chassé-Croisé. — Neues Theater. Sonntagabend und folgende Tage: Sonderspiel. — Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Montag bis Mittwoch: Der rote Kofel. Donnerstag: Die drei Waischen. — Thalia-Theater. Alle Abende: Seine Reine. — Metropol-Theater. Alle Abende: Die feine Kammer. — Trianon-Theater. Alle Abende: Kleine Spieler und lebende Vieber. — Ernst v. Wollogens Dames Theater. Alle Abende: Die weiße Dame. — Schall und Rauch. Alle Abende: Vorstellung von Serenissima. — Cereffons Theater. Alle Abende: Die weiße Dame. — Belle-Alliance-Theater. Alle Abende: Die Dame aus Drouville. Dienstag: Dr. — Carl Weisk. Theater. Alle Abende: Das Jungfernschiff. — Apollo-Theater. Alle Abende: König Aqua. — Casino-Theater. Spezialitäten.

# Die Preise unserer Schuhwaaren

sind streng fest und auffallend billig.

## Unsere Qualitäten

sind von anerkannt unübertroffener Haltbarkeit.

## Unsere Passformen

in ihren verschiedenen Façons sind unerreicht.

Wir verkaufen unsere Erzeugnisse ohne irgend welchen Zwischenhandel direct an das Publikum in unseren eigenen 72 Filialen. Dieses spart daher den Unterschied im Preise, welchen sonst der Zwischenhändler für sich in Anspruch nehmen muss. Unsere Preise werden in unseren Fabriken auf jede Sohle aufgestempelt.

Jede Ueberschneidung daher unmöglich.

Man achte genau auf unsere Firma.



Herren-Leder-Schnallen-Stiefel  
bequemster Stiefel der Jetztzeit  
9,50 Mk.

Goodyear Welt  
Schuhe u. Stiefel  
nur eigenes Fabrikat.



Herren-Leder-Zug-Stiefel  
bequem, haltbar  
Leder-Schnür-Stiefel  
dauerhaft, elegant  
elegante breite  
Form  
4.50 Mk.  
7.00 Mk.  
8.00 Mk.

### Ball- Schuhe

von den einfachsten  
bis zu den elegantesten.

### Mädchen- Knaben-, Kinderschuh

in allen Sorten. Denk-  
barste Haltbarkeit, billigste Preise.



Eleganter Damen-  
Gemsleder-Tanzschuh  
mit Lederfutter. 2,60 Mk.



Damen-Leder-Spangenschuh  
für Strasse und Haus 3,00 Mk.  
weiss Gincé-Tanzschuh 3,50 Mk.



Damen-Leder-Zugstiefel  
angenehm und haltbar  
3,40 Mk.



Allerbeste Materialien.  
Sauberste Ausführung.  
Elegante Façons.

### Gummi- Schuhe

echt Petersburger und  
bestes deutsches Fabrikat  
für Damen für Herren  
1,95 Mk. 3,50 Mk.  
auch für Mädchen und Kinder.

### Warm gefütterte Stiefel und Schuhe

für Damen, Herren und Kinder in aller-  
grösster Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

# Conrad Tack & Cie., Burg bei Mgd.

Deutschlands bedeutendste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

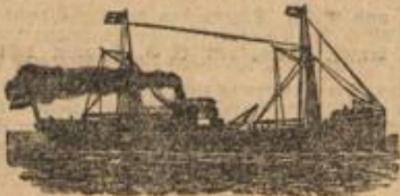
72 Verkaufsstellen unter eigener Firma in allen Theilen Deutschlands.

O. Andreasstrasse 50,  
NW. Beusselstrasse 29,  
N. Danziger Strasse 1,  
SW. Friedrichstrasse 240-241,  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 122,

O. Grosse Frankfurter Strasse 139,  
N. Müllerstrasse 3,  
S. Oranienstrasse 65,  
W. Potsdamer Strasse 50,  
Rixdorf, Bergstrasse 30-31.

C. Rosenthaler Strasse 14,  
C. Spittelmarkt 15,  
NW. Thurmstrasse 37,  
NW. Wilsnacker Strasse 22

Ober-Reisende, welche in Organisation d. Hauslegen-Betriebes vertraut sind, sowie Reisende, w. f. geistliche Hauslegen erfolgreich thätig waren, find. u. günstigen Beding. dauernd lohn. Erwerb. Schriftliche Offerten sub V. U. 3857 an Rudolf Mosse, Berlin C. 2, Königstr. 56, erbeten. 6/13



Den verehrten Gesellschaften und Vereinen die ergebene Anzeige, daß ich den Betrieb meiner Personendampfer selbst wieder übernommen habe und bitte, daß mir früher geschenkte Beträuen wieder zuwenden zu wollen. 31456

Vermietung der Dampfer zu Ausflügen u. Partien zu soliden Preisen.

L. Kahnt, Dampfschiff-Neederei und Schiffswerft  
Stralsund, Tunnestr. 34. - Telephon Amt VII 180.

## Eine wahre Freude ist

die Selbstbereitung von Cognac, Rum, Anislikchen, Seneuren u. Punschdracten etc. mit den allein echten Original-Reichel-Essenzen „Lichterz“.

## Die Erfolge überraschen

u. werden Jedem zu dauerndem Gebrauch veranlassen. Die daraus ohne Weiteres bereiteten Seneuren sind von gediegener Heilheit und laden an Reinheit des Geschmacks Kraft u. Aüle des Aromas von den besten Marken nicht übertrouffen werden. Stellen sich aber mehr als doppelt und dreifach billiger.

## Man macht sich keinen Begriff

über 100 Sorten, vollkommen gebrauchsfertig für Jedermann. Jede Originalflasche mit Gebrauchsanweisung steht mit Wein, Wasser etc. bis 2/3 Liter Liqueur und mehr. Je nach Sorte 40, 50, 60, 75 Btg. etc. Versand einfache und leichteste Verpackung eines jeden Liqueurs. Ein Wählgen unmöglich. Man prüfe selbst.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4

Essenzen-Fabrik mit Dampftrieb.  
Fernsprecher Amt IV 3190 und IV 646.

Mehr als 600 Niederlagen in Deutschland.

Verlangen Sie Reichel-Essenzen  
ausdrücklich  
und nehmen Sie nur Original-  
flaschen mit meinem Namens-  
zug und Schutzmarke  
als Wahrzeichen der Echtheit.

Nur dann haben Sie Garantie für vollen Erfolg!  
Man achte genau auf unzerlegten Kapselverschluss mit meiner  
Firma. Jeder fordert kostenlos!

Die Destillation im Haushalte.

Niederlagen durch meine Plakate kenntlich.

Wo keine Niederlagen, hier frei Haus durch meine Gespanne.  
Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.  
Täglich begelieferte Anerkennungen.

## Möbel-Fabrik Hellmundt & Comp. Holzmarktstrasse No. 11, Berlin,

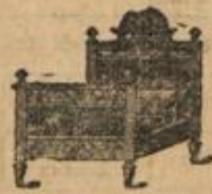
Hof, Fabrikgebäude, 1 Treppe.



Modernes  
„Panel-Elageren-Sopha“,  
mit Satteltaschen, Plüsch- oder  
Moquet-Einfassung . . . Mk. 95.-



Waschtoiletten  
mit Marmor,  
echt Nussbaum. . . Mk. 27.-  
etwas kleiner . . . Mk. 24.-



„Bettstelle“  
echt Nussb., furniert, mit Sprung-  
feder-Matratze und Keil-  
kissen . . . . . Mk. 54.-  
Einfacher . . . . . Mk. 48.-  
Nussb., pol. Mk. 24.- bis 33.-



Kleiderspind  
extra gross, halbecht,  
echt Nussb. furniert Mk. 43.-  
Passend. Verticow  
Mk. 43.-



Walzen-Divan Mk. 70.-  
m. Satteltaschen u. Plüsch-einfass.

Garnituren | Sophas  
120-150 Mk. | 40-55 Mk.

Anerkannt  
solide Arbeit.

## Siebente Abänderung zu dem Statut der Orts-Krankenkasse der Weber u. verw. Gewerbe zu Berlin vom 18. Februar 1893.

Artikel I.  
Die Paragraphen 11, 12, 15, 19,  
23 und 29 werden wie folgt ab-  
geändert:

§ 11 lautet fortan:  
B. Maßstab für die Bemessung der  
Unterstützungen und Beiträge. (Durch-  
schnittlicher Tagelohn.)  
§ 11. Für die Bemessung der Höhe  
des Krankengeldes und der Beiträge  
werden die Kassensmitglieder in fünf  
Klassen eingeteilt:

1. Kassensmitglieder, deren Arbeits-  
verdienst für den Arbeitstag 2,75 M.  
und mehr beträgt . . . 1. Klasse.
2. Kassensmitglieder, deren Arbeits-  
verdienst für den Arbeitstag 2,25 bis  
2,75 M. beträgt . . . 2. Klasse.
3. Kassensmitglieder, deren Arbeits-  
verdienst für den Arbeitstag 1,75 bis  
2,25 M. beträgt . . . 3. Klasse.
4. Kassensmitglieder, deren Arbeits-  
verdienst für den Arbeitstag 1,25 bis  
1,75 M. beträgt . . . 4. Klasse.
5. Kassensmitglieder, deren Arbeits-  
verdienst für den Arbeitstag bis  
1,25 M. beträgt . . . 5. Klasse.

Der durchschnittliche Tagelohn ist  
bis auf weiteres festgesetzt:  
für die 1. Klasse auf 3,00 M.  
" 2. " " 2,50 " "  
" 3. " " 2,00 " "  
" 4. " " 1,50 " "  
" 5. " " 1,00 " "

Diese Sätze bleiben so lange in  
Geltung, bis sie durch die höhere  
Verwaltungsbehörde anderweitig fest-  
gesetzt werden. In diesem Fall sind  
die neuen Sätze auf die im § 65 des  
Statuts bezeichnete Art bekannt zu  
machen.

Jedes Kassensmitglied wird auf  
Grund seiner Anmeldung nach Maß-  
gabe des darin angegebenen Arbeits-  
verdienstes durch den Kassenvorstand  
einer Klasse zugereicht, welche in das  
Quittungsbuch des Kassensmitgliedes  
einzutragen ist. Veränderungen in eine  
höhere oder niedrigere Klasse finden  
bei veränderten Arbeitsverdienst je-  
doch nur von Quartal zu Quartal  
statt, der Arbeitgeber ist verpflichtet,  
derartige Veränderungen der Kassen-  
verwaltung spätestens am dritten  
Tage nach Beginn des Quartals im  
Kassentafel schriftlich anzumelden.

§ 12 lautet fortan: Mitglieder,  
welche der Kasse volle sechs Monate  
angehören, wird für die Dauer der  
Krankheit, jedoch nicht über 26 Wochen,  
die Krankenunterstützung gewährt.

Artikel II.  
Vorstehende Abänderung tritt nach  
erfolgter Genehmigung durch den  
Bezirksausschuss und statutenmäßiger  
Bekanntmachung vom ersten Montage  
ab in Kraft.

Berlin, den 25. September 1901.  
Der Vorstand:  
G. Ewald, Vorsitzender.  
H. Hildebrandt, Schriftführer.  
Genehmigt:  
Berlin, den 13. Januar 1902.  
L. S.  
Der Bezirksausschuss zu Berlin,  
Abteilung II.  
Eiber.  
II C 114/1. 01. G.  
ad 3135 Gew. II. 02.

Herren-Vortrag. Carl Bruckhoff,  
Friedrichstr. 10, über: „Der vierfache Ruch in der  
Oranienstrasse u. die sog. unheilbaren Blasenleiden.“  
Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den  
„Regolma-Hörsälen“, Schönhauser Allee 28. Nur für Herren! Eintritt frei!

**Stadtschulrat Gerstenberg über den neuen Lehrplan der Berliner Gemeindeschule.**

Der Berliner Lehrerverein, der sich um das Zustandekommen der nunmehr gefestigten Reorganisation der Berliner Gemeindeschule durch seine jahrelange, unermüdete Agitation ein hervorragendes Verdienst erworben hat, genoss am Freitag die besondere Ehre, den Stadtschulrat Gerstenberg in seiner Mitte zu sehen und den „Chef“ selber über den neuen Gemeindeschul-Lehrplan, der jetzt der Schuldeputation vorliegt und möglichst zum April eingeführt werden soll, sprechen zu hören. Die Lehrer und Lehrerinnen Berlins waren in Scharen herbeigeeilt und füllten den großen Saal des Handwerkervereins samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz. Herr Gerstenberg hatte einen starken äußeren Erfolg, aber hinterher ergab die Diskussion, daß er in etlichen sehr wichtigen Punkten eigentlich doch niemand überzeugt und für seine Ansicht gewonnen hatte.

Die Entwicklung des Kindes zum selbständigen Denken — das ist nach Herrn Gerstenberg das Fundament, auf dem der neue Lehrplan ruht. Die Erreichung dieses Zieles wird möglichst, wenn die unteren und mittleren Klassen von Lehrstoff entlastet werden und die Kinder an den schwierigeren Teil ihrer Aufgabe erst mit dem gefestigteren Denken der letzten Schuljahre herantreten. Hierzu ist eine Verteilung des gesamten Lehrstoffes auf acht Jahreskurse erforderlich. Für die äußere Organisation der Gemeindeschule ist trotzdem nicht eine völlig genaue Durchführung der acht Klassenstufen beabsichtigt, vielmehr soll das seit Oktober 1900 bestehende System von 7 aufsteigenden Klassen mit einer aufgesetzten Oberklasse beibehalten werden. Die Berliner Volksschulen, meint Herr Gerstenberg, sind heute noch nicht sämtlich im Stande, eine Oberklasse zu beschaffen. Erst wenn durch den neuen Lehrplan die Anforderungen der Mittelklassen erniedrigt sind, wird eine größere Zahl von Kindern bis in die oberste Klasse gelangen können, und dann wird sich, nach Gerstenbergs Versicherung, auch das System der 8 Klassenstufen voll durchsetzen. Die so organisierte Gemeindeschule kann ihre Aufgabe am besten erfüllen, wenn sie 16 einzelne Klassen hat; in diesem Punkt stimmt Gerstenberg vollkommen überein mit seinem Vorgänger Vertam, der diesen Grundgedanken (wie oft hervorgehoben haben) schon in den 80er Jahren aufgestellt und damals auch deutlich kennen gegeben hat, daß er grundsätzlich für die Einteilung in 8 Klassenstufen war. Gerstenberg denkt sich aber die Verteilung der 16 einzelnen Klassen auf die 8 Klassenstufen so, daß für die oberste Stufe nur eine Klasse eingerichtet wird, für die andern Stufen je zwei, für die unterste aber drei Klassen. Für diese unterste Stufe möchte er dann eine Frequenz von höchstens 40 Kindern pro Klasse haben. Den Redner unterbrach hier ein wahrer Weisheitssturm, eine gewaltige, jeden Freund der Volksschule padende und mit sich fortziehende Kundgebung für die endliche Erfüllung des heiligen Wunsches der Berliner Lehrerschaft, das Glend der Klassenüberfüllung zunächst wenigstens auf der untersten Stufe beseitigt zu sehen. Herr Gerstenberg machte ein ziemlich verdägliches Gesicht, und als nachher in der Diskussion verurteilt wurde, die Zahl 40 festzusetzen, winkte er rasch ab. Es mag ihm eingefallen sein, daß es ein Unterschied ist, ob ein Stadtschulrat vor der Lehrerschaft seine pädagogische Überzeugung vertritt oder ob er vor der in gewissen Dingen sehr die Sparsamkeit liebenden Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Verammlung seine ergebnislos eingeschränkten Wünsche vortragen darf. Die Weisheitskundgebungen erneuerten sich, als Gerstenberg — im Gegensatz zu Vertam — den Wert der famosen Verlegungs-Prüfungen auf ein beiseideeneres Maß zurückführte und die Forderung aufstellte, daß diese nicht den Unterricht hemmen dürfen; weiter, als er die Hoffnung

ausdrückte, der Kultusminister werde dem Wunsch der Schuldeputation, für die unterste Klasse die Stundenzahl nicht auf 20, sondern auf 18 herabzusetzen, entsprechen.

Redner besprach dann die einzelnen Lehrfächer. In Religion soll künftig weniger Wert auf das Auswendiglernen gelegt werden, mit dem Katechismus soll das Kind erst in den späteren Schuljahren bekannt gemacht, die Auswahl der Lieder und biblischen Geschichten soll mehr dem Verständnis der Kinder angepaßt werden. Im Deutschen soll die Grammatik stark zurücktreten, wenigstens der systematische Unterricht in der Grammatik. Grundlage ist das Leseverständnis, das entsprechend umgestaltet wird. Den obersten Klassen wird die Vertiefung der Klassiker geboten. Aber auch das Werk selber soll zu den Kindern sprechen. Die Theateraufführungen für Schulkinder, die bisher nur vereinzelt und nur erst versuchsweise veranstaltet worden sind, soll G. als erweiterte und dauernde Einrichtung beibehalten wissen. Es wurde nicht ganz klar, ob er wieder nur seine Privatmeinung vortrug; aber schon die bloße Aufstellung dieser Forderung rief die Zuhörerschaft aufs neue zu jubelndem Beifall hin.

In Geschichte fällt das Altertum ganz aus. Dafür wird in den obersten Klassen die neueste Zeit besonders berücksichtigt, zum Teil auch die Geschichte anderer Kulturvölker (England, Frankreich). Ferner der gegenwärtige Zustand unseres Staatswesens, die moderne Socialgesetzgebung usw. Rechnen und Mathematik sollen die beherrschende Stellung, die sie bisher hatten, nicht verlieren, aber es ist hier ein langsames Aufsteigen vorgesehen. Algebra wird berücksichtigt, Geometrie beginnt fortan erst im 6. (bisher im 5.) Schuljahr. Aus den Ausführungen über die übrigen Fächer (Naturkunde, Geographie, Zeichnen usw.) sei hier nur ausgeführt, daß im Zeichenunterricht künftig das Zeichnen nach der Erinnerung stark betont werden wird. Für die Mädchen wird der Handarbeitsunterricht bedeutend vermindert, um Raum für das Deutsche zu gewinnen und so das Deutsche auch hier zu der Bedeutung emporheben zu können, die es neben dem Rechnen auf der Berliner Gemeindeschule haben soll. Das Verhältnis der Gemeindeschule zu den höheren Schulen wird durch die Lehrplan-Änderung angeblich wenig beeinflusst. Man werde in derselben Weise, wie bisher, auf die höheren Schulen übergehen können. Eine Schwierigkeit ergebe sich wegen der Änderung in Geometrie nur für die Realschule. Wahrscheinlich werde diese ihre Organisation so ändern müssen, daß sie eine wirkliche Fortsetzung der Gemeindeschule bilde.

Der skizzierte und langanhaltende Beifall, unter dem Herr Gerstenberg schloß, wird dem neuen Stadtschulrat eine Gewähr dafür sein, daß er sich mit diesem Vortrag in die Herzen der Lehrer hineingeredet hat. Aber die Diskussion zeigte, daß sich die Lehrerschaft trotzdem nicht ein Jota von ihren wohlverwogenen Forderungen abhandeln läßt. Der Lehrerverein schickte mehrere seiner angesehensten Mitglieder und besten Redner ins Treffen. Man forderte vor allem eine völlige Durchführung des Systems der acht Klassenstufen, sowie eine Sicherung des Zusammenhanges der Gemeindeschule mit der Realschule und möglichst auch mit den andern höheren Lehranstalten. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Der Lehrerverein erkennt darin den neuen Lehrplan als einen erheblichen Fortschritt an, erklärt aber nach wie vor für die vollkommenste Organisation das System der 8 aufsteigenden Klassen und erblickt in der so organisierten Gemeindeschule die beste Grundlage für die allgemeine Volksschule. Die Forderung, daß auf eine Erleichterung des Ueberganges in höhere Schulen Bedacht genommen und namentlich mit Rücksicht auf die Realschule der Beginn des Geometrieunterrichts nicht hinausgeschoben werden solle, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die noch von früher her bestehende Lehrplan-Kommission des Vereins wird die Wünsche der Lehrer genauer formulieren, um sie der Schuldeputation unterbreiten zu können.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Genossinnen!**

Das politische Leben in Berlin geht zur Zeit in hohen Wogen. In beiden Parlamenten werden Beratungen gepflogen über Wohl und Wehe des Volkes; in Kommissionen werden die wichtigsten Fragen, der Posttarif mit seinen Wucherziffern, die Bewilligung oder Verweigerung der Ausgaben für den Staatshaushalt ausführlich erörtert. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen der Vororte halten die Wähler ständig in Tätigkeit, bis die letzten Nachwahlen beendet sind, — worauf sich dann eine neue politische Arbeit schnell einfindet. Jede Genossin, welche mit Interesse und Teilnahme die Ereignisse verfolgt, welche regen innerlichen Anteil an den Kämpfen und Sorgen des politischen Lebens nimmt, lernt bald einsehen, daß diese Dinge für sie selbst ebenso wichtig sind als für die Männer, welche allein darüber zu bestimmen haben. So sehr sie direkt mit beteiligt, hat sie doch keine Stimme für ihre Meinung in die Wahlurne zu geben. Stimme Dienerin im Staate, nicht gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft, trägt sie die Lasten der täglichen schweren Arbeit, zahlt die auferlegten Steuern und zieht die künftigen Staatsbürger groß. Ihre politischen Rechte dagegen sind die gleichen wie die der Unmündigen, der Irren; mit ihnen stellt sie das Gesetz auf eine Stufe.

Wohl lassen sich Ungerechtigkeiten und Zurücksetzungen lange, erstaunlich lange Zeit mit Gleichmut ertragen. Unter der Herrschaft perfidischer Willkür leben Generationen dahin, ohne das Bedürfnis nach Befriedigung zu empfinden; der Sinn für Recht und Freiheit der Person ist durch den steten Druck eingeschliffert. Einmal aber kommt sicher der Tag, da die schlummernden Geister erwachen und mit festem Griff die dichten Schleier alter Vorurteile zerreißen, welche ihnen den Ausblick in die freie Welt verwehren. Und wer sich einmal auf seine Menschenvürde besonnen hat, lehrt nie wieder zurück zu dem alten dumpfen Traum bequemer Abhängigkeit.

Die Frauen sind zum politischen Bewußtsein erwacht und fordern ihre Rechte als Bürgerinnen des Staates, zu dessen Wohlergehen sie ihr gutes Teil beitragen. Sie klopfen an die Thüre; Einlaß jedoch werden sie nur finden, wenn sie die Forderung laut und energisch, mit dem Rückhalt einer großen Gefolgschaft, zu erheben wissen. Deshalb geht die bringende Mahnung an alle Frauen, sich mit eifrigem Interesse dieser wichtigen Frage zuzuwenden. Sie wird demnächst in einer öffentlichen Versammlung von Genossin Jettin eingehend behandelt werden; das Thema lautet: „Die politische Gleichberechtigung der Frau eine Notwendigkeit.“

Die Versammlung findet statt Mittwoch, 29. Januar, 8 1/2 Uhr, im Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.

Die Vertrauensperson.

Die Gleichberechtigung der Frau ist wieder auf einem neuen Gebiete amtlich anerkannt worden und es ist bemerkenswert, daß es Hessen ist, das auf diesem Gebiete vorangeht. Der „N. P. B.“ meldet aus Mainz:

Ein Mas des Telegraphenvorstehers thut den Telephonistinnen kund und zu wissen, daß sie höhere Beamte in dem Bureau, auf den Treppen, auf den Plätzen, und im Hofe der Postgebäude zu grüßen haben. Eine Unterlassung des Grußes werde strenge Mahregeln nach sich ziehen.

Wie aber? Zwei Finger an die — Miße oder Hände an die — Gosenmacher? Dessenleiht läßt der Mas diese Specialvorschriften nicht vermissen. So bald Authentisches darüber vorliegt, werden wir es getreulich berichten. Einstweilen: Hoch die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten!

Lawn-Tennis-Anzüge für Kostüm-Feits in Herren-Größe 6 Mk.

# Ausverkauf

zu ausnahmsweise herabgesetzten Preisen, so lange der Vorrat reicht:

Der Ausverkauf währt nur bestimmte Zeit. Das Ende desselben wird bekannt gegeben.	sämtlicher Winter-Paletots für Herren . . . . .	von Mk. 7,65 an	Der Ausverkaufs-Preis ist deutlich neben dem bisherigen Preise in Zahlen gezeichnet.
	sämtlicher Winter-Joppen für Herren . . . . .	von Mk. 5,40 an	
	sämtlicher Pelz-Joppen für Herren . . . . .	von Mk. 22,50 an	
	sämtlicher Hohenzollern-Mäntel für Herren . . . . .	von Mk. 16,20 an	
	sämtlicher Kaiser-Mäntel für Herren . . . . .	von Mk. 13,50 an	
	sämtlicher Schlafröcke . . . . .	von Mk. 7,65 an	
	sämtlicher Paletots und Mäntel für Knaben . . . . .	von Mk. 2,70 an	
	sämtlicher Winter-Joppen für Knaben . . . . .	von Mk. 3,60 an	
sämtlicher Pelze, Pelzmützen, Pelzkragen unter Preis.			

Grosse Posten Anzüge und Hosen für Herren und Knaben bedeutend unter Preis.

# BAER SOHN,

Fabrikation und Mass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung. Ghausseestrasse 24a/25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Crème-Papier-Anzüge für Kostüm-Feits in Herren-Größe 12 Mk.





